

Preußische Allgemeine



Nr. 30 · 29. Juli 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Dürre in Deutschland
Die Oder ist zum Rinnslal geschrumpft Seite 4



Alfons Nossol Ein bedeutender Schlesier wird 90 Jahre alt Seite 11

Kulturkampf um die Familie

Adoption, Leihmutter, Abtreibungsrecht: Die Ampel-Pläne für eine der größten gesellschaftspolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte Seiten 1, 3 und 8

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M); IMAGO/JOCHEN ECKEL; ADAM WALANUS

AUFGEFALLEN

Drohnen aus Teheran?

Die Islamische Republik Iran kämpft seit ihrer Gründung 1979 mit Sanktionen des Westens, die insbesondere die Rüstungsindustrie des Mullah-Regimes treffen sollen. Allerdings ist der Iran offenbar trotz dieser jahrzehntelangen Strafmaßnahmen in der Lage, selbstentwickeltes Kriegsgerät nach Russland zu liefern und somit einer anderen vom Westen sanktionierten Macht unter die Arme zu greifen.

Nach Angaben verschiedener US-Geheimdienste wird Russland demnächst mehrere hundert Drohnen aus dem Iran erhalten, wobei es sich wahrscheinlich um folgende Modelle handelt: Die leichte Kamikaze-Drohne Ababil-3, die schwerere Mohajer-6 mit zwei lasergesteuerten Bomben an Bord, die mit acht Seezielflugkörpern bestückbare Shahed-129 und die Shahed-149 Gaza. Das letztere Fluggerät kann mehrere tausend Kilometer zurücklegen und 35 Stunden in der Luft bleiben. Westliche Experten gehen zudem davon aus, dass diese Drohne bis zu 13 Bomben zu tragen vermag. Wenn die Shahed-149 Gaza künftig über der Ukraine zum Einsatz kommt, wäre sie wohl der „Game Changer“, der die bisherige russische Unterlegenheit auf dem Gebiet des Drohnenkrieges beendet – mit unabsehbaren Folgen für den weiteren Verlauf des Konflikts zwischen Kiew und Moskau.

Damit stellt sich erneut die Frage nach der Wirksamkeit von Sanktionen, wenn die selbigen nicht einmal verhindern können, dass ein international derart isolierter Staat wie der Iran zum Hersteller hocheffektiver Militärtechnik avanciert. W.K.

POLITIK

Verteidiger des Liberalismus verzweifelt gesucht

Rund ein halbes Jahr nach der Regierungsbildung tritt die FDP vor allem als Erfüllungsgehilfin rot-grüner Projekte in Erscheinung

VON RENÉ NEHRING

Die Aufregung war groß. Anfang der Woche machten Meldungen die Runde, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) versuche, Pläne von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zur „Entlastung“ der Geringverdiener zu durchkreuzen. Umgehend hielt Lindner dagegen und versicherte, ganz im Gegenteil an Plänen für eine Steuersenkung zugunsten der Geringverdiener sowie auch der „arbeitenden Mitte“ zu arbeiten. Hintergrund der Aufregung ist die Kalte Progression, die dem Staat in Zeiten einer rasanten Inflation Mehreinnahmen in die Kasen spült, während die finanziellen Spielräume der Bürger enger werden.

Mit der Aussicht auf eine Steuersenkung setzt Lindner erstmals ein deutliches Signal im Sinne klassischer ordnungspolitischer Vorstellungen. Bislang hingegen agierte seine FDP vor allem als Erfüllungsgehilfin rot-grüner Leib- und Magen-Themen. Weder beim Festhalten an der Maskenpflicht in öffentlichen Räumen und im Personenverkehr (die es nur noch in Deutschland gibt), noch bei der dauerhaften Duldung rechtsstaatlich abgelehnter Asylbewerber und der Schaffung eines „Chancen-Aufenthaltsrechts“ (das faktisch auf einen Stopp jeglicher Abschiebungen und ein Bleiberecht für all jene hinausläuft, die es irgendwie legal

oder illegal nach Deutschland geschafft haben), noch beim radikalen Umbau des Familienrechts (siehe Seite 3) gab oder gibt es nennenswerten Widerstand von Seiten der Liberalen.

Als im Herbst vergangenen Jahres die zuvor von keinem Beobachter erwartete Ampelkoalition als Trägerin der Bundesregierung gebildet wurde, trösteten sich viele bürgerliche Wähler und Kommentatoren mit der Präsenz der FDP im Kabinett und der Hoffnung darauf, dass diese schon die größten ideologisch motivierten Projekte von Rot-Grün verhindern werde. Grund dieser Hoffnungen war der Umstand, dass Lindner vier Jahre zuvor eine Regierungsbeteiligung ausgeschlagen hatte, weil er „lieber gar nicht als schlecht regieren“ wollte. Bislang jedoch fällt es schwer, sich vorzustellen, bei welchem Thema die Politik der Bundesregierung heute anders aussähe, wenn die Freien Demokraten nicht an Bord wären.

Kaum ein Unterschied erkennbar

Einen – zumindest teilweise – sichtbaren Unterschied machten die Liberalen lediglich bei der Besetzung der Staatssekretärsstellen. Hier kommen Lindner mit zwei und sein Kollege Marco Buschmann sogar mit einem aus. Doch schon die FDP-Minister Volker Wissing und Bettina Stark-Watzinger haben drei Staatssekretäre unter sich – ohne jedoch damit eine höhere Wirkung zu erzielen.

Eine erste Quittung für ihre Politik des Laissez-faire haben die Liberalen bereits bekommen. Bei den Landtagswahlen im Frühjahr verpassten sie entweder den Einzug in den Landtag (Saarland) oder sie stürzten dramatisch in der Wählergunst ab (Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen). Auch in den aktuellen bundesweiten Umfragen stehen sie nur noch bei sechs bis acht Prozent, während sie im Herbst noch 11,5 Prozent geholt hatten. Geht die Tendenz weiter, droht der FDP bei der nächsten Wahl im Bund ein abermaliges Scheitern wie bereits 2013.

Der weitestgehende Ausfall der Freien Demokraten ist freilich nicht nur das Problem der Partei selbst. Gerade in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umwälzungen bräuchte das Land eine verlässliche politische Kraft, der bewusst ist, dass zum Wort „Liberalismus“ auch das Präfix „Ordo“ gehört. Gerade eine freie Gesellschaft braucht Ordnung. Sie braucht klare Regeln dafür, was allgemeines Recht ist – und was nicht rechtens ist. Sie braucht ein klares Verständnis davon, welche Kompetenzen der Staat hat – und wo dessen Zuständigkeit zugunsten der bürgerlichen Freiheiten endet. Und sie braucht einen klaren Begriff davon, wer zu dieser freien Gesellschaft gehört (und ihr somit etwa als Steuern zahlender Bürger verpflichtet ist) – und wer nicht.

Ansonsten wird aus einer freien Gesellschaft ganz schnell eine Anarchie.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Im Streit um die Kohlekraft geraten die Grünen immer mehr in Schieflage Seite 5

Kultur

Die Kaiserstadt Goslar feiert mit einer großen Ausstellung ihr 1100-jähriges Bestehen Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Ein Moskauer Investor will 25 Millionen Euro in die Tapiauer Burg stecken Seite 13

Reise

Spanien kennt keine Eile: Eindrücke aus dem beschaulichen Andalusien Seite 21



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer
Webseite paz.de



4 191814 303404

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Rohstoffe zur Energiewende Kobalt und Coltan sind für die Erzeugung von „grüner“ Energie in vielen Fällen unverzichtbar. Die Art ihrer Gewinnung aber lässt nicht selten erschaudern

Die schmutzige Herkunft des Kobalts

In kongolesischen Minen schuften Arbeiter unter unmenschlichen Bedingungen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kobalt ist ein stahlgraues, sehr zähes Schwermetall und gehört heutzutage zu den wichtigsten Rohstoffen überhaupt. Das resultiert unter anderem daraus, dass es für viele der sogenannten Zukunftstechnologien benötigt wird – wobei Elektrofahrzeuge an erster Stelle stehen (siehe unten). Gleichzeitig halten sich die globalen Vorkommen an Kobalt aber in Grenzen. Diese werden auf sieben bis 25 Millionen Tonnen geschätzt. Zudem sind nur wenige Staaten auf der Welt bereit, Kobalt zu fördern, das überwiegend als Nebenprodukt bei der Nickel- und Kupfergewinnung anfällt. Denn der Abbau ist mit hohem Aufwand und massiven Umweltbelastungen verbunden.

Das meiste Kobalt liefert seit Jahren die Demokratische Republik Kongo (DRK), in der rund die Hälfte des auf dem Festland verfügbaren Kobalts liegen soll. So wurden 2020 weltweit insgesamt 142.000 Tonnen gefördert, von denen 98.000 aus der DRK stammten. Und der Bedarf wächst und wächst: Experten schätzen, dass er 2030 bereits 260.000 Tonnen betragen und bis 2050 auf 800.000 Tonnen pro Jahr steigen könnte. Deshalb wird in nicht allzu ferner Zukunft mit einer Erschöpfung der Vorräte gerechnet, was zahlreiche Akteure auf den Plan ruft, welche sich zuvor noch möglichst große Anteile sichern wollen. Das bekommt auch die Demokratische Republik Kongo zu spüren, wo drei Akteure nach dem inzwischen unverzichtbaren Metall greifen: China, der Westen und einheimische Gruppierungen.

Gefahr für Mensch und Umwelt

Die DRK verschuldete sich bei Peking, um ihre Infrastruktur auszubauen, und begleicht die Außenstände unter anderem mit Kobalterz. Daher gehören dem Bergbaukonzern China Molybdenum nunmehr 80 Prozent der zweitgrößten Kobaltmine der Welt namens Tenke Fungurume. Angesichts dessen will auch der Westen nicht zurückstehen und engagiert sich ebenfalls im Kongo. So befindet sich das allergrößte Kobaltbergwerk auf unserem Planeten in Mutanda im Besitz des anglo-schweizerischen Unternehmens Glencore. Dabei verweisen Firmen wie

Glencore gern auf die hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards in ihrem Verantwortungsbereich. Jedoch stammt ein Fünftel des aus dem Kongo exportierten und unter anderem auch in Finnland und Belgien weiterverarbeiteten Kobalts aus Minen, die von rund zwei Millionen sogenannter artisanaler Kleinbergleute betrieben werden, die sich selbst „Creuseurs“, also „Grabende“, nennen. Deren Tätigkeit ist zum einen illegal und zum anderem lebensgefährlich, denn in den abenteuerlich angelegten Minigruben sterben immer wieder Menschen beim Einsturz der Stollen. Außerdem müssen rund 40.000 Minderjährige für einen Tagelohn von umgerechnet zwei bis drei US-Dollar als Creuseurs schuften, obwohl Kinderarbeit in der DRK eigentlich verboten ist. Doch damit nicht genug.

Viele der illegalen Kleinminen – vor allem im Osten des Kongo – stehen unter der Kontrolle von Milizen, die den Berg-

leuten mit vorgehaltener Waffe „Steuern“ abpressen, um damit ihren Kampf zu finanzieren. Und von diesen Gruppierungen gibt es nicht wenige, sondern etwa 120 an der Zahl. Denn die DRK ist de facto ein gescheiterter Staat, in dem seit 1998 Bürgerkrieg herrscht, wobei es den ethnisch höchst unterschiedlichen Parteien stets um Macht, territoriale Gewinne und den Zugang zu Bodenschätzen ging.

Milizen machen ihr Geschäft

Zu den wichtigsten Akteuren zählen heute die Bewegung 23. März (M23), welche ganz offensichtlich die Unterstützung der Nachbarländer Uganda und Ruanda besitzt, die Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR), die sich auf das Gebiet der DRK zurückgezogen haben, die Cooperative for Development of the Congo (CODECO) und die Terrormiliz Allied Democratic Forces (ADF), wobei

die Letztere vermutlich mit dem Islamischen Staat kooperiert.

Der Kobalthunger der Industriestaaten, welcher vor allem eine Folge des Strebens nach einer besseren, weil grüneren Welt ist, befeuert also den Bürgerkrieg in der DRK und beschert immer mehr Menschen dort den Tod oder zumindest bittere Armut und Krankheit. Nach Angaben der Vereinten Nationen benötigen inzwischen 27 Millionen Kongolese (bei einer Gesamtbevölkerung von 92 Millionen) Hilfe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Dabei konnten bislang aber nur zehn Prozent der hierfür benötigten Mittel akquiriert werden. Angesichts dieser Misere ertönt nun die Forderung, die Bürgerkriegsparteien von ihren Geldquellen abzuschneiden und auf den Import von Kobalt aus der DRK zu verzichten. Allerdings sind andere Kobalt-Förderländer wie Russland und Kuba keine unproblematischen alternativen Partner.

COLTAN

Das Mineral, an dem Blut klebt

Als weiteres „schmutziges“ Erz aus dem Kongo, welches für die Herstellung zahlreicher elektronischer Geräte und somit auch für die moderne Umwelttechnik und Elektromobilität benötigt wird, gilt Coltan (Columbit-Tantalit). Das darin enthaltene Tantal ist absolut unverzichtbar, wenn es um hochwertige Elektrolytkondensatoren geht, weil es die effektive und schnelle Speicherung beziehungsweise Freigabe von elektrischer Spannung ermöglicht. Wie beim Kobalt auch steht die Demokratische Republik Kongo (DRK) an der Spitze der Förderländer, wobei der Abbau des Coltans ebenfalls unter höchst prekären Bedingungen stattfindet und somit Mensch und Umwelt schadet. Beispielsweise leiden die Gorillas unter der zunehmenden Rodung ihrer Waldheimat.

Desgleichen stehen die rund 2000 Coltan-Kleinminen in der DRK in aller Regel unter der Kontrolle von bewaffneten Rebellengruppen, die mit dem Verkauf des begehrten Minerals ihren Bürgerkrieg finanzieren. Einer der wichtigsten Akteure auf diesem Gebiet war hier lange eine Miliz namens Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP), deren ehemaliger Chef Bosco Ntaganda alias Terminator Tango inzwischen vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde.

Aus all diesen Gründen zählt das Coltan aus der DRK zu den sogenannten Konfliktmineralen, an denen quasi Blut klebt, weswegen westliche Unternehmen versuchen, andere Lieferländer zu finden. Allerdings sind die Förderquoten in Staaten wie Nigeria, China, Brasilien, Australien und Äthiopien deutlich niedriger. Am ehesten reicht noch Ruanda an die DRK heran. Je doch stellt sich hier die Frage, wie viel Coltan tatsächlich im Lande abgebaut wird und wie viel die Bürgerkriegsparteien im Kongo über die Grenze schmuggeln. Außerdem scheinen die Coltanvorkommen in manchen nicht-afrikanischen Staaten erschöpft zu sein. Und dabei steigt die Nachfrage von Jahr zu Jahr.

W.K.



In den zahllosen illegalen Kleinminen des Kongo schuften laut Schätzungen auch 40.000 Minderjährige für zwei bis drei US-Dollar pro Tag: Arbeiter schleppen feuchtes Kobalt von den Stollen einer kongolesischen Förderstätte

Foto: pa

WELTMARKT

Die Nachfrage könnte das Angebot bald übersteigen

E-Autos und Windturbinen: Die Energiewende lässt den Hunger auf Kobalt explodieren

Für den „Klimaschutz“ beziehungsweise die Energiewende hierzulande ist Kobalt unverzichtbar – und zwar ungeachtet seiner Herkunft, die selbst führenden Grünen nicht im Detail bekannt zu sein scheint, wie die verwirrte Frage von Annalena Baerbock im Sommerinterview mit der ARD 2019 an den Tag brachte: „Kobalt. Wo kommt das eigentlich her?“

Weil der Zusatz von Kobalt zur Erhöhung der Verschleißfestigkeit und Hitzebeständigkeit von Stahl führt, wird das Metall unter anderem als Legierungszusatz bei der Herstellung von Schaufeln für Gasturbinen genutzt, durch welche sauberer Strom erzeugt werden soll. Desgleichen findet sich Kobalt in Dauermagnete-

n, wie sie zunehmend auch in getriebelosen Offshore-Windkraftanlagen mit Permanenterregten Generatoren (PMG) zur Verwendung kommen. Ein weiteres Einsatzgebiet des vor allem in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) geförderten und von chinesischen Firmen weiterverarbeiteten Rohstoffs ist der Bau von Katalysatoren zur Entschwefelung von Erdöl und Benzin.

Vor allem aber steckt Kobalt in den Batterien der Elektrofahrzeuge, wo es die Energiedichte in der Kathode erhöht und dadurch die Lebensdauer des Akkumulators verlängert. Hierdurch hat die Nachfrage nach Kobalt in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches zugenommen.

Welche Menge von dem Metall für ein normales E-Auto benötigt wird, haben Wissenschaftler der Technischen Universität Graz am Beispiel des Tesla Roadster ermittelt: Der Zweisitzer mit Lithium-Ionen-Akku, der eine Reichweite von maximal 640 Kilometern ermöglicht, enthält neben 24 Kilogramm Kupfer und 14 Kilo Lithium auch 67 Kilo Kobalt im Wert von mehr als 3000 US-Dollar. Wobei der Tesla-Chef Elon Musk versichert, sein Unternehmen beziehe das Kobalt nicht aus dem Kongo und strebe an, das Metall zukünftig nur noch in Kanada zu kaufen.

Das ist freilich aufgrund der geringen Fördermenge der kanadischen Minen von um die 4000 Tonnen pro Jahr keineswegs

Unverdächtige Herkunftsänder wie Kanada können den Markt kaum allein abdecken

jedem Unternehmen möglich. So bezifferte der Volkswagen-Konzern seinen Bedarf auf 80.000 bis 130.000 Tonnen Kobalt, was ein großer Teil der Weltjahresproduktion wäre. Analysten gehen deshalb davon aus, dass die Automobilhersteller alsbald nicht mehr genug von dem knappen Rohstoff bekommen können – selbst wenn sie diesen aus der DRK mit ihren miserablen ökologischen und sozialen Standards importieren. Wobei dann auch noch Klagen von Menschenrechtsorganisationen wie International Rights Advocates drohen, die bereits erste Verfahren gegen westliche Firmen angestrengt haben, weil diese angeblich von dem Bergbausystem im Kongo profitieren.

W.K.

Puzzleteile einer neuen Ordnung

Die Bundesregierung plant die „größte familienrechtliche Reform der letzten Jahrzehnte“. Und die Konservativen schweigen. Weil ihnen andere Themen, wie fast immer, wichtiger sind – und Familie auch bei Ihnen allzu oft nur als „Gedöns“ gilt

VON BIRGIT KELLE

Stell dir vor, es ist Kulturmampf – und du bekommst es nicht mit. So in etwa geht es der CDU und den gesamten Konservativen im Land, die seit Langem dabei zu sehen, wie jene Grünen, mit denen sie vielerorts paktieren, im Verbund mit anderen linken Kräften und Aktivisten der LGBTQ-Bewegung (das Kürzel steht für Lesbisch, Schwul, Bi, Trans und Queer) einen fundamentalen Umbau der Gesellschaft betreiben. Während „LGBTQ“ früher ein Randphänomen war, bestimmt die Szene zunehmend den Geist und die Politik unserer Zeit.

Angesichts dieses Durchmarsches fragen sich viele Bürgerliche, wie es dazu kommen konnte. Die Antwort ist einfach: Wer über Jahrzehnte nicht wahrnehmen will, dass er sich in einem Kulturmampf befindet, wacht nach einem halben Jahrhundert eben in einer Regenbogenfahne gewickelt wieder auf.

Ignoranz der Konservativen

Taktisch klug haben sich die Grünen, aber auch die SPD, in jenen Politikfeldern breit gemacht, die für Konservative meist als „softe“ Themen galten, und deren dazugehörige Ressorts man in Koalitionsverhandlungen hinterhergeschmissen bekam, weil der bürgerliche Politiker lieber in Feldern wie Finanzen, Steuern, Verteidigung oder Sicherheit brillieren will. Familienpolitik galt – wie bei SPD-Altkanzler Schröder – als „Frauen und Gedöns“. Sozialpolitik, Minderheitenpolitik, Gleichstellungspolitik und selbst das Justizministerium hat man über Jahre im wahrsten Sinne des Wortes „links“ liegen lassen.

Seit wenigen Monaten plant die neue Bundesregierung immer neue Gesetzesvorhaben und trifft Personalentscheidungen, die dazu geeignet sind, das Land von unten aufzurollen, allerdings mit Segen und Steuergeld von oben. Vorrangige Themen sind Frauen- und LGBTQ-, aber auch grundsätzlich Minderheitenrechte. Es sei „die größte familienrechtliche Reform der letzten Jahrzehnte“, die man im Koalitionsvertrag vereinbart habe, verkündete zu Beginn dieser Umwälzung Justizminister Marco Buschmann von der FDP, die den willigen Helfer von Grünen und Sozialdemokraten gibt.

Keine Frage: Die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP plant im Geiste diverser Superlativen nicht nur die ökologische Weltenrettung, sondern auch nicht weniger als eine Revolution der Gesellschaft, beginnend dort, wo gemeinhin die kleinste Keimzelle jeder Gesellschaft vorzufinden ist – in der Familie.

Abbau der natürlichen Familie

Faktisch führt Buschmann jedoch nur zu Ende, was lange vor ihm bereits von SPD und Grünen vorbereitet wurde, was die einen aber wegen des Koalitionspartners CDU, die anderen wegen ihres Oppositionsstatus dann doch nicht durchbekamen. Mit einer Salamitaktik wird jedoch seit Langem an der Dekonstruktion der natürlichen Familie gearbeitet. Die „Ehe für alle“ war hier nur ein Baustein innerhalb eines viel größeren Kontextes.

Tatsächlich stehen wir vor einem Perspektivwechsel, der den Fokus weglenkt von der Mehrheitsgesellschaft und ihrem statistischen und kulturellen Normalfall aus „Vater-Mutter-Kind“ als natürlicher Familienform aller menschlichen Zivilisationen. Für sie gibt es keinen einzigen Vorschlag der Regierung. Stattdessen versteht sich „Familienpolitik“ heute als eine Gleichheits- und Geschlechterpolitik, die um kleine identitären, sich selbst über sexuelle Vorlieben und ihre Identitätsfindungsstörungen definierende Gruppen tanzt wie um ein goldenes Kalb.

Alles, was heute im Koalitionsvertrag steht, wurde bereits seit 2015 vom damaligen Justiz-



Muster einer neuen gesellschaftlichen Ordnung: Die Abkehr vom Abstammungsprinzip im Verständnis von Familie und die Hinwendung zu beliebigen „Verantwortungsgemeinschaften“
Foto: action press

minister Heiko Maas (SPD) vorbereitet. Was man heute „Anpassung an gesellschaftliche Realitäten“ nennt, ließ dieser einst von einer exklusiven „Arbeitsgruppe Abstammungsrecht“ vorbereiten. Der 130-Seiten-Abschlussbericht verwarf damals gar den Begriff der biologischen Abstammung von Kindern als „missverständlich“ und empfahl stattdessen die „rechtliche Eltern-Kind-Zuordnung“ als Ersatzbegriff für natürliche Elternschaft. In 91 Thesen entwarf man Pläne und Vorschläge auch für in Deutschland bis dato unter Strafe stehende Praktiken wie die Embryonenspende, Eizellspende oder die Leihmutterhaft. Heute macht man sich an die Umsetzung.

Themen wie Mitmutterhaft für lesbische Paare in der Geburtsurkunde eines Kindes oder das gerade erst präsentierte Selbstbestimmungsgesetz, wonach demnächst jeder Bundesbürger ab 14 Jahren sein Geschlecht auf dem Standesamt frei wählen können soll, sind hingegen langjährige Lieblingsprojekte der Grünen. Federführend damals wie heute: Sven Lehmann, schwuler Grünen-Politiker, der jetzt mit einem Regierungsposten als neuer „Queer“-Beauftragter eine Planstelle und ein Budget bekommen hat, um das umzusetzen, was man bisher nur als LGBTQ-Lobby fordern konnte.

Weitere Umbauvorhaben

Doch man hat noch mehr Gesellschaftspläne: Mehr-Elternschaft für homosexuelle Lebensgemeinschaften mit bis zu vier Erwachsenen und Kindern sowie die Schaffung eines neuen Rechtsinstituts namens „Verantwortungsgemeinschaft“, um „damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen zu ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen“. Der Justizminister zitiert dazu gerne Beispiele wie die Senioren-Wohngemeinschaft oder die Wahlverwandtschaft von zwei Alleinerziehenden mit Kindern, die sich gegenseitig unterstützen, so als habe er als Jurist noch nie etwas von notariellen Vollmachten gehört, mit denen man längst vom Nachlass bis zu Mietverträgen alles regeln kann.

Buschmann betont, man nehme dadurch niemandem etwas weg – faktisch ebnnet er jedoch jeder Studenten-WG einen neuen Ge-

meinschaftsstatus und öffnet jedem Missbrauch der Regelung etwa für den Familiennachzug von Zuwanderern Tür und Tor, oder auch der Polygamie. Den betroffenen Herren Muslimen wird es sicher gefallen, wenn sie künftig mit all ihren Frauen endlich offiziell in der „Verantwortungsgemeinschaft“ leben dürfen und diese dann auch in die Familienversicherung Aufnahme finden.

Streithema Abtreibung

Der erste Teilsieg für die Ampelkoalition und speziell für das Familienministerium der Grünen Lisa Paus war die Abschaffung des Paragraphen 219a des Strafgesetzbuchs, der bislang ein Werbeverbot für Abtreibungen vorschrieb. Teilsieg auch deswegen, weil es nur der Einstieg war in die Grundsatzdebatte um die komplette Legalisierung der Abtreibung in Deutschland.

Auf den Zuschauerrängen des Bundestages hatten sich dazu gar Claqueure und Aktivisten versammelt und quittierten die Abstimmung mit einem schaurigen Applaus von den Rängen. „Schaurig“ deshalb, weil erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Werbung für eine Straftat gegen das Leben legalisiert wurde und das Töten damit auf dem Weg ist, eine normale medizinische Dienstleistung zu werden.

Mindestens peinlich, wenn nicht abstoßend zeigte sich die SPD-Fraktion im Bundestag, die gar eigens zur Abschaffung des 219a ein „lustiges“ Video verbreitete, bei dem sich Abgeordnete übermäßig gegen eine überdimensionale Wand aus Schaumstoffbaulkötzen werfen, bedruckt mit dem Schriftzug „219a“, um den Durchbruch bei der Legalisierung von Abtreibungswerbung zu feiern.

Doch die Ampel-Pläne gehen noch weiter: Adoption und künstliche Befruchtung für Alle sowie die Tötung eines Menschen im Mutterleib als verpflichtende Ausbildung der kommenden Ärztegeneration. Familienministerin Paus hat bereits erste Gespräche mit Gesundheitsminister Lauterbach in der Sache geführt. Kommt es dazu, wird niemand mehr Arzt, der das Töten nicht auch gelernt hat. Eine Verweigerung aus Gewissensgründen wird es für Ärzte dann nicht mehr geben, nur noch eine Pflicht zum Mitmachen.

Zudem will die Regierung Wege finden, die Abtreibung jenseits des Strafrechts zu regeln – eine hübschere Formulierung für die stückweise Abschaffung des Paragraphen 218 StGB. Lächerlich und nahezu absurd wird es gerade in diesem Zusammenhang, wenn die Koalition fordert, man wolle „Vereinbarungen zu rechtlicher Elternschaft, elterlicher Sorge, Umgangsrecht und Unterhalt schon vor der Empfängnis ermöglichen“.

Man will also das Kind bereits im Mutterbauch töten dürfen und verweigert ihm seine Menschenwürde bis zur Geburt, aber Elternschaft soll für dasselbe Kind sogar schon vor der Zeugung juristisch festgelegt werden dürfen. Das ist nicht nur paradox, sondern vor allem ein Entgegenkommen an die Fraktion der LGBTQ-Paare, die mit Hilfe von bislang illegaler Leihmutterhaft ihr vermeintliches Recht auf „Kinder für alle“ realisierten.

Die Embryonenspende will man zum Teil ebenfalls legalisieren, Eizellspende und „altärztliche Leihmutterhaft“ prüfen. Kommt das auch, wäre es ein Türöffner für das internationale Geschäft der Reproduktionsmedizin. Das zu zeugende Kind würde mit dieser Regierung zu einem Objekt und zur Ware. Die gebärende Frau, in der Regel aus ärmeren Ländern, wird zum Brutkasten für wohlhabende Kinderlose degradiert.

Widerspruch wird nicht geduldet

Das Puzzle einer neuen Gesellschaftsordnung wird zusammengelegt und das Bild wird zunehmend sichtbar. Beunruhigend ist vor allem auch, dass man sich etwa bei der Frage, welches Geschlecht ein Mensch habe, nicht nur von biologischen Fakten verabschiedet hat, sondern gleichzeitig an Gesetzen gegen „Hassrede“ arbeitet, die einen politischen Diskurs nicht nur ersticken, sondern Widerrede gegen die politischen Forderungen in den strafbaren Bereich verschieben.

Zusammen mit dem neuen Selbstbestimmungsgesetz soll beispielsweise auch das sogenannte „Offenbarungsverbot“ einhergehen, wonach es dann unter Androhung hoher Ordungsgelder verboten sein wird, darauf hinzuweisen, dass etwa der Grünen-Abgeordnete „Tessa“ Ganserer juristisch und anatomisch ein Mann namens Markus ist, auch wenn er von den Grünen als „Transfrau“ mit Frauenquotenplatz in den Bundestag gehievt wurde.

Aus den Reihen der Christdemokraten war bislang kein Aufschrei gegen all diese Gesetzespläne zu hören, schließlich war man dort fieberhaft damit beschäftigt, mit den Grünen in NRW und Schleswig-Holstein zwei Landesregierungen zu bilden. Wer will da schon den neuen Koalitionspartner noch vor dem Start der schwarz-grünen Zweck-Ehe verärgern? Einen seiner ersten großen öffentlichen Auftritte absolvierte der neue CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst dann auch brav auf dem Kölner Christopher Street Day an der Seite von Claudia Roth und besagtem Sven Lehmann in der ersten Reihe.

Seine grün-lesbische Familienministerin Josefine Paul hat unterdessen verkündet, in ihrem Ministerium eine Meldestelle für „queerfeindliche und rassistische“ Vorfälle einzurichten, und dass man beabsichtige, auch Taten „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ statistisch zu erfassen. Im Klartext: Ein NRW-Ministerium will also Aussagen und Handlungen erfassen, die zwar erlaubt sind, von den Grünen aber als „Diskriminierung“ klassifiziert werden.

Jetzt fehlt nur noch eine Statistik für Gedankendelikte, dann könnte man die Realpolitik postum als einen Kafka-Fortsetzungsroman veröffentlichen. Und die CDU schweigt.

● Birgit Kelle ist Publizistin. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020). www.birgit-kelle.de

MELDUNGEN

Immun gegen das Virus

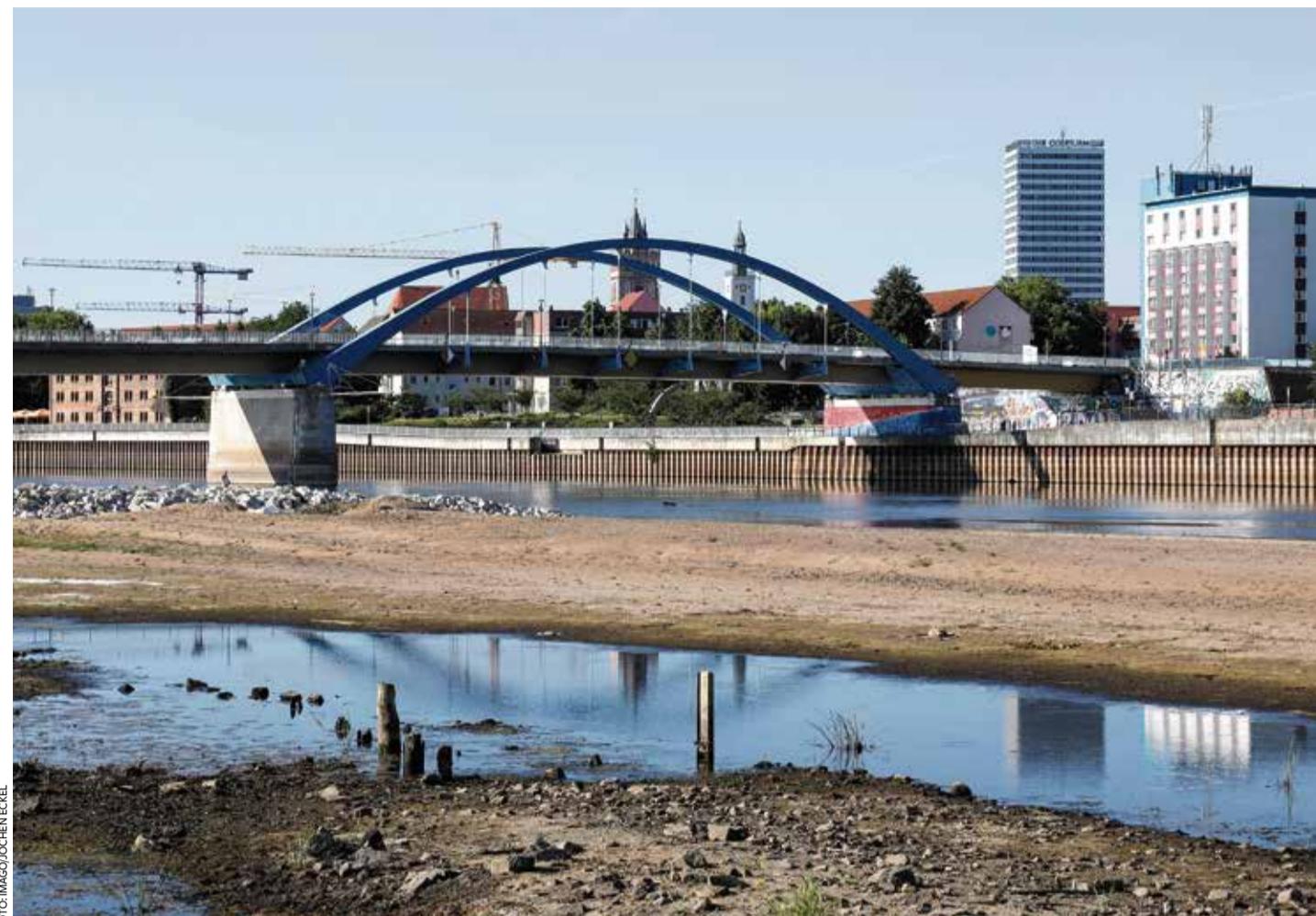
Greifswald – Möglicherweise verfügen die meisten Jugendlichen hierzu lande inzwischen über Antikörper gegen das Corona-Virus SARS-CoV-2. Darauf deutet eine Langzeitstudie der Universitätsmedizin Greifswald hin. Die Analyse der Blutproben von insgesamt 1300 Kindern und Jugendlichen aus sechs Regionen in Mecklenburg-Vorpommern führte bei 95 Prozent der Probanden im Alter zwischen 13 und 18 Jahren zum Nachweis von Antikörpern. Dabei liegt die Quote der zweifach Geimpften in dieser Altersgruppe lediglich bei 58 Prozent und die der Geboosterter sogar nur bei 22 Prozent. Das heißt, es muss mittlerweile sehr viele Infektionen gegeben haben. Nun wollen die Mediziner unter der Leitung von Almut Meyer-Bahlburg herausfinden, ob die Antikörper bei denjenigen, die Vakzine erhalten, das Resultat der Impfung oder einer trotz der „Immunisierung“ durchgemachten Infektion sind. W.K.

Impfunwillige in der Pflege

Berlin – Laut einer Umfrage der „Bild am Sonntag“ unter allen 16 Landesgesundheitsministerien wird die einrichtungsbezogene Impfpflicht für das Pflege- und Gesundheitspersonal offenbar nirgendwo in der Bundesrepublik konsequent umgesetzt. Obwohl sie mehr als 190.000 ungeimpfte Mitarbeiter registrierten, verhängten die Behörden bislang nur ganze 70 Betretungsverbote. Dazu kommen knapp 6000 Bußgeldbescheide. In Bayern, Sachsen, Hessen und Bremen gibt es keinerlei Sanktionen, wohingegen die Gesundheitsämter in einigen anderen Bundesländern in Einzelfällen reagierten. An der Spitze steht Nordrhein-Westfalen mit 66 Betretungsverboten. Danach folgen Brandenburg und Niedersachsen mit jeweils zwei Betretungsverboten. Dahingegen setzen Thüringen, Baden-Württemberg, das Saarland, Hamburg und Rheinland-Pfalz auf Geldstrafen. Allerdings machten Berlin, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt keine Angaben. W.K.

Sanierung von Brücken stockt

Berlin – Die Ampelregierung in Berlin kann ihr Versprechen, den in der Ära Merkel entstandenen Stau bei der Sanierung der Brücken im Verlauf von Bundesfernstraßen zügig aufzulösen, nicht erfüllen. Im März hatte der Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) angekündigt, dass nun mindestens 400 Brücken pro Jahr instandgesetzt werden sollen. Und dies wäre auch bitter nötig, da fast 6000 der insgesamt 43.747 Brücken in einem sehr schlechten Zustand sind. Die Kosten des Vorhabens bezifferte man auf rund zehn Milliarden Euro. Mittlerweile gab es aber lediglich neun Ausschreibungen für Brückensanierungsprojekte, weshalb sich die anvisierte Zahl von 400 als absolut unrealistisch erweist. Zudem dürften die veranschlagten Gelder aufgrund der Inflation in keiner Weise ausreichen. Damit steht zu erwarten, dass sich auch zukünftig wenig am miserablen Zustand deutscher Straßenbrücken ändert. W.K.



Kurz vor Austrocknen: Niedrige Pegelstände der Oder legen derzeit große Sandbänke frei wie hier bei Frankfurt an der Oder

EXTREMWETTER

Wenn die Oder zu einem Rinnsal wird

Nicht nur der Po in Italien – auch deutsche Flüsse führen derzeit wenig Wasser

VON HERMANN MÜLLER

Ungewöhnlich heftige Regenfälle haben im Juli 1997 zu einem Jahrtausendhochwasser an den Flussläufen der Oder geführt, das ganze Landstriche unter Wasser setzte. Ein Vierteljahrhundert später ist nun das extreme Gegenteil zu beobachten.

Die andauernde Trockenheit hat in diesem Sommer den Wasserstand der Oder auf einen historisch niedrigen Stand fallen lassen. Besonders stark sind die Auswirkungen der Trockenheit auf Böden und den Auengewässern im Bereich des Nationalparks Unteres Odertal südlich von Schwedt. „Selbst die Kiefern verabschieden sich und die Situation ist extrem angespannt“, so Dirk Treichel, der Leiter des Nationalparks in der Uckermark.

Nach seinen Angaben handelt es sich derzeit um ein „extremes Wasserdefizit“.

Gegenmaßnahmen scheinen kaum Wirkung zu zeigen. Gegenüber dem rbb erklärte der Parkleiter: „Wir haben versucht, möglichst viel Wasser zurückzuhalten – durch unser Wassermanagement im Nationalpark. Aber durch die hohe Verdunstung und den Wind, der ständig weht, ist das nur begrenzt möglich.“

Auch die Landwirte in der Uckermark und anderen Teilen Brandenburgs müssen sich durch die Trockenheit in diesem Sommer laut Henrik Wendorff, dem Präsidenten des Landesbauernverbandes, in diesem Jahr auf eine unterdurchschnittliche Ernte gefasst machen. Bereits im Juni hatte der Märkische Landesbauerverband an die Adresse des von Axel Vogel (Grüne) geführten Umweltministeriums „bessere Dialogangebote und deutlich

mehr Lösungsansätze“ gefordert: „Ich lese die ersten Seiten eines Konzeptes des Umweltministeriums „zur Anpassung an den Klimawandel im Politikfeld Wasser“ und finde mich als Landwirt sofort auf einer Anklagebank wieder. Unsere Bran-

„Ich finde mich als Landwirt sofort auf einer Anklagebank wieder“

Henrik Wendorff,
Präsident des
Landesbauernverbandes
Brandenburg

che wird darin als erste genannt, wenn es um einen „notwendigen Anpassungs- und Handlungsbedarf“ im Hinblick auf die Landbewirtschaftung geht.“

Es werde darüber hinaus von einem „Beregnungsbedarf“ gesprochen als würden die Bauern die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche künstlich bewässern, so der Bauernchef: „Richtigerweise beträgt der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtwasserverbrauch in Brandenburg lediglich zwei Prozent.“ Die Akteure für Umwelt-, Klima- und Naturschutz forderte Wendorff auf, „die alten Sprechzettel wegzuwerfen und eine neue Kultur des Austausches zu etablieren“.

Tatsächlich scheinen viele der genannten Akteure in bestimmten Denkmustern gefangen. Hinterfragt werden kann beispielsweise, ob mit der Behauptung, der Klimawandel könne durch den Menschen beeinflusst und aufgehalten werden, nicht der Blick auf tatsächlich notwendige Vorbereitungen auf Extremwetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen in den zurückliegenden Jahren ein Stück weit verloren gegangen ist. Wie schlecht Deutschland vorbereitet ist, machen die Flutkatastrophe im Ahrtal und auch die hohe Zahl von Bränden in den deutschen Wäldern deutlich.

Obwohl Politik und Medien seit Jahren kaum ein Thema diskutieren wie die These von der Klimaerwärmung, ist Deutschland auch erstaunlich schlecht auf die tropischen Temperaturen in diesem Sommer vorbereitet. Erst im März verabschiedete die Bundesregierung beispielsweise ein Sofortprogramm „Klimaanpassung“. Konkrete Wirkungen des „Sofortprogramms“ sind vermutlich erst in einigen Jahren zu erwarten.

Kernpunkt des von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) im März vorgestellten Programms steht die Unterstützung von Kommunen durch den Ausbau von Förderprogrammen und die Ausbildung von lokalen „Anpassungsmanager*innen“.

Experten, etwa vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Niedersachsen, prognostizieren inzwischen, dass die Wasserversorger künftig öfter nicht nur auf das Bohren weiterer Brunnen zurückgreifen müssen, sondern auch auf das Anzapfen von Oberflächenwasser und Fernleitungen für Wasser.

Für das dürregeplagte Brandenburg schlug etwa Irina Engelhardt, Hydrogeologin an der Technischen Universität in Berlin, vor, Ostseewasser zu entsalzen und über Pipelines in die Mark zu leiten. „Die Transportwege zur Ostsee sind relativ kurz, und das dadurch gewonnene Wasser hat eine hervorragende Qualität“, so die Hydrogeologin.

KRIMINALITÄT

Der Terror macht eine Pause

Der aktuelle Trendreport von Europol verzeichnet einen Rückgang von Terrorangriffen in Europa

Das Europäische Polizeiamt (Europol) ist eine Polizeibehörde der Europäischen Union und koordiniert die Arbeit der nationalen Polizeien auf dem Gebiet der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Terrorismus. In diesem Zusammenhang gibt Europol auch jährliche Berichte über die Entwicklung der Terrorlage in der EU heraus. Der jetzt erschienene „Terrorismus Situation and Trend Report TE-SAT 2022“ führt alle gelungenen, gescheiterten oder im Vorfeld vereitelten Terroranschläge des Jahres 2021 auf.

Die Gesamtzahl dieser unter der Sammelbezeichnung „Anschläge“ erfassten Vorfälle beläuft sich auf 15, was ein sehr deutscher Rückgang gegenüber 2019 (55 Anschläge) und 2020 (57 Anschläge) ist.

Am stärksten betroffen war 2021 Frankreich mit fünf Angriffen, gefolgt von

Deutschland mit drei, Schweden mit zwei und Österreich, Dänemark, Ungarn, Belgien und Spanien mit jeweils einem Angriff, wobei insgesamt aber nur vier Anschläge abgeschlossen wurden.

Die meisten gemeldeten Anschläge gingen von islamischen Terroristen aus, nämlich elf. Drei davon führten zum Erfolg und kosteten zwei Menschen das Leben. Am 23. April 2021 starb eine Polizeibedienstete bei einer Messerattacke im französischen Rambouillet und am 17. September 2021 traf es einen Passanten im spanischen Roldán, als ein amokfahrender Marokkaner mit seinem Wagen durch den Ort raste.

Die Zahl der als rechtsterroristisch eingestuften Anschläge belief sich hingegen auf drei – wobei letztlich aber kein Anschlag zur Ausführung kam. Im Gegensatz dazu gelang ein linksterroristischer An-

schlag. Von den drei terroristischen Anschlägen in der Bundesrepublik ging ein vollendet Anschlag auf das Konto des Dschihadismus. Dieser ereignete sich am 6. November 2021.

Damals attackierte ein Syrer die Fahrgäste im ICE von Passau nach Hamburg mit dem Messer und verletzte fünf von ihnen. Darüber hinaus konnte hierzulande noch ein weiterer islamistischer Anschlag im Vorfeld vereitelt werden.

Der – wie erwähnt – einzige gelungene linksterroristische Anschlag in Europa im Vorjahr fand ebenfalls in Deutschland statt: In der Nacht zum 26. Mai 2021 setzte die kapitalismuskritische „Vulkangruppe“ Starkstromkabel in Brand, welche die Baustelle der Tesla-Gigafactory in Grünheide bei Berlin mit Strom versorgten, weil Tesla angeblich „weder grün, ökologisch noch sozial“ sei.

Laut dem Europol-Report wurden in der EU 2021 insgesamt 388 Personen wegen Terrorverdachts in Haft genommen, während es 2020 noch 449 waren. In mehr als zwei Dritteln der Fälle (260) traf es dabei Dschihadisten. Des Weiteren erfolgten 2021 genau 423 Verurteilungen aufgrund terroristischer Straftaten. In Deutschland ergingen davon 55 richterliche Beschlüsse.

Als neue Form des rechts- und links-extremen Terrorismus bezeichnet der aktuelle Report den „heftigen Anti-Covid-19- und Anti-Regierungs-Extremismus“. Ansonsten habe die Corona-Pandemie aber auch den sogenannten Bioterrorismus wieder stärker „ins Rampenlicht gerückt“. So soll in einigen Internetforen diskutiert worden sein, ob man das SARS-CoV-2-Virus für Anschläge nutzen könne. Wolfgang Kaufmann

ENERGIEPOLITIK

● KOLUMNE

Grüne als Partei der „sozialen Kälte“

Im Streit um ein Wiederanfahren von Kohlekraftwerken gerät die Partei immer mehr in Schieflage

VON NORMAN HANERT

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck plant ein weiteres Paket zur Energiesicherung. Um Gas zu sparen und die Stromversorgung zu sichern, will der Grünen-Politiker nun auch die sogenannte Braunkohlereserve aktivieren. Im Eilverfahren hatten Bundestag und Bundesrat bereits am 8. Juli den Weg zum Wiederanfahren stillgelegter Kohlekraftwerke freigemacht.

Habecks Parteifreunde im Brandenburg scheinen mit dem Kurswechsel und dem vorgelegten Tempo nicht ganz mithalten zu können. Während Habeck als Bundeswirtschaftsminister in Berlin in hoher Geschwindigkeit mit Blick auf eine drohende Energielücke im kommenden Winter immer neue Regelungen anschließt, treten die Grünen in Potsdam eher auf die Bremse.

Deutlich wird dies bei zwei Reserveblöcken im Braunkohlekraftwerk Jänschwalde in der Lausitz. Beide Blöcke sind seit drei Jahren heruntergefahren, sie befinden sich seitdem in der sogenannten Sicherheitsbereitschaft. Angesichts der drohenden Versorgungsschwierigkeiten hat der Kraftwerksbetreiber Lausitz Energie Kraftwerke AG (Leag) für die Blöcke E und F eine Ausnahmegenehmigung beantragt, damit sie notfalls wieder ans Netz gehen können.

Kraftprobe in Potsdam

Brandenburgs Grüne haben aber sehr energisch deutlich gemacht, dass sie im Wiederanfahren der beiden 500-Megawatt-Blöcke nur die allerletzte Option sehen. Der energiepolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Clemens Roskott, sagte: „Die alten Blöcke in Jänschwalde dürfen nur im absolut dringenden Bedarfsfall wieder in Betrieb genommen werden.“ Die umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Isabell Hiekel, verwies im Zusammenhang mit den Reaktivierungsplänen für die Kraftwerksblöcke auf die derzeitige Dürre in Brandenburg: „Einen grundsätzlichen Freibrief für zusätzliche Kohleverstromung zu Lasten der Wasserversorgung darf es nicht geben“, so Hiekel.

Beharren Brandenburgs Grüne auf ihrer Position, läuft es in Potsdam inner-



Im Fokus hitziger Debatten: Braunkohlekraftwerk in Jänschwalde

Foto: imago/alimdi

halb der rot-schwarz-grünen Koalition auf eine Kraftprobe hinaus. Obwohl Bundestag und Bundesrat grünes Licht für die Reaktivierung stillgelegter Kohlekraftwerke gegeben haben, sehen die Leag und auch die Ministerpräsidenten der drei „Braunkohleländer“ Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt noch erhebliche rechtliche Probleme bei der Nutzung alter Kraftwerke. In einem gemeinsamen Brief an Habeck haben die drei Regierungschefs um eine einheitliche bundesrechtliche Ausnahmeregelung gebeten.

Kern der Befürchtungen von Dietmar Woidke (Brandenburg, SPD), Michael Kretschmer (Sachsen, CDU) und Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt, CDU) ist der Umstand, dass die Kraftwerke, die im Falle eines Gas-Lieferstoppes einspringen sollen, nicht mehr den derzeit gültigen Emissionsschutzauflagen entsprechen. Kraftwerksbetreiber Leag warnt, eine auflagenkonforme Nachrüstung der Reserveblöcke sei zeitlich bis zum Herbst gar nicht mehr zu schaffen: „Wenn wir im Herbst zur Ver-

fügung stehen sollen, kriegen wir es nicht ohne Ausnahmegenehmigung hin“, so ein Sprecher der Leag.

Brandenburgs Landesregierung könnte laut rbb-Recherchen die Sondergenehmigung ohne den Bund im Alleingang ertheilen. Für die in Potsdam mitregierenden Grünen würde eine solche Landesregelung allerdings bedeuten, diese entweder im Widerspruch zu ihrer bisherigen Anti-Haltung mitzutragen, oder aber, mit den Regierungspartnern SPD und CDU einen Koalitionskrach zu riskieren.

Linkspartei warnt vor „Sozialkrise“

Eine Blockade der Kraftwerksreserve würde vermutlich bei der Parteibasis der Grünen gut ankommen. Schon jetzt besteht für die Partei allerdings das Risiko, dass die Bürger sie immer stärker als die Kraft wahrnehmen, die hohe Energiepreise und damit die Inflationsentwicklung insgesamt mitzuverantworten hat. Die Partei Habecks schlüpft damit in eine Rolle, die linke Kräfte bislang ziemlich regelmäßig der Union und insbesondere der

FDP zugeschrieben haben: die einer Partei der „sozialen Kälte“.

Sebastian Walter, der Landesvorsitzende von Brandenburgs Linkspartei, hat erst vor Kurzem der Sozialministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) Handlungswilligkeit und Versagen vorgeworfen. Walter sagte voraus: „Die Energiekrise wird zur Sozialkrise.“ Zugleich prognostizierte der Linkspartei-Chef für Brandenburg einen „heißen Herbst“. Verbunden war diese Warnung mit der Forderung, wie andere Länder brauche auch Brandenburg einen „sozialen Schutzhelm“.

Trotz rasant steigender Energie- und Lebensmittelpreise hat in Berlin zuletzt die Grüne-Spitzenpolitikerin Bettina Jaschinski solchen Hoffnungen einen starken Dämpfer verpasst: Sie erklärte, der Staat könne „nicht alle Härten abfedern“: „Den Eindruck zu erwecken, der Staat könnte dafür sorgen, dass sich nichts verändert, wäre Betrug an den Menschen“, so die Senatorin, die in der Berliner Landesregierung auch für den Verbraucherschutz zuständig ist.

Die Sorgen der Anderen

VON THEO MAASS

Freibäder sind ein sozialer Ort. Manche Zeitgenossen gehen dort nur hin, um sich über die neuesten „Wichtigkeiten“ auszutauschen. Das Sommerbad Berlin-Wilmersdorf wird gerade umgebaut, nur das Kinderbecken ist zugänglich. Unfreiwillig hört man dann mit, was zum Besten gegeben wird.

„Wuchtbrumme“ ist 70 Jahre alt, pensionierte Lehrerin. Sie hat mit Ende 40 solange krankgefeiert, bis der Dienstherr sie fröhlig pensionierte. Sie ist das, was man eine „Betriebsnudel“ nennen könnte, sie winkt jedem zu und hat ein Mitteilungsbedürfnis, dem sich kaum jemand entziehen kann. Als die Wohnungen noch billig waren, hat sie mit ihrem Geld lieber Weltreisen gemacht und jammert jetzt über steigende Mieten. Die Heizkosten machen ihr auch Sorgen, aber Gott sei Dank haben wir in Deutschland ja so einen weitsichtigen Experten wie Robert Habeck, der schon für das Nötige sorgt.

Ihre beste Freundin ist „Stressbaecke“. Sie steht beim Finanzamt als Betriebsprüferin noch im aktiven Berufsleben. Gerade die mittelständischen Gewerbetreibenden seien gefährliche Betrüger, denen sie „das Handwerk legt“. Manch einer musste wegen ihrer Aktivitäten schon „seinen Laden dicht“ machen, berichtet sie stolz. Anders als „Wuchtbrumme“ wählt sie FDP, weil die Schmarotzer in diesem Land nicht gewinnen dürften.

Ein älterer Herr mit Wohlstandsbauch und Goldkette ist empört über Corona und die damit einhergehenden Einschränkungen. Drei Kreuzfahrten absolvierte er früher jährlich. Bei seiner letzten seien die Passagiere täglich dreimal getestet worden, und „Positive“ habe man bis zum Ende der Reise in der Kabine eingesperrt. Sorgen über steigende Preise macht er sich nicht. Mit der Verkehrspolitik der rot-grün-roten Berliner Regierung ist er gar nicht unzufrieden. Er hofft darauf, dass es künftig weniger Autos gibt und er mit seinem BMW-SUV weniger im Stau steht.

SOZIALES

● MELDUNG

Gewalt in Parks

Berlin – Neben den Freibädern machen der Berliner Polizei nun auch die Parks der Hauptstadt zunehmend Probleme. Seit Wochen häufen sich größere nächtliche Ansammlungen von Jugendlichen, bei denen es zu Ruhstörungen und Straftaten kommt. Im Volkspark Friedrichshain feierten am Abend des 15. Juli fast 500 Personen, bis gegen 23 Uhr eine Auseinandersetzung losbrach. Dabei erlitten zwei junge Männer Kopfverletzungen.

Ähnlich schlecht ist die Lage im sozialen Wohnungsbau. Nach der jüngsten Zählung vom Dezember 2021 haben 968.900 Berliner Haushalte einen Wohnberechtigungsschein. Dem stand allerdings nur ein Gesamtbestand von rund 89.000 Sozialwohnungen gegenüber. Trotz solcher massiven Probleme, die bereits hier Leben mit Wohnraum zu versorgen, führt die rot-grün-rote Landesregierung die Politik des Vorgängers fort, über landeseigene Aufnahmeprogramme, etwa für Syrer, Iraker oder Afghanen, jedes Jahr noch für zusätzliche Zuwanderung nach Berlin zu sorgen. *Hermann Müller*

Zuwanderung in einen leergefegten Wohnungsmarkt

Berlin ist Spitzenreiter bei der Wohnungslosigkeit – Doch der Senat trommelt für noch mehr Immigration

Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat am 14. Juli erstmals Daten zu wohnungslosen Personen veröffentlicht, die beispielsweise in vorübergehenden Übernachtungsmöglichkeiten oder in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind. Wie das Amt in einer Presseerklärung erläuterte, lagen auf der Ebene des Bundes und für die meisten Bundesländer bislang keine aussagekräftigen Daten zum Umfang und Ausmaß von Wohnungslosigkeit vor. „Da bisherige Schätzungen mit größeren Unsicherheiten behaftet sind, waren bis zu diesem Zeitpunkt lediglich eingeschränkte Aussagen über Wohnungslosigkeit in Deutschland möglich.“

Wie Destatis nach den Ergebnissen der erstmals durchgeföhrten Statistik aus den Meldungen von Kommunen und Einrichtungen berichtet, waren zum Stichtag 31. Januar 2022 in Deutschland rund

178.000 Personen wegen Wohnungslosigkeit vorübergehend untergebracht. Nicht miterfasst wurden dabei Wohnunglose, die bei Familienmitgliedern oder Freunden Unterschlupf fanden. Gleicher gilt für Menschen, die als Obdachlose tatsächlich auf der Straße leben müssen.

Im Bundesvergleich rangieren Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 36.000 untergebrachten Wohnunglosen an der Spitze. Mit 26.000 Betroffenen folgt schon die deutsche Hauptstadt. Setzt man die untergebrachten Wohnunglosen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, ist Berlin damit bundesweiter Spitzenreiter. Ein tieferer Blick in die Statistik zeigt: Berlins Problem hängt sehr stark mit der Zuwanderung in die Millionenmetropole zusammen. Von den untergebrachten wohnungslosen Personen in der Hauptstadt hatten 64 Prozent eine

ausländische Staatsangehörigkeit und nur 31 Prozent die deutsche. Über die restlichen fünf Prozent konnten die Statistiker keine weiteren Aussagen treffen.

64 Prozent sind Ausländer

Gerade in Berlin ist die Gefahr groß, dass sich die Wohnungslosigkeit weiter verschärft. Allein die Versorgung ukrainischer Kriegsflüchtlinge mit Wohnraum stellt schon eine Herkulesaufgabe dar. Auch nach Einschätzung des Senats ist Berlin nach wie vor eines der Hauptziele für Flüchtlinge aus der Ukraine. Wie der Innenstaatssekretär Torsten Akmann (SPD) im Juni im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte, haben mittlerweile 33.000 Ukraine-Flüchtlinge einen Aufenthaltsantrag in Berlin gestellt.

Erst Anfang Juli musste Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) einräumen,

dass von insgesamt 30.000 Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge nur noch 75 verfügbar seien. „Die freien verfügbaren Plätze für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften schmelzen wie Eis in der Sonne“, so Kipping.

Ähnlich schlecht ist die Lage im sozialen Wohnungsbau. Nach der jüngsten Zählung vom Dezember 2021 haben 968.900 Berliner Haushalte einen Wohnberechtigungsschein. Dem stand allerdings nur ein Gesamtbestand von rund 89.000 Sozialwohnungen gegenüber. Trotz solcher massiven Probleme, die bereits hier Leben mit Wohnraum zu versorgen, führt die rot-grün-rote Landesregierung die Politik des Vorgängers fort, über landeseigene Aufnahmeprogramme, etwa für Syrer, Iraker oder Afghanen, jedes Jahr noch für zusätzliche Zuwanderung nach Berlin zu sorgen. *Hermann Müller*

MELDUNGEN

Ausgleich für EU-Personal

Brüssel – Aufgrund einer in den EU-Statuten festgelegten Regelung wird das Gehalt für rund 60.000 EU-Beschäftigte ab 2023 möglicherweise um 8,5 Prozent ansteigen. Für das Personal der EU in Belgien und Luxemburg gilt die Regelung, dass sich ihr Gehalt an der Inflationsentwicklung in diesen Ländern orientiert. Laut dem Handelsblatt lag die Inflation in Belgien und Luxemburg im Juni bei 9,4 beziehungsweise 8,5 Prozent. Eine Lohnindexierung, bei der Löhne und Gehälter automatisch an die Inflation angepasst werden, gilt in Belgien, Luxemburg, Malta und Zypern für alle Bürger. Für die EU-Beschäftigten soll die genaue Höhe des Inflationsausgleichs zum Jahresende festgesetzt werden. Kritik an der Gehaltsaktualisierung kam unter anderem vom CSU-Politiker Markus Ferber. Das EU-Parlamentsmitglied sagte: „Die EU sollte ein Vorbild bei der Lohnzurückhaltung sein, um die Inflation nicht noch weiter anzuhiezen.“ N.H.

Ermittlungen wegen Wuhan

Washington, D.C. – Weil der dringende Verdacht besteht, dass die dem US-Gesundheitsministerium unterstehenden National Institutes of Health (NIH) die Corona-Forschung im Hochsicherheitslabor des Wuhan Institute of Virology der Chinesischen Akademie der Wissenschaften mit 3,75 Millionen Dollar unterstützt haben, leitete das FBI jetzt strafrechtliche Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen ein. Das belegt eine E-Mail des FBI-Agenten David Miller, welche nach Klagen aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes deklassifiziert wurde. Aus dem Schreiben geht darüber hinaus hervor, dass das Wuhan-Labor im Rahmen der NIH-geförderten Projekte zwischen Juni 2018 und Mai 2019 Experimente durchführte, deren Zweck darin bestand, bei Fledermäusen gefundene Corona-Viren gezielt infektiöser zu machen. Genau das könnte die Ursache für die Covid-19-Pandemie gewesen sein. W.K.

Indien baut Militär aus

Delhi – Die indische Marine hat ihren zweiten Flugzeugträger namens „Vikrant“ in Dienst gestellt. Im Gegensatz zur „Vikramaditya“, dem ersten Schiff dieser Art, das 2013 von Russland an Indien übergeben wurde, ist die „Vikrant“ eine Eigenkonstruktion des asiatischen Landes. Sie soll 40 Kampfflugzeuge tragen und der Stolz der indischen Marine sein, wobei diese neben den beiden Flugzeugträgern inzwischen auch noch über elf Zerstörer, 16 Fregatten, zwei Atom-U-Boote und 13 konventionelle U-Boote sowie 258 Flugzeuge beziehungsweise Hubschrauber verfügt. Daraufhin will Indien künftig bis zu zwölf weitere Atom-U-Boote und einen dritten Flugzeugträger namens „Vishal“ bauen. Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als befremdlich an, dass Bundeskanzler Olaf Scholz dem indischen Premierminister Narendra Modi erst kürzlich zehn Milliarden Euro an zusätzlicher Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2030 zugesagt hat. W.K.

GEHEIMDIENSTE

MI5 und CIA warnen vor China

Die Sicherheitsdienste von Großbritannien und den USA bieten besorgten Firmen Ratschläge an

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gheimdienste gehen normalerweise nicht an die Öffentlichkeit. Umso spektakulärer war daher jetzt der gemeinsame Auftritt von Ken McCallum und Christopher Wray. Der erstere ist Chef des britischen Inlandsgeheimdienstes Security Service (MI5) und der letztere Direktor des US-amerikanischen Federal Bureau of Investigation (FBI). Dabei wandte sich McCallum in einer längeren Ansprache an „führende Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft“ des Vereinigten Königreiches, die man aus diesem Anlass in das Thames House, den Londoner Hauptsitz des MI5, eingeladen hatte.

Zu Beginn lobte der Redner die langjährige Zusammenarbeit zwischen MI5 und FBI und sprach kurz über die Bekämpfung des Terrorismus. Dann stimmte er seine Zuhörer auf ganz andere, „bahnbrechendere“ Herausforderungen

ein: „Anstelle von Einzeltätern koordinierte Kampagnen im großen Stil. Statt blitzschnellem Zuschlagen ein strategischer Wettstreit über Jahrzehnte.“

So nämlich agiere China – und darüber müsse man sprechen. Denn Geheimdienste wie der MI5 und das FBI könnten nicht alle Bedrohungen im Alleingang ausschalten. Das sei ebenso auch die Aufgabe der versammelten Gäste. Und es gebe viel, was diese tun könnten, um sich zu schützen.

„Strategie der tausend Sandkörner“

Bevor McCallum näher darauf einging, skizzerte er allerdings erst einmal die Bandbreite der chinesischen Aktivitäten, wobei er unmissverständlich warnte: „Wenn Sie auf dem chinesischen Markt präsent sind oder eine Präsenz anstreben, werden Sie betroffen sein!“ Zum Beispiel durch Wirtschaftsspionage, Cyberangriffe und den verdeckten Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen. Des Weiteren ver-

wende China aber auch legale Methoden, um in den Besitz des geistigen Eigentums westlicher Firmen zu gelangen. So habe der britische Feinmechanik-Hersteller Smith's Harlow einen Kooperationsvertrag mit dem chinesischen Unternehmen Futures Aerospace abgeschlossen. Nach dem Erhalt von wertvollem Know-how sei Futures Aerospace dann schnell wieder aus dem Geschäft ausgestiegen.

Ebenso verwies McCallum auf die chinesische „Strategie der tausend Sandkörner“, welche darin bestehe, Informationen aus unzähligen verschiedenen Quellen zusammenzutragen. Dabei ging er auch explizit auf den Fall des deutschen Asienexperten Klaus L. ein, der einerseits als Referent bei der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung tätig gewesen war und andererseits seit 2010 Berichte für die Chinesen verfasste.

Höchst problematisch, so der MI5-Chef weiter, sei zudem die Nutzung von Internetangeboten zum Aufbau berufl

cher und privater Netzwerke. Häufig missbraucht China die hierdurch zustande gekommenen Kontakte, um Personen mit sensiblem Wissen Gefälligkeiten zu erweisen, für die es dann zu gegebener Zeit Gegenleistungen einfordere.

Darüber hinaus nannte McCallum Beispiele dafür, wie China ausländische Kritiker der Führung in Peking neutralisiert, indem es sie in eine Falle laufen lässt. Auch hier regnet es zunächst Wohlthaten, die dann publik gemacht werden, um die betreffende Person im eigenen Land zu kompromittieren.

Dem Ganzen folgten schließlich die Ratschläge von MI5 und FBI zur Entwicklung einer „gemeinsamen nationalen Resilienz“. Jede Firma und jede Wissenschaftseinrichtung, die wegen der Chinesen in Sorge sei, sollte die vielfältigen Beratungsangebote des Geheimdienstes im eigenen Land annehmen, um „zu einer harten Nuss“ für die Handlanger Pekings zu werden.

Signal an die Adresse Pekings

Ansonsten müssten sich sämtliche Verantwortliche diese vier zentralen Fragen stellen: „Existiert ein strategischer Ansatz im Umgang mit den beschriebenen Risiken? ... Haben Sie in Ihrer Organisation auf allen Ebenen eine durchdachte Sicherheitskultur? ... Kennen Sie Ihre Kronjuwelen, deren Diebstahl Ihre Zukunft gefährden würde? ... Verfügen Sie über ein Kontrollsystem zur Bewertung Ihrer finanziellen Risiken und zum Schutz Ihrer Lieferketten?“

Wie McCallum am Ende seiner Ansprache ganz offen zugab, war seine Rede nicht nur als Warnung an die Forscher und Unternehmer in Großbritannien gedacht, sondern auch als deutliches Signal an die Adresse Pekings. Nun bleibt abzuwarten, wie dessen Reaktion hierauf aussieht. Offiziell kam bislang nur ein kurzes Dementi aus der chinesischen Botschaft in Washington: Man wolle das Reich der Mitte wieder einmal verleumden und attackieren. Dabei würden die Fakten doch beweisen, dass die USA die größte Bedrohung für die ganze Welt seien.



Gaben eine gemeinsame Pressekonferenz: Ken McCallum (l.) und Christopher Wray

Foto: pa

GIPFEL VON TEHERAN

Einer für alle und jeder für sich selbst

Iran, Russland, Türkei – Die drei Staaten trennen mehr, als sie verbinden

Beim Gipfel von Teheran versuchte der Gastgeber zumindest symbolisch und gesthaft an den Gipfel von Teheran von 1943 anzuknüpfen, als die drei Sieger des Zweiten Weltkrieges zusammenkamen. Ob es sich diesmal um Sieger handelte, blieb offen, denn zwei der Gipfelteilnehmer befinden sich in Kriegen.

Dennoch trug Wladimir Putin ein aufgesetztes wirkendes Lächeln zur Schau, Recep Tayyip Erdogan eher ein besorgtes Grinsen. Zwischen den beiden stand ein Mann, Irans Präsident Ebrahim Raissi, der sie mit ruhigem Gesicht an der Hand hielt. Das Bild sollte auch ein Seitenhieb auf Joe Bidens Nahost-Reise eine Woche zuvor sein. Russland, die Türkei und der Iran haben völlig unterschiedliche Visionen und Ziele. Am besten zeigt sich das in Syrien: Moskau und Teheran unterstützen das Assad-Regime, Ankara unterstützt einige Rebellengruppen.

Die Reise war die zweite Auslandsreise Putins seit der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar. Bei einem Treffen zwischen dem Obersten Führer des Iran,

Ali Chamenei, und dem Kremlchef rief der Religionsführer zu einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Ländern auf.

Der eigentliche iranische Entscheidungsträger lobte die Stärke seines Gesprächspartners und unterstützte mehr oder weniger deutlich die Ukraine-Politik seines Gastes. Er erkannte zwar „das Leid, das gewöhnliche Menschen während des Krieges erdulden müssen“ an, betonte aber vor allem, dass Moskau seiner Meinung nach in der Ukraine kaum eine Alternative hatte. „Wenn Sie nicht die Initiative ergriffen hätten, hätte die andere Seite (der Westen) von sich aus einen Krieg angezettelt“, sagte das geistliche Oberhaupt zu Putin.

Für Teheran ist die Stärkung der Beziehungen zu Moskau in der gegenwärtigen Situation entscheidend. Beide Staaten sind Opfer von Sanktionen der westlichen Welt. Trotz einer gemeinsamen, dem Westen feindlich gesinnten Vision, teilen Teheran und Moskau nicht systematisch dieselben Interessen. Sie haben

nicht dieselben Beziehungen zu Israel, dem Erzfeind des Iran, und auch nicht zu den arabischen Golfstaaten. Auf kürzere Sicht stehen sie auf dem Rohstoffmarkt in Konkurrenz zueinander. Die Islamische Republik, die durch den Anstieg der Ölpreise infolge des Krieges in der Ukraine beflogt wurde, setzt zum großen Teil auf die Unterstützung des Kreml, um US-amerikanische Zugeständnisse im Atomstreit zu erreichen.

Ankara ist kein Verbündeter

Dritter Schlüsselakteur des Gipfels war die Türkei, vertreten durch Präsident Erdogan. In Putins Augen sicherlich kein Verbündeter, die Türkei ist NATO-Mitglied, sondern nur ein Partner. Erdogan ließ Putin vor einer Gruppe von Journalisten eine Minute warten, was diesen demütigte. Putin zeigte in dieser Situation eine Vielzahl nervöser Zuckungen, ein Zeichen seiner äußersten Anspannung.

Während des Gipfels bekräftigte der türkische Staatschef seine Entschlossenheit, seine Militäroperationen gegen die

kurdischen Kämpfer der YPG „bald“ fortzusetzen, eine Drohung, die seinen beiden Partnern jedoch sehr missfällt.

Der Gipfel im Astana-Format ging wohl von Russland aus, weil Putin für seine Heimatfront unbedingt Bilder braucht, die zeigen, dass Moskau nicht isoliert ist. Für Moskau birgt ein erneuter Vorstoß Ankaras in Syrien Risiken. Russland ist an der ukrainischen Front derart engagiert, dass es sich eine Escalation in Nordsyrien nicht leisten kann.

Teheran versicherte, dass es „keine Änderungen“ in seiner Atompolitik gebe, nachdem ein iranischer Beamter einige Tage zuvor die technische Fähigkeit des Landes zum Bau einer Atombombe hervorgehoben hatte. Was das Thema Massenvernichtungswaffen betrifft, so habe man die Fatwa des Obersten Führers, welche die Herstellung solcher Waffen verbietet, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Nasser Kanani. Diese Fatwa wird von den iranischen Behörden regelmäßig als Garantie für die guten Absichten Teherans angeführt.

Bodo Bost

VON WOLFGANG KAUFMANN

CureVac ist nach eigenen Angaben „ein globales biopharmazeutisches Unternehmen“ mit Hauptsitz in Tübingen, „das eine neue Medikamentenklasse auf Basis von Messenger-Ribonukleinsäure (mRNA) entwickelt“ hat. Die Firma galt in der Anfangsphase der Covid-19-Pandemie als der erfolgversprechendste Kandidat für die Herstellung eines wirksamen Corona-Impfstoffes.

Allerdings erzielte das von CureVac fabrizierte Vakzin CVnCoV (Zorecimeran) nur eine Wirksamkeit von 48 Prozent, wie sich während der Phase 2b/3 der klinischen Studien herausstellte. Deshalb zog das Unternehmen den Antrag auf Zulassung von CVnCoV durch die Europäische Arzneimittelagentur EMA Ende Oktober 2021 zurück.

Während CureVac somit scheiterte, machte der Mainzer Konkurrent BioNTech mit seinem angeblich eigenständig entwickelten und gemeinsam mit dem US-Pharmareisen Pfizer produzierten Impfstoff BNT162b2 alias Comirnaty beziehungsweise Tozinameran das große Geschäft. 2021 betrug der Gewinn von BioNTech 10,3 Milliarden Euro, und 2022 wird mit ähnlichen Zahlen gerechnet. Hiervon könnte nun eventuell auch CureVac profitieren.

Das Tübinger Unternehmen gab am 5. Juli bekannt, „dass es seine geistigen Eigentumsrechte aus mehr als zwei Jahrzehnten Pionierarbeit in der mRNA-Technologie geltend machen wird, die zur Entwicklung von Covid-19-Impfstoffen beigetragen haben. CureVac hat beim Landgericht Düsseldorf Klage gegen die BioNTech SE und zwei ihrer Tochterunternehmen eingereicht und fordert eine faire Entschädigung für die Verletzung einer Reihe der geistigen Eigentumsrechte von CureVac wie EP 1 857 122 B1, DE 20 2015 009 961 U1, DE 20 2021 003 575 U1 und DE 20 2015 009 974 U1, die bei der Herstellung und dem Verkauf von Comirnaty, dem mRNA-Covid-19-Impfstoff von BioNTech und Pfizer, verwendet wurden.“

Mit den Kürzeln sind Patente im Besitz von CureVac gemeint, die sich unter anderem auf „die technische Herstellung von mRNA-Molekülen einschließlich Sequenzmodifikationen zur Erhöhung der Stabilität und zur Verbesserung der Proteinexpression sowie die mRNA-Impfstoffformulierung, die für SARS-CoV-2-Impfstoffe spezifisch sind“, beziehen.

Bei CureVac ist man der Ansicht, dass das Unternehmen in den letzten 22 Jahren die Grundlagen für die mRNA-Technologie geschaffen habe und somit der „frühesten Pionier“ auf diesem Gebiet sei. Dementsprechend müssten seine „Rechte



Intensive mRNA-Forschung: Das Tübinger Unternehmen CureVac scheiterte an der Zulassung seines Corona-Impfstoffes

PATENTSTREIT

Ideenklau unter Vorzeige-Unternehmen?

CureVac bezichtigt das Mainzer Vorzeigeunternehmen BioNTech, fremde Patente für die Entwicklung eigener COVID-19-Impfstoffe verwendet zu haben

an geistigem Eigentum in Form einer fairen Vergütung anerkannt und respektiert werden“.

Auch ein US-Konzern klagt an

Dass die Klage erst jetzt eingereicht wurde, begründete CureVac zum einen mit vorhergehenden Gesprächen mit BioNTech-Vertretern, welche jedoch zu keiner Einigung geführt hätten, und zum anderen mit der Situation der letzten beiden Jahre: „Zum Peak der Pandemie wären wir nicht auf die Idee gekommen, die Sache auf den Tisch zu bringen. Globale Impf- kampagnen, Booster-Impfungen: In diese Maßnahmen wollten wir nicht reingrätzen. Jetzt, wo es eine bessere Kontrolle über die Pandemie gibt, war daher der richtige Zeitpunkt“, sagte die CureVac-Sprecherin Sarah Fakih.

Sonst gibt sich die Klägerin generös: „CureVac strebt ... keine einstweilige Verfügung an und beabsichtigt auch nicht, rechtliche Schritte einzuleiten, die die Produktion, den Verkauf oder den Vertrieb von Comirnaty durch BioNTech und seinen Partner Pfizer behindern könnten.“ Man wolle einfach nur eine „Vergütung“ für „jahrzehntelange wissenschaftliche Forschung und Innovation, ... um in die Weiterentwicklung der mRNA-Technologie und neuer Klassen lebensrettender Medikamente investieren zu können“.

Die Reaktion von BioNTech bestand bislang nur in einer knappen schriftlichen Stellungnahme: „BioNTech respektiert geistige Eigentumsrechte. Die Arbeit von BioNTech ist originär, und wir werden sie entschieden gegen alle Anschuldigungen der Patentverletzung verteidigen.“ Dem

folgte dann noch der Hinweis, es sei nicht ungewöhnlich, dass andere Pharmafirmen angesichts des Erfolges des BioNTech-Vakzins nun behaupteten, der Impfstoff verletze ihre Urheber- oder Patentrechte. Und tatsächlich hat mittlerweile auch das US-Unternehmen Alnylam Pharmaceuticals, welches ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der mRNA-Technologie leistete, BioNTech und Pfizer auf Schadenersatz verklagt.

Wenn CureVac nicht einlenkt, droht BioNTech ein langwieriger Rechtsstreit vor der Patentkammer des Düsseldorfer Landgerichtes. Allerdings könnte das Mainzer Pharmaunternehmen das Verfahren noch mit einer erfolgreichen Gegenklage zur Feststellung der fehlenden Schutzwürdigkeit der CureVac-Patente abwenden.

MELDUNGEN

Amazon steigt in Medizin ein

Seattle – Der Online-Riese Amazon verfügt auch über ein eigenes Forschungslabor namens Grand Challenge, in dem jetzt Impfstoffe gegen Krebs entwickelt werden. Hierbei kooperiert Amazon mit dem Fred Hutchinson Cancer Research Center in Seattle. Geplant ist zunächst die Herstellung von Vakzinen gegen Brust- und Hautkrebs als kostengünstige Alternative zu Medikamenten für die Chemotherapie. Wie weit das Unternehmen hierbei bereits gelangte, zeigt der Umstand, dass es jetzt 20 Teilnehmer für eine klinische Studie der Phase I sucht, die im Juni dieses Jahres begann und noch bis November 2023 dauern soll. So lange erhalten die Probanden alle vier Wochen einen „personalisierten Impfstoff“ zur Behandlung ihrer jeweiligen Krebserkrankung. Wie Amazon-Chef Andrew Jassy mitteilte, habe der Einstieg in die Gesundheitsbranche „oberste Priorität“ für den Konzern. **W.K.**

IG Metall will acht Prozent

Berlin – Mit Blick auf die starke Teuerung will die Industriegewerkschaft Metall in die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen mit einer Forderung nach acht Prozent mehr Geld gehen. Zur Begründung sagte der IG-Metall-Chef Jörg Hofmann: „Die Haushalte sind belastet durch extreme Steigerungen der Lebenshaltungskosten dieses Jahr und nächstes Jahr.“ Aus Sicht der Gewerkschaft müssten die Arbeitgeber für eine Teilentlastung sorgen, die sie auch verkraften könnten. „Wenn wir acht Prozent für diese zwei Jahre fordern, dann heißt es, dass wir die Industrie belasten werden, mit einer jährlichen Belastung von circa vier Prozent“, so Hofmann. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wirft der IG Metall vor, für die unterschiedliche Lage in der Branche blind zu sein. Gesamtmetallpräsident Stefan Wolf sagte, es sei verantwortungslos, sich bei mehr als 26.000 Unternehmen an den 100 zu orientieren, denen es noch gut gehe. **N.H.**

INFLATION

Ikea kündigt drastische Preissteigerungen an

Engpässe bei Lieferketten, höhere Transportkosten sowie Konkurrenz von Online-Händlern

Über Jahrzehnte stand die Möbelhauskette Ikea für den Anspruch, Möbel für jedermann erschwinglich zu machen. Die auf breiter Front steigenden Kosten machen es allerdings auch dem schwedischen Konzern immer schwieriger, den Anspruch auf günstige Möbelpreise weiter aufrechtzuerhalten. Bislang erhöhte Ikea einmal pro Jahr seine Preise.

Vor Kurzem kündigte Deutschlands größter Möbelhändler an, mehrmals im Jahr Preise anzupassen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS) unter Berufung auf Konzernangaben berichtet, könnten es bei Ikea zukünftig sogar alle drei Monate, also vier Preis erhöhungen pro Jahr, geben.

Wie auch andere Hersteller und Händler machen gestörte Lieferketten und massive Kostensteigerungen entlang der

Wertschöpfungskette auch Ikea zu schaffen. Bereits Anfang des Jahres hatte das Unternehmen erklärt: „Die derzeitige logistische Situation und die Rohstoffknappheit haben Auswirkungen auf die Industrie in der ganzen Welt. So auch auf Ikea.“ Eine schwere Last sind für den Möbelriesen teils drastisch gestiegene Preise bei Holz, Metallteilen und auch bei Schaumstoffen. Dazu kommen noch höhere Transportkosten und die massive Verteuerung von Energie.

Schon Ende vergangenen Jahres hatte der Möbelhändler – Erkennungszeichen die Farben Blau und Gelb – mitgeteilt, er müsse weltweit die Preise im Schnitt um neun Prozent erhöhen. Dabei handelt es sich allerdings um einen Durchschnittswert. Ikea behält sich das Recht vor, die Preise in seinen weltweit über 450 Filialen

je nach Land unterschiedlich stark anzuheben. Im Einzelfall müssen sich die Verbraucher zum Teil auf sehr drastische Preissteigerungen gefasst machen.

Wie die „FAS“ am konkreten Beispiel eines „Billy“-Regals vorrechnete, war der Preis für dieses beliebte Produkt zwischen 2004 bis 2021 von 35 auf 39,50 Euro gestiegen. Über den Zeitraum von 17 Jahren war dies eine relativ moderate Versteuerung von 4,50 Euro. Danach sprang der Preis heftig um 15,61 Euro nach oben. Damit kostet das Billy-Regal inzwischen 55 Euro. Gegenüber dem Jahr 2021 bedeutet dies ein Anstieg um 39,6 Prozent.

Der Rattan-Sessel „Buskbo“ ist laut Recherchen von „Chip.de“ seit Ende vergangenen Jahres sogar um 101 Prozent teurer geworden. Auch für andere Produkte des Möbelkonzerns ermittelte

„Chip.de“ spürbare Preiserhöhungen. Das Bettgestell „Neiden“ kostet beispielsweise jetzt 61,2 Prozent mehr als 2021, der Bürostuhl „Långfjäll“ mit Armlehnen versteuerte sich um 50,4 Prozent.

Zu schaffen macht Ikea nicht nur die allgemeine Inflationsentwicklung, sondern auch immer stärker die Konkurrenz durch Versandhändler. Die Corona-bedingten Schließungen im Einzelhandel haben in den letzten Jahren auch dem Online-Handel mit Möbeln zu Schwung verholfen. Auf diesem Vertriebsweg sind Ikea jedoch mit großen Versandhändlern wie Amazon oder Otto starke Konkurrenten herangewachsen. Dies trug mit dazu bei, dass der schwedische Möbelhändler im Geschäftsjahr 2021 in Deutschland, seinem weltweit wichtigsten Einzelmarkt, Marktanteile verlor. **Norman Hanert**

E-Auto-Fahrten verteuern sich

Heidelberg – Der Betrieb von Elektroautos könnte aufgrund der steigenden Strompreise bald deutlich teurer werden als der von Benzin- oder Dieselfahrzeugen. Laut dem Vergleichsportal Verivox lagen die Kosten für Fahrten mit E-Autos im März noch um rund 60 Prozent unter den Aufwendungen bei der Nutzung eines Fahrzeugs mit Verbrennungsmotor. Wenn die Versorgungsunternehmen den aktuellen Preisanstieg an den Strombörsen jedoch künftig Eins zu Eins an die Verbraucher weitergeben, würde das Verhältnis deutlich anders aussehen. Dann lägen die Kosten für 100 Kilometer Fahrt mit dem Elektroauto bei mehr als 21 Euro. Im Gegensatz dazu müssten die Besitzer von Benzin- und Dieselfahrzeugen bei einem Verbrauch von sieben Litern und Kraftstoffpreisen von zwei Euro pro Liter nur 14 Euro zahlen. Ein Gleichstand trate in diesem Falle erst ein, wenn die Mineralölkonzerne drei Euro pro Liter Benzin oder Diesel verlangen. **W.K.**

KOMMENTARE

Wozu noch Familie?

RENÉ NEHRING

Was ist das Problem an den von der Ampelegierung geplanten Änderungen des Familienrechts (siehe Seite 3)? Was spricht dagegen, dass auch Homo- und Transsexuelle das Recht bekommen, Familien zu gründen und dabei auch ihre Kinderwünsche zu verwirklichen? Hat Justizminister Buschmann nicht Recht, wenn er sagt, dass mit den Reformen „niemandem etwas genommen werde“?

So kann man das zweifellos sehen. Doch verkennt eine derartige Argumentation, dass es bei der Stellung der Familie nicht um Gleichberechtigungsfragen geht und auch nicht um die Verteidigung der tradierten Lebensmodelle heterosexueller Paare (ohnehin ist gleichgeschlechtliche Liebe heute gesellschaftlich weitestgehend akzeptiert).

Vielmehr geht es bei allen Debatten rund um die Familie um jenen Ort, an dem seit alters her auf natürliche Weise die Reproduktion einer Gesellschaft und damit die Sicherung ihres natürlichen Fortbestandes erfolgt. Allein aus diesem Grunde steht die Institution Familie

„unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“, wie es in Artikel 6 des Grundgesetzes heißt.

Ein weiteres Motiv sind die in der Familie entstehenden sozialen Bindungen. Egal, ob die Menschen in ihnen glücklich oder unglücklich sind – entkommen können sie ihrer Familie nicht. Damit schafft die Familie im Kleinen einen Zusammenhalt, ohne den eine Gesellschaft im Großen nicht funktionieren könnte. Deshalb sind die Regierungspläne zur Abkehr vom natürlichen Abstammungsprinzip hin zu einer „rechtlichen Eltern-Kind-Zuordnung“ sowie zur „Erweiterung“ der traditionellen Familie hin zu einer „Verantwortungsgemeinschaft“ keine Lappalie, die lediglich ein paar Minderheiten zu ihrem Recht verhilft.

Kommt es zur Umsetzung dieser Pläne, wird aus einer Institution faktisch unauflöslicher Bindungen eine Ansammlung von vertraglichen Übereinkünften, die man je nach Belieben schließen und wieder auflösen kann. „Familie für alle“ bedeutet kein „Mehr“ an Familie, sondern das Ende der Familie – und der Gesellschaft, wie wir sie kennen.

Klagende „Klima-Kleber“

NORMAN HANERT

Zum Teil schon seit dem Januar prüft Berlins Justiz Fälle im Zusammenhang mit Straßenblockaden durch Klimaaktivisten der „Letzten Generation“. Derzeit gibt es nach Angaben der Staatsanwaltschaft 175 solcher Verfahren.

Bei der Prüfung durch die Staatsanwälte geht es nicht um die Frage, ob die planmäßige Durchführung von Blockaden des Straßenverkehrs möglicherweise die Bildung einer kriminellen Vereinigung darstellt. Offenbar ist für die Staatsanwälte bislang auch kein Thema, ob die von der „Letzten Generation“ in ultimativem Ton erhobenen Forderungen an die Bundesregierung als Nötigungsversuch gegen Verfassungsorgane gewertet werden müssten.

Äußerungen aus der Berliner Justiz lassen vielmehr darauf schließen, dass die Strafverfolgungsbehörden sich mit der Frage beschäftigen, ob die Blockaden in jedem Fall den Versuch einer Nötigung darstellen.

gung von Autofahrern darstellen: Möglicherweise stand diesen ja eine Ausweichroute zur Verfügung, so dass die Blockade doch als politische Demonstration und nicht als Nötigung gewertet werden kann? Der eher magere Ausstoß solcher Abwägungen sind bislang 17 Strafbefehle gegen Klima-Aktivisten.

Die Klima-Blockierer sorgen inzwischen für weiteres Material, das in Berlins Strafverfolgungsbehörden unter allen nur denkbaren Aspekten ausgiebig diskutiert und juristisch abgewogen werden kann. Nach Angaben des Polizeigewerkschafters Bodo Pfalzgraf zeigen die Aktivisten vermehrt Polizisten wegen gefährlicher Körperverletzung an. Bei ihren Aktionen verwenden sie immer öfter eine Kombination aus Klebstoff und Sand, um ihre Hände auf der Fahrbahn festzukleben. Setzen die Polizisten dann zur Räumung Werkzeuge wie Hammer und Meißel ein, stellt dies aus Sicht der Aktivisten eine gefährliche Körperverletzung durch die Beamten dar.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit; Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe; Harald Tews; Geschichte, Preußen; Dr. Manuel Ruoff; Buchseiten, Bildredaktion, Ostpreußen heute; Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatbericht: Christiane Rinser-Schratt; Die Pommersche Zeitung; Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisleiste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de**E-Mail:**redaktion@paz.de
anzeige@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Problembewusstsein mit Schlagseite: Während es für Minderheiten allerlei Klagestellen gibt, an die sie sich wenden können, gibt es für die Diskriminierung der Mehrheitsgesellschaft keine Beauftragten

Foto: pa

KOLUMNE

Tücken der Diskriminierung

FLORIAN STUMFALL

Unbeirrt in ihrer Gewohnheit, sich, wo immer es geht, neue Zuständigkeiten anzumaßen, erwägt die EU-Kommission, bei Bedarf die Mitgliedsländer zu einer Verringerung des Gasverbrauches zu zwingen. Dass sich dieser Bedarf bald zeigen wird, ist abzusehen. Daher sind die einschlägigen Planungen der Kommissionspräsidentin von der Leyen schon weit gediehen, und Deutschlands grüner Wirtschaftsminister Habeck hat Brüssel dringend ersucht, den Mitgliedsländern verbindliche Einsparziele aufzuerlegen.

Wer sich diesen EU-Vorgaben nicht beugt, seien es Private oder Unternehmen, soll im Notfall zur Einhaltung gezwungen werden. Dass sich jetzt schon eine Reihe von Mitgliedsländern glattweg weigert, einem neuerlichen Diktat aus Brüssel zu folgen, ist die eine Seite der Sache – Deutschland leider gehört nicht dazu. Vielmehr macht sich Habeck seine Gedanken darüber, dass die Einhaltung der Vorgaben auch kontrolliert werden muss. Das ist die zweite Seite der Sache.

Um den ersten Schrecken auf diese Drohung zu mindern, setzte Habeck dazu, es werde keine „Gas-Polizei“ geben. Doch damit soll sich trösten, wer will – die Bürger stehen heute schon unter einer durchgehenden Beobachtung, welche die Einrichtung eines neuen Exekutiv-Organs überflüssig macht.

Überflüssig machen sollte, möchte man meinen, doch da gibt es auch gegenläufige Ansichten. So eröffnete das nordrhein-westfälische Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration zu den bereits bestehenden vier weiteren „Beobachtungs- und Meldestellen“, bei denen der besorgte Bürger Verstöße gegen „Queer“-Feindlichkeit, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus sowie antischarzen, antiasiatischen und weitere Rassismen anzeigen kann. Der Kampf gegen Diskriminierung wird so zu einem Fest der Denunzierung.

Gewaltige Zunahme der Klagestellen

Weitere offizielle Anlaufstellen gibt es beispielsweise in Essen, wo Verstöße gegen „Corona-Schutzverordnungen“ gemeldet werden können. In Baden-Württemberg wiederum unterstützt nach eigenen Angaben eine Anlaufstelle mit dem Kürzel LADS „alle, die sich diskriminiert fühlen“. In Brandenburg gibt es eine „Be-

ratung für Betroffene rassistischer Diskriminierung, deren Angehörige und Unterstützer*innen“, und die Stadt München verfügt über „eine vorbildliche zentrale Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt, in der sämtlichen Vorfällen von sexueller Belästigung gegen und durch städtische Bedienstete nachgegangen wird“.

Einrichtungen dieser Art, die vorgeblich eine offenbar allgegenwärtige Diskriminierung bekämpfen sollen, gibt es indes nicht nur in den Bundesländern. Selbstverständlich geht hier der Bund den

Wo kann sich der „alte, weiße Mann“ gegen Beleidigung und Herabsetzung beschweren?

Ländern mit leuchtendem Beispiel voran. Daher wandert der Blick nach Berlin, wo eine Meldestelle der Regierung ihre Sicht der Dinge darstellt: „In Deutschland leben Schätzungen zufolge über fünf Millionen Muslime. Viele von ihnen sind im Alltag rassistischen Ressentiments, Diskriminierungen und Übergriffen ausgesetzt. Ein bundesweites Portal will solche Vorfälle nun systematisch erfassen.“

Kein Land und keine größere Stadt

kann sich mehr dem Druck entziehen, der sie zwingt, Klagestellen einzurichten, zumal die politischen Bemühungen durch private Vereine verstärkt werden, die zur Denunziation geradezu anleiten. Das Spitzelsystem des Fouché aus der Terrorzeit der Französischen Revolution drängt sich in die Erinnerung, ebenso wie der Blockwart unterm Hakenkreuz. Dabei ist diese Übergriffigkeit des Staates und sogar von Nicht-Regierungs-Organisationen nur ein Teil des Übels.

Betrachtet man nämlich die Bevölkerungssteile, die auf solche Art angeblich geschützt werden müssen, so kann man feststellen, dass es sich dabei ausschließlich um Minderheiten irgendwelcher Art handelt. Mehr noch. Das Beispiel der Mohomedaner zeigt, dass diese als verfolgte Gruppe hingestellt werden. Tatsächlich aber weist das Bundeskriminalamt für das Jahr 2021 unter der Rubrik „Straftaten ge-

gen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ 40.593 Fälle deutscher Opfer aus, bei denen ein Zuwanderer als tatverdächtig ermittelt wurde; die Zahl der Zuwanderer, die Opfer solcher Straftaten geworden sind, beträgt demgegenüber nur 11.107.

Kein Schutz für traditionelle Lebenswelten

Das erweckt den Eindruck, dass es sich bei der offiziellen Politik der Bekämpfung der Diskriminierung um eine sehr einseitige Sache handelt. Wo kann sich der „alte, weiße Mann“ gegen Beleidigung und Herabsetzung beschweren? Wo bleibt der Schutz der traditionellen Familie, die von einer Kanzlerin per Interview zur Disposition gestellt wurde? Wo finden die zahlreichen Christen Hilfe, die auch in Deutschland von islamischer Seite bedrängt und verfolgt werden? Fakt ist: Wer die Tatsache erwähnt, dass es in islamischen Ländern Christenverfolgungen gibt, zieht den Vorwurf des Rassismus auf sich.

Oder, eine ganz einfache Frage. In Berliner Schwimmbädern häufen sich in diesem Sommer Schlägereien, die von vornehmlich arabischen Gruppen angezettelt werden. Wer bietet hier den Familien Schutz, die nichts anderes wollen, als mit ihren Kindern zum Schwimmen zu gehen? Und wo bleibt das Recht der Öffentlichkeit auf Information, wenn in den Medien, soweit sie überhaupt darüber berichten, das Herkommen der Schläger verschwiegen wird?

Dass in vielen Ländern ethnische Minderheiten oft unter einem Mehrheitsvolk zu leiden haben, ist bedauerlicherweise nur allzu bekannt. Das grün-rote Deutschland aber dürfte weltweit und in der ganzen Geschichte der einzige Fall sein, in dem eine zwar gewählte, aber ideologisch verbündete und der Wirklichkeit wie ihrer Verantwortung völlig entfremdete Gruppe von politischen Fanatikern absichtlich und systematisch ihren Amtseid bricht, der sie auf das Wohl des eigenen Volkes verpflichtet. Die ganze Sorge der Volksvertreter scheint verschiedenen Minderheiten und den Migranten zu gelten, denen eine Kanzlerin widerrechtlich alle Grenzen geöffnet hat. Und man versteht es, diesen Rechtsbruch noch als Tugend hinzustellen.

Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

„Wo Kaiser ihr Herz verlieren“

Eine Geschichte mit kaiserlicher Vergangenheit – Eine über die ganze Stadt verteilte Sonderausstellung feiert „1100 Jahre Goslar“

VON VEIT-MARIO THIEDE

Goslar ist die Stadt der Altersrekorde. In Deutschland ist kein weltlicher Bau des 11. Jahrhunderts größer und besser erhalten als die Kaiserpfalz. Die untere Schale des Marktbrunnens gilt als größter Bronzeguss der Romanik. Ihr Kupfer kommt vom benachbarten Rammelsberg, der einstmals größten Erzlagerstätte Europas.

Die Kaiserpfalz gehört zusammen mit der 1500 historischen Gebäude umfassenden Altstadt und dem Bergwerk Rammelsberg zum UNESCO-Weltkulturerbe. Derzeit feiert die 50.000-Einwohner-Stadt ihr stolzes Alter mit der dreiteiligen Sonderausstellung „1100 Jahre Goslar – Mit Erfolg gebaut“. Ihre Standorte sind die Kaiserpfalz, das Goslarer Museum und das Museum Besucherbergwerk Rammelsberg. Aber eigentlich umfasst die Schau die gesamte Stadt. In ihr sind zahlreiche Bauwerke als deren Außenstationen gekennzeichnet.

Nach über 3000 Jahren Erzgewinnung waren die Rammelsberger Vorkommen von Kupfer, Blei und Zink, Silber und Gold ausgebeutet. Die Stadt wandelte die 1988 geschlossenen Anlagen in ein Museum und ein Besucherbergwerk um. Die Rammelsberger Sonderschau stellt uns den ehemaligen Bergwerksbetrieb und die Wohnviertel der Bergleute vor. Zu ihnen gehört das zwischen Kaiserpfalz und Rammelsberg gelegene Frankenberger Viertel.

Seine Vergangenheit wird uns im Museum anhand von Objekten und Abbildungen präsentiert. Überdies ist das gesamte Frankenberger Viertel mit seinen kleinen Fachwerkhäusern, von denen viele von oben bis unten dekorativ mit Schiefer verkleidet sind, und der einst in die Stadtbefestigung einbezogenen Kirche der Berg- und Hüttenleute Außenstation der Sonderschau.

Der in der Kaiserpfalz gezeigte Ausstellungsteil blickt zurück auf das 11. bis



Kaiserliche Reiterstandbilder: Wilhelm der Große und Friedrich I. Barbarossa vor der Kaiserpfalz in Goslar

13. Jahrhundert. Goslar war damals dank der zahlreichen und langen Aufenthalte von Königen und Kaisern ein Herrschaftszentrum des Reiches. Wie ein Chronist schildert Kurator Jan Habermann auf zahlreichen Textfahnen die konfliktreichen Ereignisse, berichtet von Königen und Gegenkönigen, von streitlustigen oder willfähigen Päpsten.

Mit Preußen ging es wieder aufwärts

Auch ein Besuch der Dauerausstellung ist empfehlenswert, denn in ihr sind die originalen Bronzestatuen des um 1060 angefertigten Herrscherthrons zu sehen. Die hatte Prinz Carl von Preußen in den 1840er Jahren für sein Schloss Glienicke erworben. Bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages am 21. März 1871

waren sie Teil des Sitzes von Kaiser Wilhelm I. Prinz Carl vererbte die einst zur Ausstattung des Goslarer Doms gehörigen Lehen der Stadt Goslar.

In ihren ältesten Bauteilen geht die Kaiserpfalz auf Kaiser Heinrich III. (er regierte 1039–1056) zurück. Letzte mittelalterliche Baumaßnahmen veranlasste Kaiser Friedrich I. Barbarossa (reg. 1152–1190). Nachdem Preußen 1866 das Königreich Hannover annektiert hatte, ging es mit der über Jahrhunderte vernachlässigten und baufällig gewordenen Kaiserpfalz wieder aufwärts.

Die umfassende Restaurierung erfolgte unter Mitwirkung des preußischen Denkmalpflegers Ferdinand von Quast. Nach Abschluss der baulichen Instandsetzung besuchte Kaiser Wilhelm I. 1875 die

Kaiserpfalz. Später errichtete ihm die dankbare Stadt Goslar vor dem Bauwerk ein bronzenes Reiterstandbild, neben dem das Kaiser Friedrich I. Barbarossa auftritt. Somit stellen die beiden Reiterstandbilder das Kaisertum der Hohenzollern in die Tradition der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches.

Diese Botschaft soll auch die Ausmalung des Kaisersaals übermitteln, an der der 1899 in Goslar gestorbene Thüringer Maler Hermann Wislicenus von 1879 bis 1890 arbeitete. Das Hauptbild zeigt Kaiser Wilhelm I. zu Pferde. Hinter ihm reitet sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm. Über ihm schweben Kaiser des Heiligen Römischen Reiches sowie die Mutter: Königin Luise. Rechts stehen Otto von Bismarck und Generalfeldmarschall

Helmut von Moltke, links die Personifikationen von Elsass und Lothringen.

Den südlichen Abschluss der Pfalzanlage bildet die doppelgeschossige Ulrichskapelle. In der unteren Etage bedeckt eine figürliche Grabplatte das in einer Kapsel ruhende Herz Kaiser Heinrichs III. Darauf spielt das Motto der 1100-Jahr-Feiern an: „Wo Kaiser ihr Herz verlieren“.

Goslarer trauern ihrem Dom nach

Während der Körper Heinrich III. im Speyerer Dom bestattet ist, war der ursprüngliche Aufbewahrungsort der Grabplatte und des Herzens die von ihm in Goslar gestiftete Kirche St. Simon und Judas. Der Stadtrat verkaufte das als „Goslarer Dom“ berühmte Gebäude 1819 wegen Baufälligkeit „auf Abriss“. Erhalten geblieben ist nur die zur Zeit Friedrich Barbarossas errichtete Vorhalle.

Bis heute trauern die Goslarer ihrem so schmälerlich vernachlässigten Dom nach. Ihm ist der dritte Teil der Sonderausstellung gewidmet. Das Goslarer Museum präsentiert historische Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken des untergegangenen Bauwerks. Im „Domraum“ der Dauerausstellung sind überdies Kunstwerke ausgestellt, die zu seiner Ausstattung gehören: Bildfenster, die imposanten, über zwei Meter großen Figuren einer Kreuzigungsgruppe sowie der berühmte, merkwürdigweise nach einer heidnischen Gottheit benannte „Krodo-Altar“ aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts.

Wegen ihrer wertvollen Ausstattung unbedingt besuchen sollte man auch die Marktkirche, die Jacobikirche und die noch wie zu ihrer Erbauungszeit im 12. und 13. Jahrhundert aussehende Neukirche. Allen drei diente der Dom als architektonisches Vorbild.

Die dreiteilige Sonderausstellung läuft bis 20. November im Museum Besucherbergwerk Rammelsberg täglich 9–18 Uhr, in der Kaiserpfalz und im Goslarer Museum, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr. www.1100jahre.goslar.de

KIRCHENKUNST

Marmorner Bildteppich

Der lange Weg zur Weisheit – Sienas Dom lüftet für kurze Zeit die Geheimnisse seines Marmorfußbodens

Der Dom von Siena in der Toskana, ein Hauptwerk am Übergang von der Romanik zur Gotik in Italien, ist mit seinem dekorativen Reichtum, seiner üppigen Ausstattung und seinen Sammlungen in Gänze selbst bei mehrmaligem Besuch nicht zu erfassen. Daher konzentriert sich der Besucher – wie anderswo auch – auf die Hauptwerke.

Berühmtestes Einzelstück der Ausstattung ist die auf neun Säulen ruhende Marmorkanzel mit ihren figurenreichen Brüstungs-Reliefs. Das Kunstwerk wurde von 1266 bis 1268 von Nicola Pisano zusammen mit seinem Sohn Giovanni und Gehilfen als zweite der vier großen Pisani-Kanzeln nach dem älteren Vorbild im Baptisterium von Pisa gearbeitet.

Beispiellos dagegen ist der die Kathedrale dominierende Marmorfußboden. Mit seinen 56 Feldern ist er „der schönste, größte und prächtigste, der je geschaffen wurde“, rühmte ihn schon Giorgio Vasari (1511–1574), der Renaissance-Maler und „Vater der Kunstschrift“.

Ohne die

unerbittliche Konkurrenz unter den Städten der Toskana, besonders natürlich zu Florenz, wäre dieses einzigartige Meisterwerk wohl kaum entstanden.

Der sich über eine Fläche von 1300 Quadratmetern ausbreitende Bildteppich

wurde von 1369 bis 1562 von über 40, meist sogar namentlich bekannten Künstlern geschaffen. Bis zum 19. Jahrhundert kamen noch einige Ergänzungen und Renovierungen hinzu. Das komplexe Programm ist eine Art verbildlichte Welt-

chronik – vom Heidentum über das Judentum bis an die Schwelle des Christentums, wobei Jesus Christus ständig evolviert, aber nie wirklich auf dem Boden dargestellt wird, da er auf dem Altar anwesend ist. Dabei kreist alles um die Suche nach Weisheit – in der heidnischen Antike, aber vor allem innerhalb des christlichen Glaubens.

Die Darstellungen der Sibyllen und Propheten, biblischen Szenen, Allegorien sowie die Wappen italienischer Städte wurden anfangs in Graffito-Technik ausgeführt. Dazu wurden die Linien in den Marmor filigran eingeritzt und mit Teer ausgefüllt. Später schuf man mit mehrfarbigen Marmorstücken kunstvolle Intarsien-Bilder.

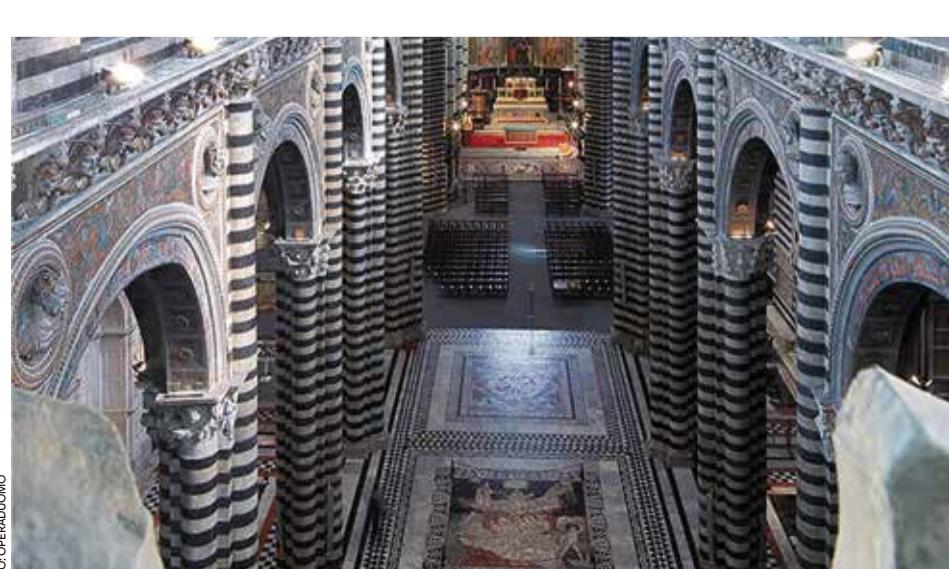
Den Weg zur Erkenntnis besonders anschaulich ins Visier nimmt das vierte Bild im Kirchenschiff. Dazu beauftragte man 1505 den aus Perugia (Umbrien) stammenden Maler Pintoricchio mit dem Entwurf. Die komplexe Allegorie zeigt Fortuna, der es nach einer stürmischen

Seereise gelungen ist, eine Gruppe weiser Männer auf einer felsigen Insel abzusetzen, wo sie einen schroffen Hügel erklimmen müssen, um zu der auf dem Gipfel thronenden Weisheit zu gelangen.

Die Botschaft ist klar: Wenn man es schafft, alle Schwierigkeiten und Fallstricke zu überwinden, wird man mit Ruhe und Frieden belohnt. Die flankierenden Philosophen Sokrates und Krates verweisen auf das Land der Griechen als Hort der Weisheit.

Zu seinem Schutz ist der Marmorfußboden meist abgedeckt. Auch in diesem Jahr wird er jedoch wieder für einige Zeit freigelegt: Und zwar aktuell noch bis diesen Sonntag sowie vom 18. August bis 18. Oktober 2022. *Helga Schnehagen*

Die Reservierung von Dom- und Museums-Eintritt (8 Euro) mit kostenlosem Audioguide auf dem Smartphone oder Buchung einer geführten Besichtigung über das Internet möglich: www.operaduo-mo.siena.it (auf Italienisch und Englisch)



Meisterwerk der Renaissance: Der Fußboden im Dom von Siena

VON KLAUS WEIGELT

Lew Kopelew gehört zu den wenigen Menschen, die bei mir einen unauslöschlichen persönlichen Eindruck hinterlassen haben. 1981 waren er und seine Frau Raissa aus der Sowjetunion ausgebürgert worden. Heinrich Böll hatte sie in Köln aufgenommen. Mir war nach meinem Dienst für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika 1981 die Aufgabe übertragen worden, die Politische Akademie der Stiftung (1981–1992) in Schloss Eichholz bei Wesseling aufzubauen. Dorthin lud ich Kopelew im Sommer 1982 zu einer Lesung ein.

Lew Kopelew hatte Germanistik in Moskau studiert und war im Zweiten Weltkrieg von 1941 bis 1945 für die Sowjetunion im Fronteinsatz. Am 5. April 1945 wurde Kopelew, Oberinstrukteur für die „Arbeit unter den feindlichen Truppen des Gegners und in der Feindbevölkerung“, wegen „Propagierung des bürgerlichen Humanismus“ und „Mitleid mit dem Feind“ festgenommen und trat seinen bis 1954 dauernden langen und schrecklichen Weg durch sowjetische Straflager und Gefängnisse an. Nach seiner Rehabilitierung 1956 lehrte er in Moskau deutsche Literatur und Theaterwissenschaft und publizierte zahlreiche Arbeiten über Goethe, Brecht, Schiller und Tolstoi. 1968 wurde Kopelew aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und 1977 mit einem Publikationsverbot belegt. 1981 erfolgte die Ausbürgerung. Bis zu seinem Tode lebte er in Köln. Seine Frau, die Schriftstellerin und Amerikanistin Raissa Orlowa-Kopelewa (1918–1989), war schon vor ihm gestorben.

Kopelews bekannteste Werke sind seine „Lehrjahre eines Kommunisten“, die auf Deutsch in Hamburg 1979 unter dem Titel „Und schuf mir einen Götzen“ erschienen sind. Seine Autobiographie der Jahre 1947 bis 1954 erschien auf Deutsch in Hamburg 1981 unter dem Titel „Tröste meine Trauer“. Sein wohl bekanntestes Buch erschien erstmals als deutsche Originalausgabe 1976 unter dem Titel „Aufbewahren für alle Zeit!“ mit einem Nachwort von Heinrich Böll.

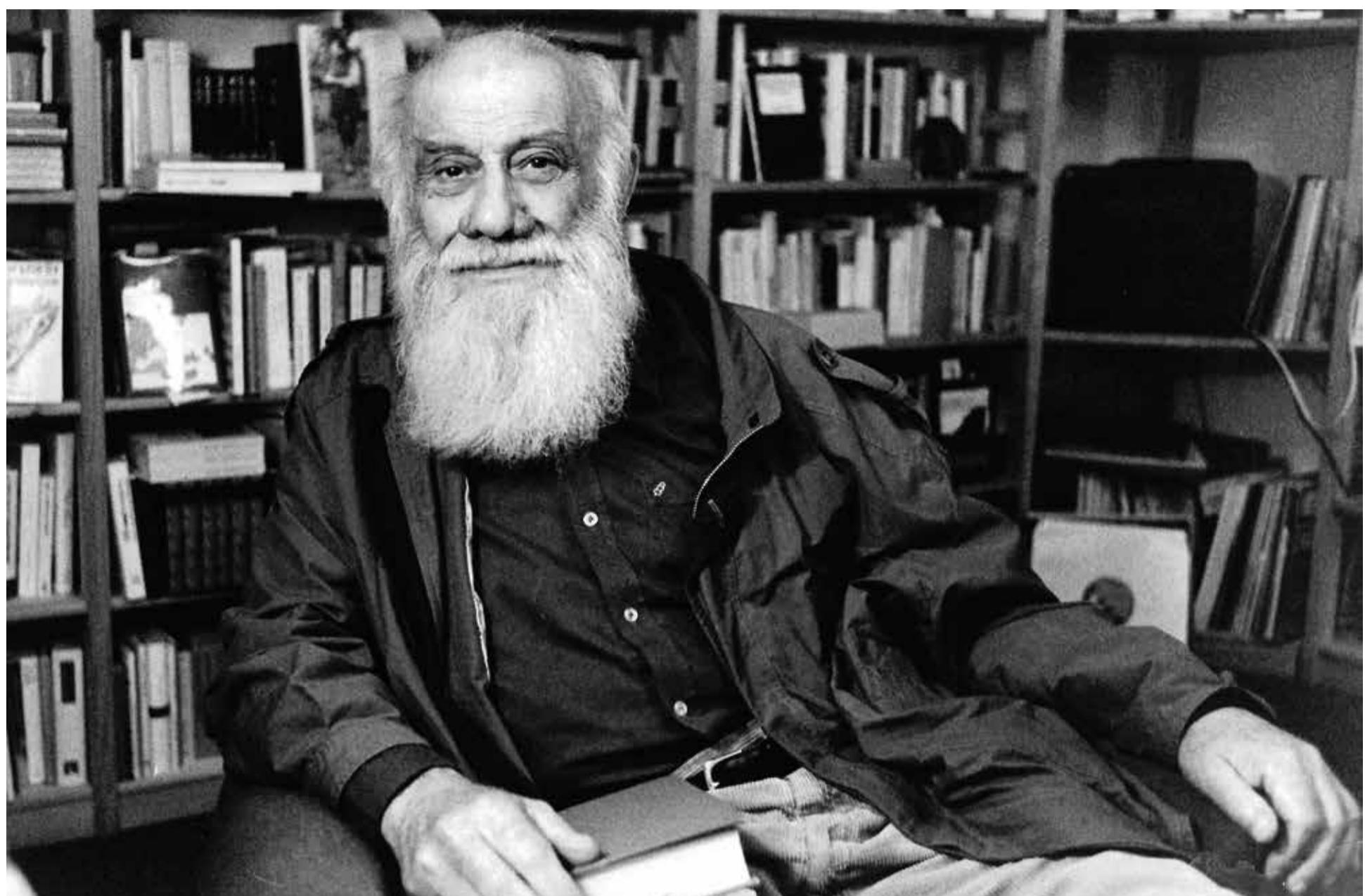
Jugend im Stalinismus

Kopelew entstammte einem bürgerlich-jüdischen Elternhaus im ukrainischen Kiew. Der Enthusiasmus des ersten revolutionären Jahrzehnts riss ihn mit und machte ihn zum Bolschewisten – und überzeugten Russen. Gläubig folgte er der kommunistischen Partei in den brutalen Kampf der Zwangskollektivierung, in die Hungersnöte und Säuberungen der 1930er Jahre, die 3,5 Millionen Opfer forderte.

Kopelews Bücher sind nicht nur eine unbestechliche Chronik dessen, was er damals erlebte, sondern zugleich eine von furchtloser Wahrheitsliebe geprägte Beichte und ein Bekenntnis seiner eigenen Entwicklung vom Denken als linientreuer Communist zum Humanisten. Seine Auskunft über viele Unmenschlichkeiten erbringt den Nachweis einer tiefen, alten Reserve an Menschlichkeit, wie es Böll ausgedrückt hat.

Dieses Hindurchdringen durch die selbstpraktizierte, ideologisch verbrämte Unmenschlichkeit im schmerzhaften Prozess von Leid und Unterdrückung in den Jahren staatlich verordneter persönlicher Entwürdigung, Rechtlosigkeit und Unfreiheit zu einer Klarheit humanistischer und religiöser Auffassungen und einer Haltung der Erkenntnis von Menschenwürde ist bis heute von erschütternder menschlicher und literarischer Glaubwürdigkeit und Kraft. Hier entfaltet sich der Reifungsprozess eines Charakters, wie wir ihn vergleichbar nur noch bei Kopelews Freund Alexander Solschenizyn oder bei Boris Pasternak in seinem unsterblichen Werk „Doktor Schiwago“ nachvollziehen können.

Kopelew hat als 20-Jähriger die große Hungersnot in der Ukraine vor 90 Jahren miterlebt. Wie er damals gehandelt hat,



Kritischer Begleiter des Zeitgeschehens im 20. Jahrhundert: Lew Kopelew (1912–1997) in seiner Kölner Wohnung

Foto: pa

LITERATUR

Chronist russischer Selbstzerstörung

Am 18. Juni jährt sich der Todestag des sowjetischen Schriftstellers Lew Kopelew zum 25. Mal. Erinnert wurde daran kaum. Gedanken eines Zeitgenossen, der Kopelew vor vierzig Jahren persönlich begegnete

bekennet er ehrlich: „Ich war selbst dabei, suchte und grub nach verstecktem Getreide, mit der eisernen ‚Sonde‘ stieß ich in die Erde – wo sie nachgab, einsackte, war die Grube mit dem Korn. Ich wühlte die Großvätertruhen um und um, hörte nicht auf das Heulen der Weiber, das Winseln der Kinder. Damals war ich überzeugt, daß wir alle die große sozialistische Umgestaltung des Dorfes vollbringen, daß es danach allen Bauern unendlich viel besser gehen würde, daß ihr Jammer, ihr Leiden nur aus ‚mangelnder Bewußtheit‘ stammten oder von den Umlieben des Klassenfeindes herrührten, daß die, die mich geschickt hatten, besser als die Bauern wußten, wie sie zu leben, zu pflegen, zu säen hätten.“

Aus seinem eigenen Erleben und Handeln folgert Kopelew: „Die Begriffe Gut und Böse, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit waren für uns hohle Abstraktionen. Und ich dachte nicht darüber nach, warum Menschlichkeit abstrakt sei, historische Notwendigkeit oder Klassenbewußtsein aber konkret waren. Begriffe wie Gewissen, Ehrenhaftigkeit, Humanität hielten wir für idealistische Vorurteile, intellektueller, bürgerliche und eben deswegen lasterhafte Vorurteile. – All dies erkannte ich erst viele Jahre später.“

Begegnung mit Ostpreußen

Eine entscheidende Wegmarke zu dieser Erkenntnis war Ostpreußen. Seine Erlebnisse dort schildert Kopelew im Kapitel 11 seines Werkes „Aufbewahren für alle Zeit“. In seiner Tasche befand sich damals das Buch eines deutschen Historikers, das in Königsberg erschienen war: „Russischer Einmarsch in Ostpreußen im August 1914.“ Der Autor notierte „sorgfältig alles, was er Schlechtes an den Russen feststellen konnte. Und weißt du, was das war? Ein Fall von Vergewaltigung, die schuldigen Kosaken wurden erschossen. Einige Fälle von Totschlag. Und jedesmal

haben russische Offiziere eingegriffen, haben die Schuldigen bestraft.“

Kopelew zitiert weiter aus dem Buch des aus seiner Sicht nationalistischen Autors, dessen Schilderungen geschlachteter Hühner und ramponierter Obstbäume, seine Kritik an der Kulturlosigkeit und Barbarei der russischen Armee und sein Lob der deutschen Bürgermeister, denen es gelang, die Bevölkerung zu schützen.

Und dann bricht es aus ihm heraus: „Das heute zu lesen ist schrecklich. Verstehst du, schrecklich und schmachvoll. Damals, das waren Zarenheere! Und nun benehmen sich unsere Leute so unvergleichlich viel roher, grausamer, gemeiner. Die ganze Schande fällt aber auf uns, ja auf uns, die Offiziere und die politischen Leiter. ... Welche Rache lehren wir: deutsche Weiber aufs Kreuz legen, Koffer, Klamotten wegschleppen. ... Was wird später aus unseren Soldaten, die zu Dutzenden über eine Frau herfielen? Die Schulmädchen vergewaltigten, alte Frauen ermordeten? Sie kommen zurück in unsere Städte, zu unseren Mädchen. Das ist schlimmer als jede Schande. Das sind Hunderttausende von Verbrechern, grausame und dreiste mit den Ansprüchen von Helden.“

Kopelews Gesprächspartner, der ihn später verrät und dafür sorgt, dass er jahrelang im sowjetischen Gulag verschwindet, meint: „Das ist Krieg, Bruder, keine Theorie und keine Literatur. In Büchern, natürlich, da muß es das alles geben: Moral, Humanität, Internationalismus. Das ist alles schön und gut und theoretisch richtig. Aber jetzt lassen wir erst mal Deutschland in Rauch und Flammen aufgehen, danach kann man dann wieder richtige und schöne Bücher schreiben über die Humanität und den Internationalismus. Jetzt kommt es darauf an, im Soldaten den Kampfwillen zu stärken. Das ist der Kern der Sache!“ – Der Ge-

sprächspartner begreift nicht, wie er sich selbst mit diesem Denken den humanistischen Boden unter den Füßen wegzieht.

Hier wird von Kopelew mit dem klaren Blick auf die damalige grausame Realität in Ostpreußen beschrieben und auf den Punkt gebracht, welche politischen, ethischen und moralischen Konsequenzen aus der Barbarei des Krieges für die weitere Existenz einer Gesellschaft folgen, die aus Menschen besteht, die solche Verbrechen begangen haben. Wenn wir die Aktualität des gegenwärtigen

Krieges in der Ukraine sehen, erkennen wir: die äußere Zerstörung und Verwüstung der Ukraine und die innere Zerstörung, die ethisch-moralische Verwilirung und Selbstaufgabe von Teilen des russischen Volkes. Der ukrainische Schriftsteller Juri Andruhowytsch sagt: „Russlands Bevölkerung hat sich erfolgreich selbst entmenschlicht.“

Leiden am russischen Vaterland

Darunter hat Lew Kopelew gelitten, wie viele andere russische Künstler, Literaten und Intellektuelle, die für ihre humanistischen Überzeugungen Jahre und Jahrzehnte in der sibirischen Verbannung oder in Gefängnissen litten oder bis heute leiden. Darüber hat uns Kopelew damals, im Sommer 1982, vor vierzig Jahren, berichtet und aus seinen Büchern gelesen. Was ursprünglich auf dem Aktendeckel mit dem Material über Staatsverbrechen nach dem berichtigten sowjetischen Paragraphen 58 gestempelt stand, „Aufbewahren für alle Zeit“, ist zur lebenslänglichen Selbstverurteilung Russlands für seine inhumane Behandlung von Menschen freiheitlichen Geistes geworden.

Das Urteil über Kopelew wird in kommunistischer Selbstüberheblichkeit gesprochen: „Unser Gericht – das großmütigste Gericht der Welt –, unsere Staatsanwaltschaft – die humanste der Welt: ... Zehn Jahre Freiheitszug und fünf Jahre Verlust der bürgerlichen Rechte, Aberkennung des militärischen Ranges und Antrag beim Obersten Sowjet auf Aberkennung der Orden und Ehrenzeichen.“

„Angeklagter, haben Sie verstanden?“
„Nein, nicht verstanden.“

„Mit krächzender, eintöniger Stimme leierte er den Schlusspassus noch einmal herunter: „Zehn plus fünf. – Jetzt haben Sie hoffentlich verstanden?“

„Nein, nicht verstanden. Wo ist da Gerechtigkeit?“

„Was wird später aus unseren Soldaten, die zu Dutzenden über eine Frau herfielen? Die Schulmädchen vergewaltigten, alte Frauen ermordeten? Sie kommen zurück in unsere Städte, zu unseren Mädchen. Das ist schlimmer als jede Schande. Das sind Hunderttausende von Verbrechern, grausame und dreiste mit den Ansprüchen von Helden“

VON MICHAEL HIRSCHFELD

„Wahre und vollkommene Aus- und Versöhnung ist zutiefst an drei wesentliche christliche Bedingungen gebunden: 1. Überwindung von Vorurteilen, 2. Entgiftung von Gedanken, 3. Heilung von Erinnerungen.“

Diese Worte von Erzbischof Alfons Nossol, gesprochen bei der 60. Wallfahrt der Oberschlesier zum westfälischen Annaberg bei Haltern am 31. Juli 2005, greifen nicht nur seinen bischöflichen Wahlspruch „Die Wahrheit in Liebe tun“ auf. Sie umreißen auch das zentrale Anliegen des Bischofs von Oppeln, nämlich die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen in dieser Wahrheit und Liebe zu erreichen. Vor diesem Hintergrund kann es auch nicht verwundern, dass Nossol die EU-Osterweiterung ein Jahr zuvor euphorisch begrüßt hat. Ob bei Vertriebenen- und Aussiedlerwallfahrten im Westen oder Begegnungen in seiner oberschlesischen Heimat, ob unter Bergarbeitern oder Universitätsprofessoren: Nossol wird nicht müde, sein Programm in Anlehnung an die von Papst Johannes Paul II. geprägte Sentenz von der „Zivilisation der Liebe“ zu verkünden.

Dabei geht es ihm niemals um eine Versöhnung nur um des Versöhnens willen, die lediglich „in caritate“, also aus reiner Nächstenliebe heraus, geschieht. Alfons Nossol versteht vielmehr Versöhnung getreu seinem dem Brief des Apostels Paulus an die Epheser (4,16) entnommenen bischöflichen Wahlspruch immer mit dem Zusatz des „veritatem facere“, also in Wahrheit handeln. Und zur Wahrheit gehört die Aufrichtigkeit, die Problematik des deutsch-polnischen Miteinanders stets von beiden Seiten zu sehen.

Als deutscher Geistlicher im kommunistischen Schlesien

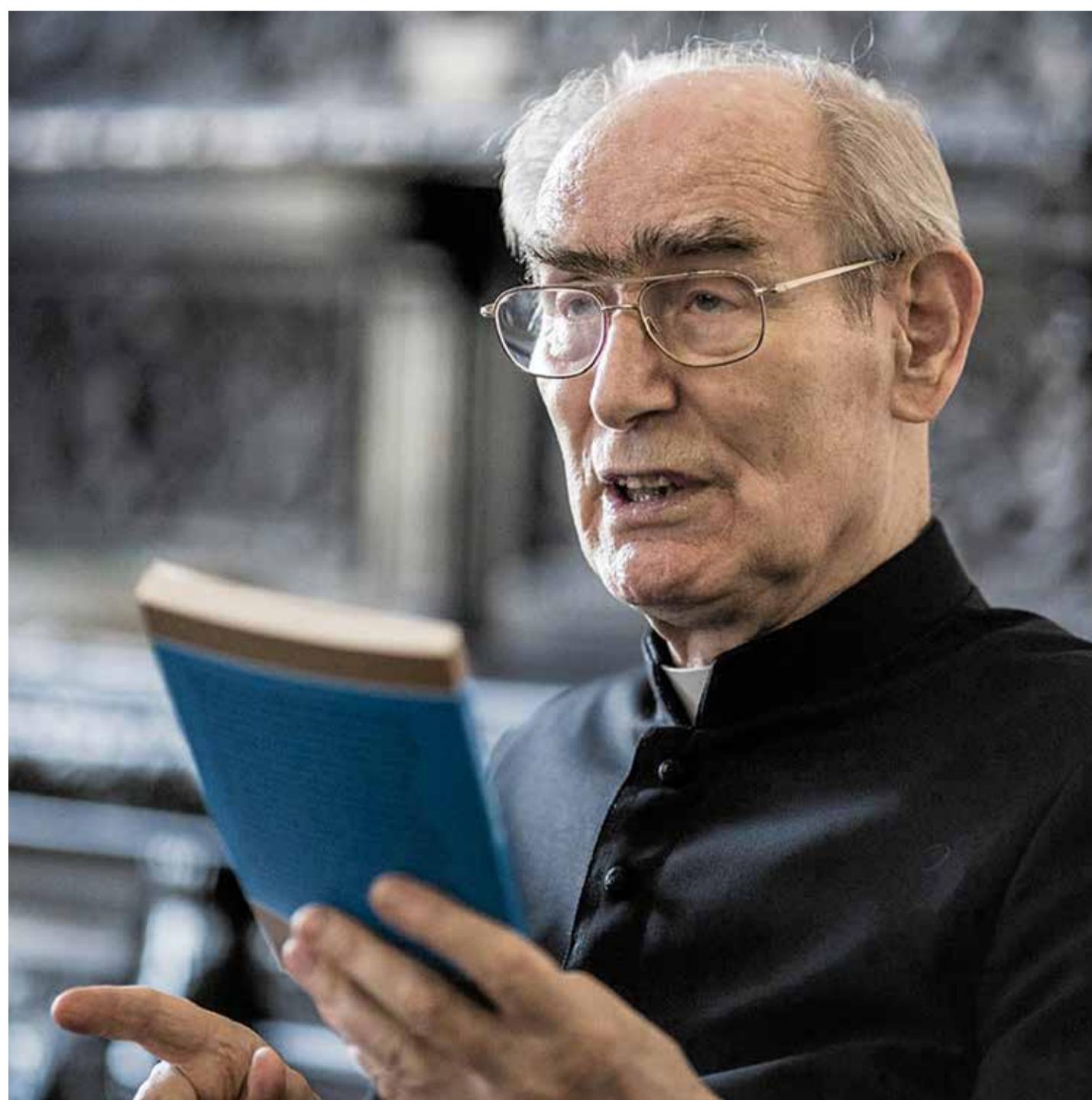
In Zeiten des kommunistischen Regimes in Polen hätte dies einen gewichtigen Hinderungsgrund für die Berufung ins Bischofsamt bedeutet, zumal Nossol aus seiner deutschen Herkunft schon damals keinen Hehl machte.

Als ihn 1977 der damalige Primas Stefan Kardinal Wyszyński zu sich rief, um ihm seine anstehende Ernennung zum Bischof von Oppeln und jüngsten polnischen Bischof mitzuteilen, wehrte er mit dem Argument ab, dass Deutsch die Sprache seines Herzens sei und er als Oberschlesier die Sorgen und Nöte der polnischen Diözesanangehörigen nicht angemessen vertreten könne. Der polnische Primas habe ihm darauf entgegnet, wenn er nicht auf polnische Weise Bischof sein könne, solle er es doch auf Oppelner Weise sein.

Das Oppelner Schlesien umfasst den oberschlesischen Teil des früheren deutschen Erzbistums Breslau, in dem im Gegensatz zu Niederschlesien besonders viele Deutsche zurückgeblieben waren, deren Sprache und Kultur hingegen systematisch ausgemerzt worden war. Zwar hatte im kirchlichen Bereich die Einrichtung einer eigenen Apostolischen Administratur 1945 und nicht zuletzt die Bistumerhebung 1972 in Folge der Ostverträge die Eigenidentität dieser Region gestärkt, als deutsch betrachtete schlesische Traditionen hingegen blieben auch und gerade im kirchlichen Leben ein Tabu. Und um „auf Oppelner Weise“ Bischof zu sein, musste Nossol an diesem Tabu röhren, was er gründlich tat, indem er zum Brückenbauer zwischen Deutschen und Polen in seiner Diözese wurde.

Wahrhaftiger Brückenbauer

Insbesondere seit der politischen Wende 1989 konfrontierte er die Menschen in seiner Diözese unablässig und radikal mit der Geschichte und Tradition ihres Lebensraums. Überaus geschickt verstand er es, beiden Seiten gerecht zu werden, indem er die Vorstellung von den zwei beziehungsweise drei Herzen in seiner Brust propagierte, jene Idee vom deutschen und pol-



Schlesischer Geistlicher mit einer besonderen Mission: Altbischof Alfons Nossol

Foto: Adam Walanus

SCHLESIEN

Versöhnung im Geiste der Wahrhaftigkeit

Am 8. August 2022 feiert der emeritierte Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, seinen 90. Geburtstag. Gedanken zum Jubiläum einer selten gewürdigten Jahrhundertfigur

nischen, ergänzt um den mährischen Kulturtreis, die in Oberschlesien eine gelungene Symbiose eingehen, wenn die Christen sich der Wahrheit in Liebe stellen und ihr „Christsein als radikales Füreinander“ begreifen, wie es der Titel einer Festschrift zum 40-jährigen Priesterjubiläum Nossols 1997 treffend vor Augen führt.

Vielelleicht ist der Begriff von der Glaubensradikalität als Heilmittel des Hasses und der Angst unter den Bewohnern Oberschlesiens im westlichen Verständnis ein wenig pejorativ besetzt, dennoch versinnbildlicht er die Intention des Oppelner Oberhirten, die Wurzel (lat. *radix*) des Problems zu erfassen, indem er nicht allein auf Toleranz baut, sondern zugleich und weitergehend auf Akzeptanz setzt. Er selbst habe stets „Glück in der Liebe“ gehabt, so der Titel eines Interview-Bandes mit Nossols Lebenserinnerungen, der auf die Liebe zu Gott als Ausgangspunkt und Richtschnur seines menschenzugewandten und begeisternden Auftretens verweist.

1980 ermöglichte Bischof Nossol dem Augsburger Oberhirten Josef Stimpfle, die erste deutsche Predigt der Nachkriegszeit auf dem oberschlesischen Wallfahrtsort St. Annaberg zu halten. An diesem symbolträchtigen Ort gewährte er seit dem 4. Juni 1989 die ersten deutschsprachigen Gottesdienste in Oberschlesien, die nach und nach in vielen Pfarreien angeboten wurden. Oft musste sich der Bischof in der Realisierung dieses pastoralen Anliegens, den Menschen Gottesdienste in der „Sprache ihres Herzens“ zu ermöglichen,

gegen erbitterten Widerstand bei Klerus und Laien durchsetzen, die ihn des Chauvinismus beziehungsweise Nationalismus bezichtigten. Dazu gehörten Mut und Standfestigkeit, die der wortgewandte Bischof immer wieder beweisen musste.

So sehr Nossol sich auch innerhalb seines Bistums der Kritik aussetzte, so sehr schlug in diesem Klima der Wende seine große Stunde als Identitätsfigur im deutsch-polnischen Dialog. Seine Zweisprachigkeit, seine Erfahrungen und nicht zuletzt seine Eloquenz und sein gewinnendes Auftreten trugen maßgeblich dazu bei, dass Oberschlesien ein „pars pro toto“ für die deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt wurde. Zwar fand die anlässlich des Treffens von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki am 12. November 1989 geplante Messe letztlich nicht auf dem von Emotionen beider Seiten behafteten Annaberg, sondern auf dem einstigen Gut des deutschen Widerstandskämpfers Helmuth James Graf von Moltke im niederschlesischen Kreisau statt, jedoch zelebrierte diesen Gottesdienst kein anderer als Bischof Nossol, der auch der Initiator dieser Versöhnungsmesse war.

Welches Motto wäre für seine Predigt geeigneter gewesen als sein Wahlspruch „Veritatem facere in caritate“, der ihm einmal mehr in Kreisau als Ausgangspunkt für seinen Aufruf nach der Untrennbarkeit von Menschenrechten und Christenrechten diente? Nur ein christli-

ches Europa, dessen Bevölkerung in Frieden und Freiheit leben könne, vermöge eine „Zivilisation der Liebe“ zu garantieren, welcher die im Kommunismus und Nationalsozialismus propagierte „Zivilisation des Todes“ entgegenstehe.

Angesehener Theologe und Bischof

Trotz dieser sich seither immer deutlicher öffentlich artikulierenden europäischen Dimension im Denken Nossols gilt das Hauptaugenmerk des profilierten Bischofs zweifelsohne seiner oberschlesischen Heimat. Hier, in der Nähe von Krappitz, wurde er am 8. August 1932 in Broschütz, das im Zuge der Germanisierung von Ortsnamen während der NS-Zeit Schobersfelde hieß, als Sohn der Eheleute Alfons und Hedwig Nossol geboren. Hier studierte er nach dem Besuch der deutschen und der polnischen Schule in seinem Heimatdorf sowie dem 1952 in Neisse abgelegten Abitur am Priesterseminar in Neisse Theologie und erhielt am 23. Juni 1957 durch den Apostolischen Administrator in Oppeln, Bischof Franciszek Jop, in der Prokathedrale Heilig Kreuz in Oppeln die Priesterweihe.

Hier in dieser Kirche ist er am 17. August 1977 auch zum Bischof geweiht worden, nachdem er als junger Priester zunächst eine wissenschaftliche Laufbahn eingeschlagen hatte. So war der junge Kaplan Alfons Nossol zum Weiterstudium an der Katholischen Universität in Lublin freigestellt worden, wo er 1961 promoviert wurde und wohin er nach einer Zwi-

schenstation in Neisse 1968 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Lehrstuhl für Dogmatik zurückkehrte, 1976 habilitiert wurde und über Jahrzehnte – seit 1982 mit dem Titel eines außerordentlichen Professors versehen – seine wissenschaftliche Heimat hatte.

Daher verwundert es nicht, dass Nossol an der maßgeblich seinem Einfluss zu verdankenden Gründung einer Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Oppeln ab 1994 die Leitung des Dogmatik-Lehrstuhls übernahm.

Seine öffentliche Ausstrahlungskraft weit über das kirchliche und öffentliche Leben seiner Diözese Oppeln hinaus verdankt er jedoch seinem 32-jährigen Wirken als Bischof. Ausdruck dieses Einsatzes war nicht zuletzt die 2003 erfolgte Ehrung mit dem Titel „Schlesier des Jahres“ durch die polnische „Gesellschaft der Freunde Schlesiens“ sowie eine Vielzahl an Ehrungen, die ihm gerade im Umfeld seiner 2009 erfolgten Emeritierung zuteilgeworden sind. Allen voran steht die Verleihung des persönlichen Titels eines Erzbischofs durch den Papst am 12. November 1999.

Als Nossol zum Bischof ernannt wurde, nahm er gerade eine Gastprofessur in Mainz wahr. Weil er schon in den 1970er Jahren Schlupflöcher im damals noch dichten „Eisernen Vorhang“ fand, wurde er von der westeuropäischen Umsetzung der Beschlüsse des Zweiten Vatikanum nachhaltig geprägt und trug neue theologische Ansätze nach Polen hinein.

Dialog auf wissenschaftlicher Basis

Sein wissenschaftliches Wirken, das er auch nach seiner Ernennung zum Bischof von Oppeln fortsetzte, prädestinierte ihn zugleich für eine zweite Ebene der Versöhnung, nämlich für den Dialog auf wissenschaftlicher Basis, und dies nicht nur innerhalb katholisch-theologischer Fakultäten Deutschlands und Polens, sondern ebenso mit den protestantischen Kirchen. Immer wieder betonte er, dass die Kirche der Gegenwart und Zukunft die Dimensionen aller drei christlichen Konfessionen benötige, nämlich die katholische Weite, die evangelische Tiefe des Wortes und die orthodoxe Dynamik. Etwa ein Dutzend Bücher und weit mehr als 200 Aufsätze sind nur das schriftliche Resultat dieser Komponente des Oppelner Bischofs.

Aufgrund seiner Erfahrung und Kompetenz wählte ihn die Polnische Bischofskonferenz in ihren Ständigen Rat sowie zum Vorsitzenden ihres Wissenschaftsrates und ihrer Ökumenekommission und berief ihn Papst Johannes Paul II. unter anderem in den Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen sowie in die gemischte Kommission für den Dialog mit Orthodoxen und Lutheranern. Es ist nicht zuletzt seiner Bedeutung als Wissenschaftler zu verdanken, dass 1994 eine staatliche Universität in Oppeln gegründet werden konnte. Dabei blieb Nossol nicht nur der *spiritus rector*, der ein Jahr später als Dank die Ehrendoktorwürde dieser Universität erhielt und „seiner“ Fakultät sowie dem Bistum einige Jahre darauf auf dem mit gewaltigem Aufwand wiederhergestellten Schloss Groß Stein ein nobles Tagungshaus schaffen ließ, sondern er verstand es, das neu aufblühende wissenschaftliche Leben in seiner Diözese auch mit Substanz zu füllen.

Auch auf diese Weise lässt sich für Erzbischof Nossol zum einen Schlesien nach Europa holen, zum anderen aber auch Europa ein wenig von der oberschlesischen Grundsubstanz einer christlichen Seele vermitteln, die diesem Erdteil in seinen Augen immer stärker fehlt.

● Prof. Dr. Michael Hirschfeld ist außerplanmäßiger Professor an der Universität Vechta sowie ordentliches Mitglied der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen sowie der Historischen Kommission für Schlesien. Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Artikels für die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. www.kulturstiftung.org

VON ERIK LOMMATZSCH

Als das Ampel-Kabinett im Juni bekannt gab, dass Ferda Ataman als Leiterin die Antidiskriminierungsstelle des Bundes übernehmen solle, kam schnell die Frage auf, inwieweit sie für dieses Amt geeignet ist. In öffentlichen Positionierungen hatte sich die in Stuttgart als Tochter türkischer Einwanderer geborene Journalistin selbst als äußerst diskriminierungsfreudig und vorurteilsbeladen gezeigt. Die deutsche Vereinigung markiert für sie „einen rassistischen Wendepunkt“, und sie behauptet, die Einheit lasse „bis heute keinen Platz für Leute, die nicht zum ‚Volk‘ gehören“. Von Deutschen spricht sie gern abfällig als „Almans“ oder „Kartoffeln“. Ataman hat unlängst sicherheitshalber schnell noch mehr als 10.000 ihrer Tweets gelöscht.

Wie es derzeit um das politische Klima in Deutschland bestellt ist, erkennt man daran, dass von Seiten eines großen Teils der Presse keinesfalls ihr Rückzug gefordert wurde. Im Gegenteil, Ataman wurde verteidigt. So hoffte etwa der „Tagesspiegel“ unter der Überschrift „Raus aus den Kartoffeln“, dass die „Hysterie um die Personale verdampft“. Die „Zeit“ fragte: „Warum so empfindlich?“, und ließ es sich nicht nehmen, in dem entsprechenden Artikel über „Deutsche ohne Migrationshintergrund“ zu schreiben – für die Wochenzeitung wohl inzwischen nur noch eine Gruppe unter vielen, welche die Bundesrepublik bevölkern.

Sympathie für Linksextreme

Ataman, inzwischen im Amt, ist bei Weitem kein Einzelfall. Eine Reihe von maßgeblichen politischen Positionen sind mit Personen besetzt, deren Verlautbarungen darauf schließen lassen, dass sie eine mehr als ambivalente Stellung gegenüber Deutschland und seiner im Grundgesetz festgeschriebenen Verfasstheit einnehmen. Kommt Kritik daran auf, werden die Äußerungen in ihrer Bedeutung medial heruntergespielt und zerredet. Um nachvollziehbare Rechtfertigungen handelt es sich dabei nicht, sachliche Richtigstellungen erfolgen höchstens im für den Gesamtzusammenhang marginalen Detail. Kurioserweise wird bei genauer Betrachtung die Relevanz der Kritik oft sogar bestätigt.

So bekam die Grünen-Politikerin Claudia Roth bereits vor vier Jahren vom „ARD-Faktenfinder“ Unterstützung. Roth, damals Bundestagsvizepräsidentin und derzeit Kulturstaatsministerin, sah sich immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, sie sei bei einer Demonstration in Hannover im November 2015 hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ gelaufen. Der „Faktenfinder“ stellte klar, dass Autonome zwar Slogans wie „Deutschland verrecke!“ skandiert hätten, das besagte Transparent habe es aber



Erfährt breite Unterstützung trotz (oder wegen?) ihrer offen antideutschen Haltung: Ferda Ataman

Foto: imago/Metodi Popow

POLITISCHE ELITE

Wo Deutsche „Kartoffeln“ heißen und Vaterlandsliebe „zum Kotzen“ ist

Selbst eine ausgeprägte und eingestandene Abneigung gegen das eigene Land und dessen angestammtes Volk ist kein Hindernis für höchste politische Ämter in Deutschland

nicht gegeben, die Parole sei ebenfalls lediglich verbal, aus einem Lautsprecher zu vernehmen gewesen – was Roth aber nach eigener Aussage nicht gehört habe. Bei dem Vorwurf handle es sich möglicherweise um eine Verwechslung: 1990 sei Roth – tatsächlich – hinter einem Transparent marschiert, auf dem „Nie wieder Deutschland!“ zu lesen war.

Die in ihrer Eigendarstellung „gemeinnützige und unabhängige Redaktion“ des Recherchezentrums „Correctiv“ hatte sich im Juni 2019 eines Zitats von Robert Habeck, ehemals Vorsitzender der Grünen und seit Dezember 2021 Bundeswirtschaftsminister, angenommen. In einem Buch veröffentlichte Habeck die Sätze: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Da „Correctiv“ nicht umhin kommt, die für jedermann überprüfbaren Aussagen zu bestätigen, heißt es vorsichtig, ja, Habeck habe sich schon „kritisch

zu Vaterlandsliebe geäußert“. Beschwichtigend wird auf eine andere Passage verwiesen, in welcher er sein Verständnis einenes „linken Patriotismus“ darlegt.

Für die sozialdemokratische Bundesinnenministerin Nancy Faeser brach der „Spiegel“ Anfang Februar dieses Jahres eine Lanze. Faeser hatte vor ihrer Ministerzeit, als hessische SPD-Chefin, einen vor Rechtsextremismus warnenden Beitrag geschrieben, der in der Zeitschrift „antifa“ publiziert wurde. Hinter dem Blatt steht die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA). Der „Spiegel“ räumt zwar ein, dass der Verband vom bayerischen Verfassungsschutz 2018 als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ bezeichnet wurde und der hessische Verfassungsschutz dies 2020 ähnlich sah, schließt aber gleich die Behauptung an, dass „diese Bewertung jedoch umstritten“ sei. Belegt wird das

mit dem Tweet eines Grünen-Politikers, der erklärte, die „Erwähnung des VVN-BdA im Verfassungsschutzbericht“ sei das „eigentliche Problem“. Zudem konstatiert das Hamburger Magazin: „Mit der autonomen Antifa und schwarzen Kapuzenpullis hat die VVN-BdA jedenfalls kaum etwas gemein.“

Steinmeiers Lorbeer für Ensslin

Im Januar 2020 hatte bereits die sächsische Justizministerin Katja Meier vom „Spiegel“ mittels wohlwollendem Interview ein Forum erhalten. Die Grüne, deren Qualifikation durch ein fehlendes Studium der Rechtswissenschaften ohnehin zweifelhaft ist, war seinerzeit Mitglied einer Band, in deren Liedern es beispielsweise hieß: „Advent, Advent – ein Bulle brennt“. Die Ministerin würde diese Lieder „heute nicht mehr spielen“. Zudem habe sie „die Texte selbst gar nicht geschrieben“. Man müsse ihre „Punkvergangenheit zeitlich einordnen“.

Frank-Walter Steinmeier, seit 2017 Bundespräsident, hatte im Februar in einem Glückwunschkarten an eine Regisseurin die Mörderin Gudrun Ensslin, die als RAF-Terroristin die Grundordnung der Bundesrepublik gewalttätig bekämpfte, zu den „großen Frauen der Weltgeschichte“ gezählt. Dass ihm die Formulierung in dem wohl vorgefertigten Text nicht auffiel, ist hoffentlich allein seiner mangelnden Bildung zuzuschreiben. Immerhin fühlte sich später eine Sprecherin bemüht, die Aussage als „Fehler“ zu benennen. Die „Süddeutsche Zeitung“ nennt es eine „redaktionelle Schuldigkeit“, vermittelt aber zugleich den Eindruck, dass derlei bei den vielen Routine-Schreiben schon mal passieren könne.

Um in Deutschland in hohe Ämter zu gelangen, muss man Deutschland nicht mögen, Rückhalt gibt es genug. Und Folgen haben antideutsche Aussagen oder offene Sympathien für Linksextreme schon gar nicht.

ERDGESCHICHTE

Sind wir alle Außerirdische?

Dass das Leben auf der Erde aus dem All kam, war lange nur eine These – Jetzt machten Wissenschaftler erstaunliche Entdeckungen

Vor knapp vier Milliarden Jahren war die Erde ein extrem unwirtlicher Ort: Vulkane schleuderten giftige Gase in die noch recht dünne Atmosphäre, während permanent kosmische Bomben wie Asteroiden, Kometen und Meteoriten einschlugen. Und dennoch entstand in jener Zeit das Leben auf unserem Planeten. Bis heute ist ungeklärt, wodurch dieser Prozess ausgelöst wurde. Lieferten vielleicht gar die Geschosse aus dem All die nötigen Grundbausteine?

Jegliches Leben auf der Erde basiert auf Desoxyribonukleinsäure (DNA) und Ribonukleinsäure (RNA). Die DNA trägt die Erbinformation, während die RNA vor

allem für die Neubildung von Proteinen in Zellen verantwortlich ist. Und die Existenz von DNA und RNA wiederum basiert zwingend auf dem Vorhandensein der fünf Nukleobasen Guanin, Adenin, Uracil, Cytosin und Thymin: Ohne diese organischen Verbindungen kann es kein irdisches Leben geben. Daher wäre deren Nachweis in Material, das nicht von der Erde stammt, das solideste Indiz für die Richtigkeit der These von der kosmischen Herkunft des hiesigen Lebens.

Dabei gelang der Wissenschaft nun ein entscheidender Schritt nach vorn, wie zwei Fachartikel vom Februar beziehungsweise April dieses Jahres zeigen. Der erste

erschien in der Zeitschrift „Nature Astronomy“ und stammt von fünf Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Astronomie in Jena beziehungsweise Heidelberg um Serge Krasnokutski. In dem Beitrag „Ein Weg zu Peptiden im Weltall durch die Kondensation von atomarem Kohlenstoff“ werden Laborexperimente beschrieben, in deren Verlauf sich zeigte, dass komplexe Moleküle sehr wohl auch unter kosmischen Bedingungen entstehen können – und zwar sogar „bei niedrigen Temperaturen, ohne Bestrahlung oder das Vorhandensein von Wasser“. Allerdings fanden die Forscher keinen Beleg dafür, dass das für alle der fünf

eingangs genannten Nukleobasen gilt: Im Falle von Cytosin und Thymin misslang der entsprechende Nachweis.

Diese Lücke schlossen nun aber die japanischen Biochemiker Yasuhiro Oba, Yoshinori Takano, Yoshihiro Furukawa, Toshiki Koga und Hiroshi Naraoka im Verein mit Daniel Glavin und Jason Dworkin von der US-Weltraumbehörde NASA. Das beweist ihr Artikel über die „Identifizierung einer großen Vielfalt extraterrestrischer Purin- und Pyrimidin-Nukleobasen in kohlenstoffhaltigen Meteoriten“ im Fachblatt „Nature Communications“.

Wie die Wissenschaftler schreiben, analysierten sie unter anderem die Mete-

oriten Murchinson, Murray und Tagish Lake, welche zwischen September 1950 und Januar 2000 in Nordamerika und Australien niedergegangen sind. Dabei konnten sie in den sogenannten kohligen Chondriten aus den Tiefen des Alls sowohl Guanin, Adenin und Uracil als auch Cytosin und Thymin nachweisen – was zugleich noch insofern bemerkenswert ist, als der Murchinson-Meteorit Sternstaub aus Bereichen außerhalb unseres Sonnensystems enthält, dessen Alter sieben Milliarden Jahre betragen soll. Somit kann nun nicht mehr ausgeschlossen werden, dass wir tatsächlich alle Außerirdische sind.

Wolfgang Kaufmann



BURG TAPIAU

Der Burgkomplex soll für Touristen offenbleiben

Möglich viel Historisches bewahren – Ein Moskauer Investor erhielt die behördliche Genehmigung für sein Nutzungskonzept

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Das nördliche Ostpreußen verfügt über zahlreiche historische Stätten mit einer jahrhundertealten Geschichte. Eine davon liegt 40 Kilometer von Königsberg entfernt: Es gibt einen Ort, der von großem historischen Wert ist – die Burg Tapiau. Dabei handelt es sich um die älteste noch erhaltene Backsteinburg der Region. Obwohl von ihrer ursprünglichen Größe und ihrem eher schlichten Aussehen wenig übrig geblieben ist, stellt es ein einzigartiges historisches Gebäude mit einer reichen Geschichte dar. Nicht umsonst steht die Burg auf der Liste des Denkmalschutzes.

Die Steinburg wurde am Zusammenfluss der Flüsse Pregel und Deime errichtet. Dieser Ort wurde Tapiom genannt, auf Preußisch „warmes Feld“. Bevor der Deutsche Orden das Gebiet eroberte, stand dort die prußische Festung Sugurb. Von 1280 bis 1301 war sie das Zentrum des Fremdenverkehrs. Zwischen 1347 und 1359 wurde eine steinerne Burg mit vier Flügeln errichtet. Vor der Burg befand sich ein Vorplatz mit einer Vielzahl von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Am gegenüberliegenden Ufer der Deime wurde eine Siedlung gegründet, aus der später die Stadt Tapiau hervorging.

Die noch erhaltenen Burggebäude wurden bereits 1351 errichtet. Als der Deutsche Orden 1457 seinen Sitz in Marienburg verlor, wurden sein Archiv und seine Bibliothek zur sicheren Aufbewahrung nach Tapiau gebracht. In der Mitte des 16. Jahrhunderts war die Burg die zeitweilige Residenz des ersten preußischen



Tapiau: Derzeitiger Zustand des Burgkomplexes

Foto: J.T.

Herzogs, Albrecht von Brandenburg, sowie sein Landsitz.

Burgkomplex überstand den Zweiten Weltkrieg unbeschadet

Im Mai 1697 hielt sich die Große Gesandtschaft von Peter dem Großen in der Burg auf. Ende des 18. Jahrhunderts wurde sie in eine Armenanstalt umgewandelt und in den 1870er Jahren zu Gefängniszwecken umfassend umgebaut. In den Jahren 1901 bis 1902 wurde an der Stelle des Vorplatzes ein Komplex von Verwaltungsbauten aus rotem Backstein mit

einem Türmchen über dem Hauptgiebel errichtet.

Der Burgkomplex überstand den Zweiten Weltkrieg fast unbeschadet und diente im April 1945 als Internierungslager und später als Strafkolonie. Die Burg wurde um neue Industrie- und Zweckbauten erweitert, und die Gebäude aus dem frühen 20. Jahrhundert wurden rekonstruiert.

Heute sind der Nordwestflügel und das Untergeschoss des Ostflügels aus dem Gebäudekomplex der Burg Tapiau aus der Ordenszeit leicht umgebaut wor-

den. Im vergangenen Jahr wurde der Burgkomplex drastisch verändert.

Drastische Veränderung im vergangenen Jahr

Am 14. September 2021 wurde eine Vereinbarung zwischen der regionalen Abteilung des Strafvollzugsdienstes und dem Königsberger Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst über die Übergabe der Immobilie „Tapiau Burgkomplex“ an das Museum zur kostenlosen Nutzung unterzeichnet. Die Strafkolonie ist inzwischen ausgezogen, sodass die Räumlichkeiten

neu genutzt werden können. Das Ministerium für Kultur und Tourismus des Königsberger Gebiets hatte dem Museum Mittel für die Instandhaltung der Einrichtung zur Verfügung gestellt. Der Nordwestflügel beherbergt heute eine Ausstellung zur Geschichte der Burg und wird von organisierten Reisegruppen besucht.

Kürzlich wurde eine neue Entwicklung angekündigt. Die Führungen in der Burg wurden seit dem 29. Mai wegen eines Eigentümerwechsels vorübergehend eingestellt. Wurde die Burg zunächst an das Gebietsmuseum übergeben, so ist jetzt die Immobilienagentur des Königsberger Gebiets Eigentümerin, und danach soll es an die Entwicklungsgesellschaft der Region übergeben werden. Die regionalen Behörden haben ein Entwicklungsprojekt für die mittelalterliche Burg Tapiau genehmigt, das von der Moskauer Elmont-Gruppe vorgelegt wurde. Auf dem Gelände werden ein Café, ein Museum und ein Hotel entstehen.

Die Entwicklungsgesellschaft erklärte, dass „der Investor daran interessiert ist, die einzigartige historische Stätte offen und sicher für alle zu halten, die sich für die Vergangenheit interessieren. Die Burg Tapiau wird für Touristen geöffnet bleiben“. Das Hauptkonzept für die Entwicklung des Komplexes besteht darin, so viel wie möglich an das Vorhandene anzupassen und es so wenig wie möglich zu verändern. Im ältesten Teil des Komplexes ist ein Museum geplant, und in den roten Backsteingebäuden werden ein Restaurant und ein Hotel eingerichtet.

Das Investitionsvolumen wird umgerechnet auf mehr als 36 Millionen Euro geschätzt, wovon etwa 25 Millionen Eigenmittel des Investors sind.

AGDM

Spannend, lustig und ereignisreich

Für die Jüngsten veranstaltete das Kopernikushaus in Allenstein „Sommerspiele mit der deutschen Sprache“

Die „Sommerspiele mit der deutschen Sprache“ sind fester Bestandteil der Veranstaltungen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM), die schon zum neunten Mal organisiert wurden. Die Veranstaltung richtet sich an die jüngsten Mitglieder der Deutschen Minderheit. Die Kinder beteiligten sich an der diesjährigen Ferienveranstaltung wie immer mit großem Engagement an den Freizeit- und Kulturangeboten. Auch die Eltern gaben positive Rückmeldungen zu dem Projekt, was für die AGDM einen doppelten Erfolg bedeutet. Deswegen versuchen die Veranstalter zu beweisen, dass auch die jüngste Altersgruppe sehr aktiv und bereit ist, Aktivitäten zu unternehmen, die darauf abzielen, ihren Sinn für die nationale und kulturelle Identität zu wecken oder zu vertiefen.

15 Teilnehmer und ihre Betreuer haben sich regelmäßig zwischen 9 und 15 Uhr im Haus Kopernikus, dem Sitz der AGDM in Allenstein, getroffen. Den Kindern wurden Sprachspiele, Bastelarbeiten, Lieder, Bewegungsmöglichkeiten mit Musik und Geschichten angeboten. Das Hauptthema hieß diesmal „Rund um das Jahr“. Die Teilnehmer haben sich mit den Bezeichnungen von Wochentagen, Monaten, Jahreszeiten und den damit verbundenen Aktivitäten auseinandersetzt,

um ihre Deutschkenntnisse voranzubringen. Dabei half auch die Geschichte „Die kleine Raupe Nimmersatt“, zu der Sprachaufgaben vorbereitet wurden.

Im Rahmen der Berührung mit der Regionalgeschichte haben die Kinder mit der Reiseleiterin das Museum für Volksarchitektur – den Ethnographischen Park

besucht. Die jungen Teilnehmer waren von den Objekten im Freilichtmuseum begeistert, das 1913 gegründet worden war. Eine zusätzliche Attraktion war die Darstellung des volkstümlichen Kunsthandwerks mittels eines Webstuhls.

Ausflug nach Hohenstein

Außerdem hatten die Kinder die Gelegenheit, die Wanderausstellung mit dem Titel „Meine und deine Nachbarn: die Galerie von Masurenporträts“ zu besuchen, die derzeit in Hohenstein präsentiert wird. Wie leben die Masuren? Was sind sie von Beruf? Welche Kleidung tragen sie? In der Fotoausstellung werden unter anderem diese Fragen beantwortet.

Die Idee zu dieser einzigartigen Ausstellung stammt von dem masurischen Historiker Waldemar Mierzwa, dessen Wunsch es war, ein Panorama zu schaffen, das die Komplexität der masurischen Gemeinschaft zeigt. Zu dieser Minderheit, die in Ostpreußen lebt, gehören Hausfrauen, Kraftfahrer, Fischer, also Berufe, die traditionell mit der Region verbunden sind. Die ausgestellten Fotografien sind zweifellos von unschätzbarem Wert und ein Zeugnis der Geschichte. Ihre Protagonisten haben sie fast zwei Jahre lang eingesandt. Es ist erwähnenswert, dass der jüngste Masure drei Monate alt ist und

mit seinem Großvater und Vater abgebildet ist. Die älteste Frau, die fotografiert wurde, ist 95 Jahre alt.

Der lebendige Geschichtsunterricht in Hohenstein bleibt lange in der Erinnerung von Projektteilnehmern haften. Darüber hinaus nahmen die Kinder auch an kreativen Werkstätten teil, die nach der Methode von Segni Mossi abliefen. Es handelte sich um eine Reihe von Experimenten, in denen Mittelpunkt Kunst, Musik und Bewegung standen.

Die kleinen Projektteilnehmer malten mit ihren ganzen Körpern und versuchten bei den Spielen alle Sinne zu aktivieren. Das Ziel war es, in sich selbst hineinzuschauen, sich zu entspannen sowie einen Beitrag zur emotionalen Selbstentwicklung zu leisten. Zu betonen ist, dass alle Aktivitäten im Projekt „Sommerspiele mit der deutschen Sprache“ darauf ausgerichtet waren, ein Bewusstsein der nationalen Identität zu vertiefen, Deutschkenntnisse zu verbessern, das kulturelle Erbe der Region weiterzugeben und die jüngste Generation der AGDM zu fördern.

Das Projekt wird finanziert aus Mitteln des Ministers für Inneres und Verwaltung in Warschau, des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Familie und Soziales sowie des deutschen Generalkonsulats in Danzig.

Dawid Kazański



Auf Exkursion: Teilnehmer der Sommerspiele in Hohenstein

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG
Schmitter, Selma, geb. Sucht, aus Stücken, Kreis Elchniederung, am 1. August
Stahnke, Irmgard, geb. Redwanz, aus Lyck, Bismarckstraße 37, am 30. Juli

Meyer, Ruth, geb. Lojewski, aus Treuburg, am 4. August
Oberg, Elfriede, geb. Schulz, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 30. Juli
Pautsch, Rosa, geb. Dietrich, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August
Speicher, Käte, geb. Summek, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli
Wilke, Ruth, geb. Braczko, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August

Stier, Traute, geb. Eigenfeldt, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 1. August
Tumat, Ursula, geb. Schittko, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Tyburcy, Melitta, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Juli
Uhlke, Ursula, geb. Karpunksi, aus Dankfeld, Kreis Lötzen, am 2. August
Wiechmann, Hildegard, geb. Gollan, aus Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 4. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klemme, Erna, geb. Zitzewitz, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 1. August
Schröder, Margarete, geb. Hamm, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kremer, Ewald, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. August
Willuhn, Elisabeth, geb. Schramma, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Greiner, Lore, geb. Preuß, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August
Oelsner, Grete, geb. Peterlein, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 29. Juli
Reuther, Elfriede, geb. Kreuzenstein, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 2. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beindorf, Herta, geb. Jotzo, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. August
Michel, Elfriede, geb. Klahr, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August
Pröchtel, Elga, geb. Bendzko, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 4. August
Prusak, Edith, geb. Gedack, aus Wehlau, am 30. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hoffmann, Irma, geb. Kattoll, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 3. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Melchert, Alice, geb. Ohlenholz, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August
Raski, Johanna, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August
Schröder, Edith, geb. Bienderra, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli
Weber, Erika, geb. Keller, aus Auglitzen, Kreis Lyck, am 31. Juli
Werner, Lore, geb. Sadowsky, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fohs, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Juli
Nickel, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 29. Juli
Wiele, Ruth, geb. Schirrmann, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
Woldeit, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Hartwig, Elfriede, geb. Fröhlich, aus Mohrungen, am 31. Juli
Holthaus, Margot, geb. Laukien, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 30. Juli
Kleinschmidt, Martha, geb. Antke, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. August
Laupichler, Elisabeth, geb. Brockschmidt, aus Stadthausen, Kreis Wehlau, am 2. August
Scholz, Johanna, geb. Ballay, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Skorczyk, Jürgen, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 3. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bonzol, Ursula, geb. Wilke, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 1. August

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

Burdenski, Horst, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli
Kliß, Klaus, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 29. Juli
Krähnert, Alfred, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
Kuboteit, Irma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 29. Juli
Landt, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. August
Lange, Dr. Jürgen, aus Wehlau, am 31. Juli
Naruohn, Gerhard, aus Wehlau, am 31. Juli
Naujeck, Rudi, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Ott, Günther, aus Wehlau, am 4. August
Schostag, Gerda, geb. Hoppe, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 3. August
Schwierzke, Gerda, geb. Bahlo, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. August
Walter, Irmgard, geb. Becker, aus Langsee, Kreis Lyck, am 2. August
Waschk, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. August

Ehlert, Horst

, aus Bärengrund, Kreis Treuburg und aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 1. August
Fechner, Dieter, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 2. August
Freymadl, Sigrid, geb. Sandau, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 2. August
Gorlo, Dietrich, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 30. Juli
Gross, Erna, geb. Scheffler, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 30. Juli
Herrmann, Ella, geb. Fröse, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 1. August
Krause, Anita, geb. Gregorowski, aus Soffen, Kreis Lyck, am 3. August
Kroek, Siegfried, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Leder, Brigitte, Landsmannschaft Kassel, am 29. Juli
Müller, Irmgard, geb. Schumacher, aus Willkau, Kreis Fischhausen, am 1. August
Poschmann, Wilma, geb. Dora, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. Juli
Roseck, Margret, aus Wehlau, am 29. Juli
Stasch, Heinrich, aus Groß Schieenanen, Kreis Ortelsburg, am 2. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4
22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 32/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 32/2022 (Erstverkaufstag 12. August) **bis spätestens Dienstag, den 2. August**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de; Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe,
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

E. T. A. Hoffmann zum 200. Todestag

Hof – In der Juliveranstaltung gab die zweite Vorsitzende Jutta Starosta anlässlich des 200. Todestags, der sich am 25. Juni jährt, einen kurzen Abriss über das Leben E. T. A. Hoffmanns. Dabei stellte sie fest, dass immer wieder bei den Prominenten Bezüge zwischen alter und neuer Heimat auftauchen.

Hoffmann war gebürtiger Königsberger. Den meisten ist er aber eher durch sein Wirken in Bamberg und Dresden bekannt.

Ernst Theodor Amadeus Hoffmann war Beamter und Künstler, Musiker, Zeichner und Schriftsteller und wurde am 24. Januar 1776 in Königsberg geboren. Aus Verehrung gegenüber Mozart ersetzte er 1805 seinen dritten Vornamen Wilhelm durch Amadeus. Er wuchs in zerrütteten Familienverhältnissen auf. Der Vater trank, die Mutter war hysterisch. Nach der Scheidung der Eltern lebte er bei der Mutter, wurde jedoch durch seinen Onkel Otto Dörffer erzogen. Dieser sorgte früh für Musik- und Zei-



Sonderbriefmarke, 1972: E. T. A. Hoffmann zum 150. Todestag

chenunterricht, sodass Hoffmann bereits mit 13 Jahren erste Kompositionen zu Papier brachte. Ab 1782 besuchte Hoffmann die reformierte Burgschule, an der er in Theodor Gottlieb von Hippel einen Freund fand.

Im Jahr 1792 nahm er ein Jurastudium auf. Dem Studium folgten Anstellungen in Königsberg, Glogau und Berlin. Als Assessor wurde er 1800 nach Posen versetzt. Wegen einiger Karikaturen über die Posener Gesellschaft erfolgte 1802 die Strafversetzung nach Plock/Weichsel. Im selben Jahr heiratete er die Polin Maria Thekla Michalina Rorer-Trzynska. Die Jahre in Plock und ab 1804 als Regierungsrat in Warschau standen vor allem im Zeichen der Musik. Neben seinem Hauptberuf schrieb, zeichnete und komponierte Hoffmann, engagierte sich beim Aufbau einer „Musikalischen Gesellschaft“ in Warschau und konnte als deren Dirigent auch erstmals eigene Werke aufführen. Mit dem Einrücken der französischen Truppen verlor er 1807 seine Anstellung und begab

sich in Berlin erfolglos auf Stellen suche. So nahm er 1808 die Stelle des Kapellmeisters am Bamberger Hoftheater bis zu dessen Konkurs 1809 an. Die Zeit in Bamberg war für Hoffmanns Zukunft entscheidend, da er sich nun vermehrte der Schriftstellerei zuwendete. Dies tat er zunächst in Form der Musikkritik in der Allgemeinen Musikalischen Zeitung. Hier veröffentlichte Hoffmann neben seiner ersten Erzählung Ritter Gluck (1809) auch zwei wichtige Beethoven-Resensionen, die später in den Aufsatz Beethovens Instrumentalmusik im ersten Teil der Kreisleriana einflossen. Beethoven höchstpersönlich wandte sich in einem Brief vom 23. März 1820 an Hoffmann, um für das Schreiben über seine Werke zu danken.

Im Kontext der Musikkritik entwickelte Hoffmann zu dieser Zeit auch die fiktive Figur des Kapellmeisters Kreisler, die in gewisser Weise sein literarisches Alter Ego darstellte und immer wieder in seinen Werken auftauchte. 1810 fand Hoffmann eine neue Anstel-

lung am Bamberger Theater als Direktionsgehilfe, Dramaturg und Dekorationsmaler. Daneben komponierte, schrieb und zeichnete er weiter und verdiente Geld als Musiklehrer. Da seine finanziellen Probleme immer größer wurden, nahm er im Jahr 1811 das Angebot, als Theaterkapellmeister in Dresden zu wirken, an. Hier spielte die Musik in seinem Schaffen noch ein letztes Mal die Hauptrolle. Mit der in Bamberg begonnenen und 1814 vollendeten Oper „Undine“ gelang ihm sein wohl wichtigstes musikalisches Werk, das 1816 in Berlin uraufgeführt wurde. Das Libretto zu „Undine“ verfasste sein Freund Friedrich de la Motte-Fouqué. Auch die Zusammenarbeit mit Fouqué fand ihren literarischen Niederschlag in Hoffmanns Werken. Ein fiktiver Briefwechsel zwischen Baron Wallborn und Johanna Kreisler, hinter denen sich niemand anderes als Fouqué und Hoffmann verbargen, erschien 1814 in „Die Musen. Eine nordische Zeitschrift.“ Zusammen mit den Kreisleriana und weiteren Erzählungen wie das Märchen „Der goldene Topf“ wurden sie von Hoffmann auch in die 1814 und 1815 erschienene Sammlung „Fantasiestücke“ in Callots Manier aufgenommen, mit der er seine ersten großen literarischen Erfolge feiern konnte.

1814 kehrte er nach Berlin zurück. Mit der Hilfe Hippels fand er dort eine Anstellung am Kammergericht und wurde 1816 zum Kammergerichtsrat befördert. Zugleich baute er sich in der Berliner Gesellschaft rasch einen großen Kreis von Freunden und Bewunderern auf; er pflegte Umgang mit Tieck, Chamisso, Eichendorff, Humboldt und weiteren bedeutenden Persönlichkeiten der Zeit. Trotz des juristischen Hauptberufs fand er genug Zeit zum Schreiben und entwickelte eine hohe literarische Produktivität. Ab 1816 arbeitete Hoffmann an einer zweiten Sammlung von Erzählungen, den Nachtstücken. Die bekannteste Erzählung des Zyklus’ ist sicher „Der

Sandmann“. 1819 wurde Hoffmann in die Immediat-Commission zur Ermittlung hochverräterischer Verbindungen berufen. Durch seine Arbeit, die häufig Angeklagte vor polizeilicher Verfolgung schützte, zog er den Unmut des Berliner Polizeidirektors auf sich. So erhielt er 1821 andere Aufgaben. In einem Disziplinarverfahren wegen der Karikierung des Polizeidirektors im 1822 erschienenen Roman „Meister Floh“ und der darauf folgenden Zensur des Werkes fand diese Zeit ein trauriges Nachspiel.

Bereits 1819 war Hoffmann schwer an Syphilis erkrankt. Dennoch fand er in den nächsten Jahren weiterhin die Kraft, neben der täglichen Arbeit literarisch tätig zu sein. Mit „Das Fräulein von Scuderi“ (1818) und den „Lebens-Ansichten des Katers Murr“ (1819-21) erschienen wichtige Spätwerke. Er starb am 25. Juni 1822 in Berlin. Hoffmanns Nachlass wurde noch in seinem Todesjahr versteigert.

Sein Freund Julius Eduard Hitzig erwarb einen Teil. Vieles ist aber heute nicht mehr auffindbar. Teile seines kompositorischen Nachlasses befinden sich in den Staatsbibliotheken in Berlin und Bamberg und in der Universitätsbibliothek München.

Zum Abschluss des Vortrages wurde den Teilnehmern mit dem Vorwort zum „Kater Murr“ noch eine kleine Kostprobe des literarischen Könnens des Dichters gegeben.

Jutta Starosta

talstraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Liebes altes Lesebuch“. Schätze deutscher Dichtung.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinrich Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bericht

Oldenburg – Ihre Versammlungen setzte die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg im Juli mit einem gemütlichen Kaffee-Nachmittag in dem Gesellschaftshaus Bümmesterde fort. Weil es für einen Halbtagsausflug nicht mehr reichte, haben wir diese zwanglose Zusammenkunft gewählt, die jeder auch ohne Auto per öffentlichem Bus erreichen kann. Wir waren 14 Personen, und bei Kaffee, Tee und Kuchen genossen wir das gesellige Zusammensein. Gisela Borchers berichtete von ihrem Besuch am Kanaldurchstich durch die Frische Nehrung nahe dem Ort Vogelsang, der kurz vor der Eröffnung steht, ein imposantes Bauprojekt, das innerhalb von drei Jahren vollendet wurde.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Treffen

Kassel – Donnerstag, 4. August, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-

Fortsetzung auf Seite 17

ANZEIGE

Wirken Sie mit an der Stiftung.
Fünf Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

»Zukunft für Ostpreußen!«

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ/02-C

40 Euro
Prämie

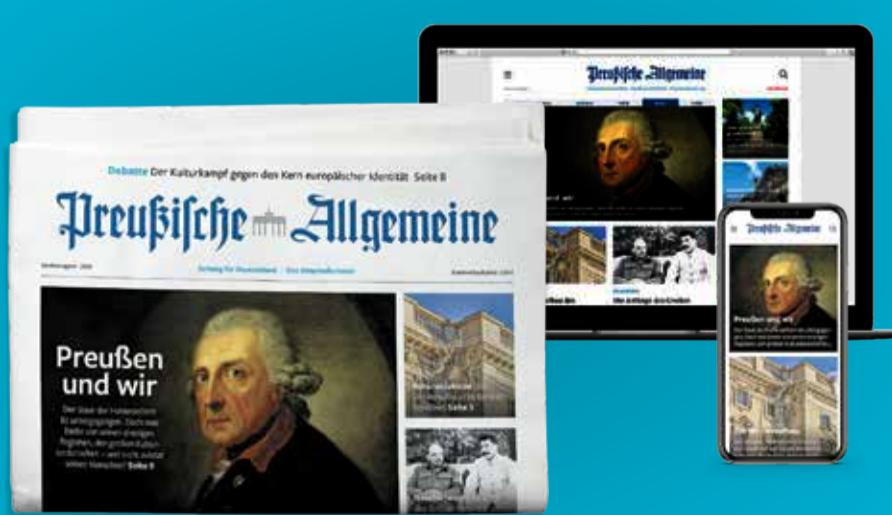


Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie



LAUDATIO

Gold für Barbara Rużewicz

Goldenes Ehrenzeichen verliehen

Barbara Rużewicz wurde am 18. Januar 1942 in Engelstein, Kreis Angerburg, geboren und verbrachte ihre ersten sieben Lebensjahre in Rastenburg. In Groß Stürlack im Kreis Lötzen besuchte sie die Grundschule und im Anschluss daran die Oberschule in Allenstein. Nach ihrem Lehramtsstudium in Warschau arbeitete Barbara Rużewicz zehn Jahre lang in Pommern und von 1975 bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand an den Berufsschulen in Lötzen, wo sie die Fächer Wirtschaft und Maschinenbau unterrichtete.

Seit 30 Jahre für die Deutsche Minderheit aktiv und wichtig

Barbara Rużewicz zählt seit fast dreißig Jahren zu den führenden Persönlichkeiten der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen. Am 8. August 1991 war sie Mitbegründerin des Deutschen Sozial-Kulturellen Vereins in Lötzen und von 1997 bis 2013 dessen stellvertretende Vorsitzende. Seit 2013 leitet sie als erste Vorsitzende die Geschicke des Lötzener Vereins.

Unter ihrer Leitung tritt der Chor „Stimme der Heimat“ sowohl in der Republik Polen wie auch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Chor und Verein nehmen an regionalen und überregionalen Veranstaltungen, wie zum Beispiel den Kreistreffen und Feierstunden der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster, teil und bereichern diese durch ihre Auftritte. Der Chor der Deutschen



Wird für ihre außergewöhnlichen Leistungen und ihren unermüdlichen Einsatz für Ostpreußen und seine Menschen gewürdigt: Barbara Rużewicz erhält während des Goldaper Gartenfestes das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) von Stephan Grigat, Sprecher der LO und Kreisvertreter für Goldap. Foto: Patrycja Rużewicz

Minderheit in Lötzen feierte im April 2019 sein 25-jähriges Jubiläum.

Seit über 20 Jahren übt Barbara Rużewicz zudem verschiedene Funktionen im Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren aus. Sie war stellvertretende Vorsitzende des Dachverbandes und Schatzmeisterin dieses Verbandes.

Für die Bundeslandschaft ist Barbara Rużewicz seit vielen Jahren eine verlässliche Ansprechpartnerin bei der Organisation von Veranstaltungen in Ostpreußen, wie zum Beispiel den Sommerfesten 2006 und 2008 auf dem Gelände der Festung Boyen und den Seminaren in Bad Pyrmont und Helmstedt. Dazu tritt die Organisation der partnerschaftlichen Besuche des Dachverbandes anlässlich der ostpreußischen Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern, die sie seit vielen Jahren durchführt. Frau Rużewicz setzt sich intensiv für den Erhalt der Kultur der ostpreußischen Heimat ein und betreut viele Besucher, die den Deutschen Verein in Lötzen aufsuchen, um die Wurzeln der Heimat in Erinnerung zu rufen.

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres unermüdlichen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Barbara Rużewicz das Goldene Ehrenzeichen.

Dieter Arno Milewski

Kulturzentrum Ostpreußen

Auf der Pirsch in Heide, Wald und Moor



Zur Geschichte der Jagd zwischen Weichsel und Memel

30. Juli bis
27. November
2022

KULTURZENTRUM
OSTPREUSEN

Rätsel

| So ist's richtig: | | Sudoku | | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------|--|--------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| 1 | Stoffrolle | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2 | Jugendlicher mit Pilzkopffrisur | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | Schutz, Obhut (griechisch) | | | | | | | | | | | | | | | |
| 4 | Alltagsgleich | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | Ausdruck: 1. Ballen, 2. Bealete, 3. Aberglaube, 4. Listig, 5. Sicher - | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6 | Herrma - prompt, glücklich | | | | | | | | | | | | | | | |
| 7 | Dialektaliste: 1. patzig, 2. Kralle, 3. Amodebe, 4. Primus, 5. Schopf, | | | | | | | | | | | | | | | |
| 8 | Wunde, Verwundung | | | | | | | | | | | | | | | |
| 9 | Speise, Verpflegung | | | | | | | | | | | | | | | |
| 10 | sicher, gewiss | | | | | | | | | | | | | | | |
| 11 | nordischer Hirsch | | | | | | | | | | | | | | | |
| 12 | PAZ22_30 | | | | | | | | | | | | | | | |

Sudoku

| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|--|--|--|--|--|--|--|---|---|
| | | 3 | 6 | 4 | 8 | | | | | | | | | | | | |
| 4 | | | | | | 9 | 3 | | | | | | | | | | 5 |
| | | | | | | | | 6 | | | | | | | | | 4 |
| 6 | 1 | | 8 | | | | | | | | | | | | | | 2 |
| | | | | 4 | | | | | | | | | | | | | |
| 2 | | | 3 | | 9 | | | | | | | | | | | | 8 |
| 3 | 9 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | 7 | 8 | | | | | | | | | | | | | | 6 | |
| | 2 | 5 | 7 | 3 | | | | | | | | | | | | | |

Lösen Sie das japanische Zahlrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| 1 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 4 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6 | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Diagonalrätsel

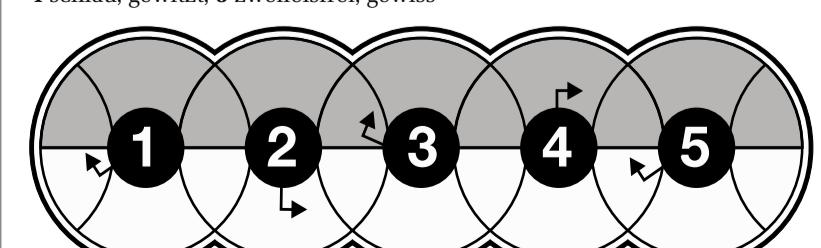
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Begriffe für sofort.

- 1 frisch, unverschämt
- 2 Horngesäß an Tierzehen
- 3 Wechseltierchen
- 4 Klassenerster
- 5 Haarbüschel
- 6 Geburtsland

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gewöhnlich, üblich.

- 1 Stoffrolle, 2 Jugendlicher mit Pilzkopffrisur, 3 Schutz, Obhut (griechisch), 4 schlau, gewitzt, 5 zweifelsfrei, gewiss



Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Absage Veranstaltung am 11. August. Das vorgesehene Orgelkonzert mit Sven Rösch in der Kirche zu Adelby sowie die vorangehende Kaffeestunde im Sportheim SV Adelby müssen leider abgesagt werden.



Kreisvertreter: Manfred Romeike,
Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146
Würselen, Telefon (02405) 73810,
GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9,
04442 Zwenkau, Telefon/Fax
(034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung.

Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September

zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher des Treffens werden im Raum LUZERN des Hotels Film-Vorträge gezeigt.

Am Sonnabend, 10. September, öffnet das Tagungsbüro um 9 Uhr, und die Besucher haben Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen geistliche Worte und außerdem Grußworte des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Danach bleibt noch genug Zeit zum Plachandern und für Musik-Vorträge.

Es soll der Vorstand gewählt werden mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung der Anwesenden, 2. Feststellung der Anwesenheit/Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Bestellung eines Protokollführers für die Gründungsversammlung, 4. Bestellung eines Wahlausschusses, 5. Wahl des Vereinsvorstands (5, 6 und 7), a) 1. Vorsitzende/r, b) 2. Vorsitzende/r, c) 3. Vorsitzende/r, 6. Wahl des Protokollführers, 7. Wahl des Kassenwarts, 8. Wahl der Beisitzer, 9. Wahl von zwei Kassenprüfern, 10. Verschiedenes.

Ich bitte um zahlreiches Erscheinen und freue mich auf ein gesundes Wiedersehen.
Brigitte Stramm, Kreisvertreterin

Ostpreußisches Landesmuseum



Ausstellungen und Veranstaltungen im August

Ausstellungen

Noch bis 16. Oktober: Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers.

Noch bis 7. August, Kabinettausstellung: Königsberger Rot – Erinnerungsarchäologie, Objektkollagen von Frank Popp (1941–2020).

Veranstaltungen

Sonntag, 7. August, 14 Uhr: Sonntagsführung mit Dr. Jörn Barfod, Finissage der Kabinettlausstellung „Königsberger Rot“, Eintritt: 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt.

Am ersten Sonntag im August bekommen Sie die letzte Chance auf einen Besuch der aktuellen Kabinettlausstellung „Königsberger Rot – Erinnerungsarchäologie“. Gemeinsam mit dem Kurator der Ausstellung Jörn Barfod können Sie die einzigartige Objekt-kunst erleben und alles über die Hintergründe seiner Werke erfahren. Popps Arbeitsprinzip war das Sammeln und Ordnen von Objekten, diese fügte er zu besonderen Assemblagen mit eigenem Wesen und eigener Geschichte zusammen. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-g.de erforderlich.

Donnerstag, 11. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: Kinderclub für Schulkinder von 7 bis 12 Jahren mit Jenke Eichhorn „Im Garten des Malers – Impressionistische Malerei“

Was ist eigentlich Impressionismus, und woran kann man impressionistisch gemalte Bilder erkennen? Dabei werden die Kinder die Malweise des berühmten französischen Maler Claude Monet kennenlernen und in der Kunstsammlung des Museums auf die Suche nach impressionistischen Bildern gehen. Anschließend kann diese besondere Malweise selbst ausprobiert werden. Anmeldung per E-Mail: bildung@ol-g.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Dienstag, 16. August, 14.30 Uhr, 3 Euro zuzüglich ermäßiger Eintritt (mit Kaffee, Tee und Gebäck): Vortrag von Eike Eckert „Macht, Pracht und Intrigen – die Karriere des Zarinen-Günstlings Ernst Johann von Biron (1690–1772), Herzog von Kurland und Semgallen“. Vor 350 Jahren verstarb Ernst Johann von Biron, seit 1737 Herzog von Kurland und Semgallen. Als Günstling der Zarin Anna Ivanovna lenkte er für ein Jahrzehnt die Regierungsgeschäfte Russlands. Der als ehrgeizig und habgierig dargestellte Biron schuf in seinem Herzogtum Prachtbauten wie das Schloss Ruhental/Rundale. Gleichzeitig

war er beim russischen Adel verhasst. Als er 1740 als Regent des Russischen Reiches den Gipfel seiner Macht erreichte, wurde er festgenommen und nach Sibirien verbannt. Eckert beleuchtet die außergewöhnliche Karriere Biron, die mit der Verbannung noch keinesfalls beendet war. Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-g.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Mittwoch, 24. August, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: Vortrag von Professor Winfried Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf, und Katja Schlenker, Kuratorin der Stiftung: „Ein Schuster aus Tilsit und ein falscher Hauptmann in Köpenick. Zum 100. Todestag von Wilhelm Voigt (1849–1922)“. Der 1849 im ostpreußischen Tilsit geborene Voigt kam schon als Heranwachsender wegen Diebstahls, Raub, Urkundenfälschung und anderen Delikten mit dem Gesetz in Konflikt. Ein besonderer „Coup“ hat dem straffälligen Schuster aus Ostpreußen als falscher „Hauptmann von Köpenick“ eine Art Unsterblichkeit verschafft. Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-g.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum
Heiliggeiststraße 38
21335 Lüneburg

21762 Otterndorf: Wahlversammlung. Die Einladung wird in der *Preußischen Allgemeinen* und im Heimatbrief „von Tohus“, Ausgabe 110, Sommer 2022 vorgenommen.

Liebe Labiauer aus Stadt und Kreis, liebe Freunde unserer Kreisgemeinschaft, am 11. September 2021 haben wir anlässlich des Kreistreffens in der Stadthalle in Otterndorf in unserem Patenkreis Landkreis Cuxhaven die Gründungsversammlung unserer Kreisgemeinschaft als eingetragener Verein durchgeführt. Die neue Satzung wurde bereits im Heimatbrief „von Tohus“, Ausgabe Winter 2019, veröffentlicht und genehmigt. Die Gründungsversammlung, die eigentlich anlässlich des Kreistreffens 2020 stattfinden sollte, konnte Corona-bedingt nicht zustande kommen.

In der neuen Satzung des e.V. ist eine Wahl von Kirchspielvertretern nicht mehr vorgesehen.

Es soll der Vorstand gewählt werden mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung der Anwesenden, 2. Feststellung der Anwesenheit/Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Bestellung eines Protokollführers für die Gründungsversammlung, 4. Bestellung eines Wahlausschusses, 5. Wahl des Vereinsvorstands (5, 6 und 7), a) 1. Vorsitzende/r, b) 2. Vorsitzende/r, c) 3. Vorsitzende/r, 6. Wahl des Protokollführers, 7. Wahl des Kassenwarts, 8. Wahl der Beisitzer, 9. Wahl von zwei Kassenprüfern, 10. Verschiedenes.

Ich bitte um zahlreiches Erscheinen und freue mich auf ein gesundes Wiedersehen.
Brigitte Stramm, Kreisvertreterin

Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, www.labiau.de

Wahlversammlung

Otterndorf – Freitag, 9. September, 18 Uhr, Stadthalle, Fröbelweg,

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage
mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt



29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/4140 080
selke@ostpreussen.de

dern bringen und ermöglichen so die Teilnahme der jüngeren Generationen.

Ab 9 Uhr ist der Saal geöffnet. Ab 11 Uhr beginnt eine kleine Feierstunde mit ein paar kurzen Reden. Im Anschluss daran, hält Reinhard Kayss einen Vortrag über Familienforschung. Nach einem kleinen Imbiss verbleibt noch genug Zeit für heimatliche Gespräche der Besucher. Zur Erfrischung wird dann Kaffee und Kuchen gereicht. Das Ende der Veranstaltung ist für 17 Uhr geplant.

Bitte enttäuschen Sie uns nicht und unterstützen Sie dieses Treffen durch Ihre Teilnahme, damit die Arbeit weiterhin Früchte trägt.
Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Kreistagssitzung

Bochum – Sonnabend, 3. September, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, 44787 Bochum: Kreistagssitzung mit den Neuwahlen.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

66. Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 13. August, bis Sonntag, 14. August: 66. Hauptkreistreffen in Wesel mit folgendem Programm:

Sonnabend, 13. August – 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube, ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August – 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel, 14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin

der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung und Kreistag

Wesel – Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenheit/Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltplan 2023, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bilddband, 9. Rastenburg Treffen 2019–2023, 10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 8. August einzureichen.

Hubertus Hilgendorff

Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burtscheid, Telefon (02174) 7913002.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Neuer Vorsitzender

Remscheid – Bei der letzten Sitzung des Sensburger Kreistages am 25. Juni gab es einen Wechsel an der Spitze des Kreisausschusses.

Gudrun Froemer gab den Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen ab.

Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886 wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt. Sein 1. Stellvertreter ist Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 603634.

PAZ wirkt!

ASTRONOMIE

Ein Feuerwerk wissenschaftlicher Leistungen

Friedrich Wilhelm Bessel, Autodidakt und Gründer der Sternwarte Königsberg, besaß außergewöhnliches Talent

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der 2. Oktober 1838 zählt zu den wichtigsten Meilensteinen in der Geschichte der Astronomie. An jenem Tage legte Friedrich Wilhelm Bessel die erste Berechnung der Entfernung eines Fixsterns von der Erde vor: Die Distanz zwischen unserem Heimatplaneten und 61 Cygni im Sternbild Schwan betrage genau 10,28 Lichtjahre. Bessel war zu dieser Zeit Professor für Astronomie an der Universität Königsberg und Direktor der dortigen Sternwarte, die er selbst mit geplant, errichtet und dann 1813 eingeweiht hatte.

Ohne Abitur und Studium

Dabei entsprachen die Anfänge seiner wissenschaftlichen Laufbahn in absolut keiner Weise den damaligen Vorstellungen. Denn Bessel konnte weder ein Abitur noch ein Studium und erst recht keine Promotion oder Habilitation vorweisen. Dass der am 22. Juli 1784 im Minden (Westfalen) geborene Sohn des preußischen Justizrates Carl Friedrich Bessel trotzdem Karriere zu machen vermochte, resultierte sowohl aus einem unglaublichen Talent als auch aus dem wiederholten Eingreifen von einflussreichen Fürsprechern oder Förderern, die das Potential des Autodidakten und ausgebildeten Überseeaufmanns erkannten.

Zu dem selben Personenkreis zählten unter anderem der Astronom und Entdecker der Kleinplaneten Pallas und Vesta, Heinrich Wilhelm Olbers, der weltweit verehrte „Fürst der Mathematiker“ Carl Friedrich Gauß, der prominente Forschungsreisende Alexander von Humboldt sowie die beiden preußischen Könige Friedrich Wilhelm III. und IV.

Bessel erregte erstmals Aufmerksamkeit, als er 1804 richtungsweisende Berechnungen über die Bahn des Halley'schen Kometen vorlegte, die ihm später den renommierten Lalande-Preis der französischen Akademie der Wissenschaften eintrug. Aufgrund dieser und



Von Bessel gegründet: Die Sternwarte der Königsberger Universität
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

weiterer Leistungen, wie der Erstellung eines äußerst umfangreichen Sternenkatalogs, berief Friedrich Wilhelm III. Bessel am 6. Januar 1810 auf Anraten Humboldts an die Alma mater in Königsberg. Dort stieß der Neuankömmling ohne akademische Weihen allerdings zunächst auf

den massiven Widerstand des übrigen Lehrkörpers, bis Gauß ihm im März 1811 zur Ehrendoktorwürde der Universität Göttingen verhalf.

Nachfolgend glänzte Bessel durch ein regelrechtes Feuerwerk wissenschaftlicher Leistungen auf den Gebieten der

Astronomie, Physik, Mathematik und Geodäsie. Dazu zählten beispielsweise das Zusammentragen der Positionsdaten von 75.000 Sternen, die Entwicklung der Besselschen Differentialgleichungen zur mathematischen Beschreibung diverser physikalischer Phänomene, die Einführung innovativer Methoden der Fehlerrechnung und -analyse, die Schaffung der Grundlagen der Längendefinition im preußischen Maßsystem, die am 10. März 1835 Gesetzeskraft erlangte, die Formulierung einer plausiblen Hypothese zur Entstehung der Kometenschweife, die schlüssige Widerlegung von Spekulationen über eventuelle Mondbewohner und die Vorhersage eines weiteren Planeten jenseits der Bahn des Uranus, der dann tatsächlich am 23. September 1846 von Johann Gottfried Galle gefunden und Neptun genannt wurde.

Vermessung Ostpreußens

Von 1830 bis 1838 leitete Bessel außerdem auch die Vermessung Ostpreußens. Durch diese konnte die letzte Lücke in der durchgehenden Vermessungskette von Spanien bis zum Nordpolarmeer geschlossen werden. Aufgrund der hierbei erzielten Genauigkeit galten die von Bessel angewandten Methoden 40 Jahre lang als richtungsweisend. Gleichzeitig gelang es Bessel während der ostpreußischen Gradmessung, die exakten Dimensionen der Erdfigur zu bestimmen – noch präzisere Werte hinsichtlich des Abstands der Pole zum Äquator, des Äquatorradius und der Abplattung unseres Planeten lieferen dann erst moderne Satelliten zum Ende des 20. Jahrhunderts.

Von der beeindruckenden Schaffenskraft Bessels zeugen rund 400 wissenschaftliche Abhandlungen. Für sein Werk wurde er schon zu Lebzeiten hoch geehrt und zum Mitglied von 23 gelehrten Gesellschaften in Europa und Amerika gewählt. Friedrich Wilhelm III. ernannte Bessel 1832 zum Geheimen Regierungsrat und Friedrich Wilhelm IV. verlieh ihm 1842 einen der ersten Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste. Da-



Astronom, Physiker, Mathematiker und Geologe: Der vielseitig begabte Wissenschaftler Friedrich-Wilhelm Bessel erhielt zahlreiche Auszeichnungen

für revanchierte sich der Forscher, der insgesamt 34 Jahre im Dienste der Universität Königsberg gestanden und deren exzellenter Ruf mitbegründet hatte, mit uneingeschränkter Treue gegenüber dem preußischen Königshaus und Staat. Gleichzeitig nahm er jedoch kein Blatt vor den Mund, wenn es beispielsweise Missstände im Bildungswesen zu kritisieren galt.

Im Herbst 1844 verschlechterte sich Bessels Gesundheitszustand derartig, dass er jegliche Lehr- und Forschungstätigkeit aufgeben musste. Er verstarb am 17. März 1846 an einer seltenen Form der Bindegewebsvermehrung im Bauchraum, durch die wichtige Organe geschädigt wurden.

Nach seinem Tod erfuhr Bessel noch zahlreiche weitere Ehrungen: So erhielten ein Mondkrater und der Asteroid 1552 sowie eine Lücke innerhalb der Ringe des Saturn den Namen des Königsberger Astronomen. Darauf hinaus vergibt die Alexander-von-Humboldt-Stiftung seit 2001 den mit 45.000 Euro dotierten Friedrich-Wilhelm-Bessel-Forschungspreis.

MUSIK

Ein Denkmal für den Dichter des Masurenliedes

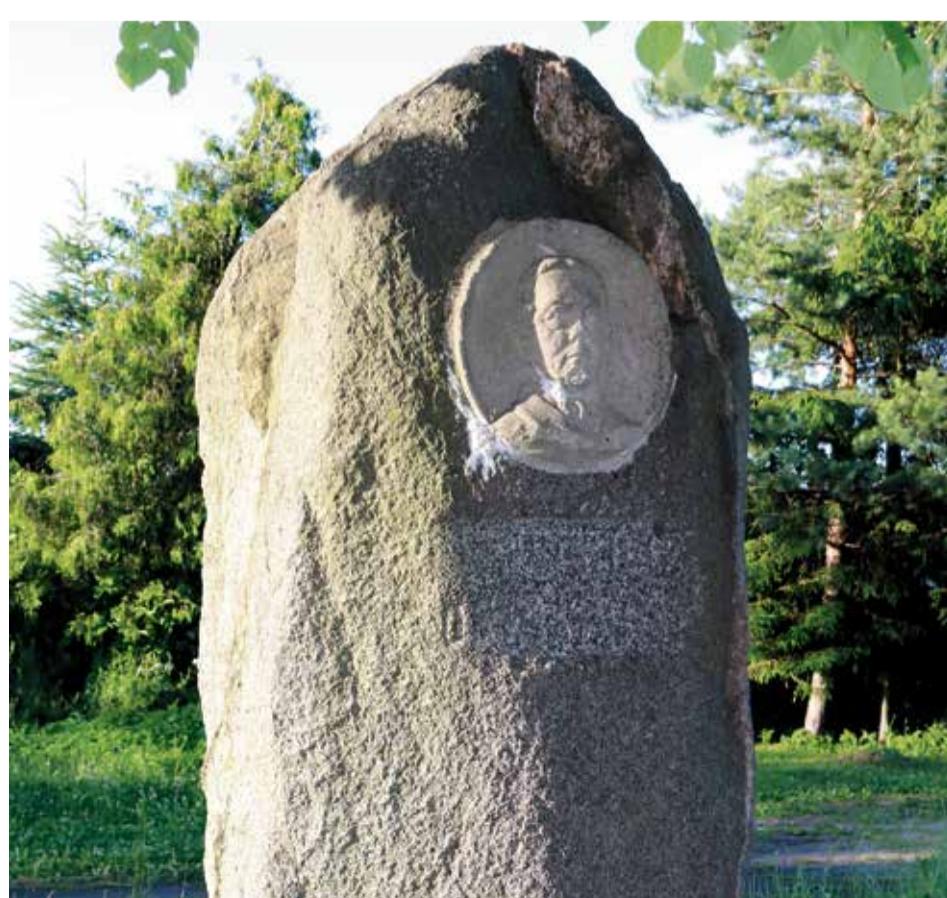
In Lötzen erinnert ein Reliefbildnis auf einem Granitfindling an den ostpreußischen Lehrer und Dichter Friedrich Dewischeit

An einer Biegung des Lötzener Kanals [Kanal Giżycki], der den Löwentinsee [Nigocin] mit dem Kissainsee [Kisajno] – dem südlichen Becken des Mauersees [Mamry] – verbindet, wurde 1915 ein Denkmal errichtet, das den Dichter des Masurenliedes, Friedrich Dewischeit (1805–1884), ehrt.

Es ist ein mannshoher Granitfindling, auf dem ein Reliefbildnis des Kopfes sowie eine Namenstafel aufgebracht war. Entworfen wurde es von dem Steinmetzmeister und Bildhauer Bogumil Sláma aus Königsberg, gefertigt von seinem Schüler Paul Kimritz. Nach seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wurde dieses Denkmal 1987 restauriert und neu aufgestellt. Seither wird es von der Stadt Lötzen gepflegt.

Friedrich Karl August Dewischeit (geboren am 5. März 1805 in Königsberg i. Pr., gestorben am 27. August 1884 in Gumbinnen) war ein deutscher Philologe, Pädagoge und masurischer Dichter.

Sein Vater war der Stadtpolizeikommissar von Königsberg, Johann Jakob De-



Am Lötzener Kanal: Der wiedererrichtete Gedenkstein
Foto: LHB



Vor der Wiedererrichtung: Das zerstörte Denkmal
Foto: LHB

von Johann Samuel Rosenheyen, Gymnasialprofessor und Ehrenbürger von Lyck. 1824 wurde er in Königsberg Mitglied der Masurenischen Vereinigung. Er war das zweite Mitglied des Corps Masovia.

Dewischeit war dichterisch und musikalisch veranlagt. Die Schönheit der Landschaft veranlasste ihn, unter anderen fünf Masuren-Lieder zu verfassen und zu vertonen. Das bekannteste wurde „Wild flutet der See“, das ursprünglich „Des Masuren Wanderlied“ hieß. Es wurde die Landeshymne Masurens.

Dewischeits pädagogische und wissenschaftliche Abhandlungen erschienen besonders in den Preußischen Provinzialblättern und in den Jahresberichten der Gymnasien in Lyck, Hohenstein und Gumbinnen. Dewischeit förderte überall den Sport, war selbst ein ausgezeichneter Turner, Schwimmer, Schlittschuhläufer, Fechter, Jäger und Schütze. In seinem Hause fanden regelmäßig Gesangabende und Konzerte statt, die einen hohen Ruf genossen und zu denen sich auch Künstler von weither einfanden.

Manfred E. Fritzsche

SCHWEDISCH-POMMERN

Militär, Generalgouverneur und Stifter

Vor 250 Jahren starb Axel Graf von Löwen. Seine umfangreiche Sammlung hatte er der Stadt Stralsund übereignet

VON ERIK LOMMATZSCH

Mit seinem Testament vom 16. April 1761 wollte sich Axel Graf von Löwen zweifelsfrei ein Denkmal setzen. Er tat dies allerdings auf eine Weise, die der Allgemeinheit zugutekommen sollte. Der Generalgouverneur des zu dieser Zeit unter schwedischer Herrschaft stehenden Teils Pommerns verfügte, dass seine „Bibliotheque, Gemälde, Armaturen, Instrumenta mathematica und andre Curiosa“ in das Rathaus seiner Residenzstadt Stralsund zu bringen seien. Dort sei die Sammlung im großen Saal und in der Hallstube aufzustellen. Im Testament ist von einer „Stiftung eines immerwährenden Gedächtnisses“ die Rede und von „ewigen Zeiten“. Eingerichtet war das Ganze als „Fideicommiss“, sollte also in seiner Gesamtheit erhalten bleiben. Löwen hatte ausdrücklich festgelegt, dass „dem Publico zum Dienst die Zimmer zu öffnen“ seien.

Sein Interesse: Festungsbau

Endgültig nach Stralsund, wo er fast ein Vierteljahrhundert seines langen Lebens verbringen und auch sterben sollte, war Löwen erst 1748 gekommen. Geboren am 1. November 1686 im schwedischen Frötuna als Sohn eines hohen Beamten, stieg er zunächst im Militärdienst seines Landes auf. Mathematisch und technisch begabt, beschäftigte er sich mit Fragen des Festungsbaus. Der Große Nordische Krieg (1700–1721) prägte Löwens Weg. Er diente als Volontär in Elbing und übernahm Aufgaben in Wismar, ein Auftrag führte ihn bis nach Bender im Osmanischen Reich. Auch mit der Verteidigung Stralsunds war er befasst und organisierte Ende 1715 die



Axel Graf von Löwen – Ölgemälde von Olof Arenius (1701–1766)

Flucht König Karls XII. aus der belagerten Stadt. Schon früh war Karl XII. auf ihn aufmerksam geworden. Zeitlebens bewunderte Löwen den 1718 gefallenen

Herrschers, nach dessen Tod Schweden seine Großmachtstellung verlor. Löwen wurde General, ihm unterstand die gesamte schwedische Fortifikation. Ein Ver-

such, 1728 Landeshauptmann von Uppland zu werden, scheiterte, später wurde er Befehlshaber der Truppen in Finnland.

Hatte sich bereits Löwens erste Ehe vorteilhaft auf seine Karriere ausgewirkt, galt dies noch mehr für die zweite, sein Schwiegervater Arvid Horn, der bis 1738 quasi als Premierminister Schwedens wirkte, förderte ihn nach Kräften. Als der Sturz Horns bevorstand, überredete Löwen ihn zum freiwilligen Verzicht. Er selbst erhielt einen Sitz im einflussreichen Stockholmer Reichsrat.

Politisch von Gewicht, geriet er zwischen die Fronten der Parteien, bekannt als „Hüte“ und „Mützen“. Schließlich wählte man ihn zum Generalgouverneur für Schwedisch-Pommern, Ehrenbezeugungen kamen hinzu, er wurde Akademiemitglied und Ritter des Seraphinen-Ordens. Ursula Hetzer, Verfasserin einer Abhandlung über Löwen und die Sammlung, formuliert treffend, er sei 1748 „wegelobt“ worden.

Wertvolle Impulse für Stralsund

In seine Stralsunder Zeit fallen die Gründungen der Fayencen- sowie der Spielkartenfabrik, auch eine königlich schwedische Münze wurde unter ihm etabliert. 1766 suspendiert, übte er sein Amt noch bis 1767 aus. Am 25. Juli 1772, nach anderen Angaben bereits am 23. Juli, ist er gestorben, beigesetzt wurde er in Schweden.

Sein Vermächtnis an Stralsund war die Sammlung. Wissenschaft, Technik, Waffen, Kunst, Literatur – auf einer Vielzahl von Gebieten hat Löwen Gegenstände zusammengetragen. Ein Verzeichnis wurde erst 1795 angefertigt. Aufgeführt sind hier etwa 1399 Buchtitel, 195 Gemälde und 24 Elfenbeinstatuetten. Porzellane und In-

tarsienarbeiten sind zu finden, ebenso Mikroskope, nautische Instrumente, ein indianischer Bogen oder ein Himmelsglobus. Zu der mehrere tausend Gegenstände umfassenden Sammlung – aufgrund ungenauer Beschreibungen ist die Zahl nur zu schätzen – gehörte auch ein sehr umfangreiches Festungsmodell.

Die Sammlung wurde nicht geschätzt

Im Sinne Löwens wurde die Sammlung nicht behandelt. Obwohl sie trotz der Einwände der Erben geschlossen blieb, wurde sie bald vernachlässigt. Es hieß, Reisende machten sich über sie lustig, der Autor Johann Zöllner hatte sie in seiner „Reise durch Pommern“ von 1795 als „seltsame Mischung“ bezeichnet. Verliehenes wurde nicht zurückgegeben.

Die französischen Besatzer der Napoleonischen Zeit bedienten sich. Schaden nahm die Sammlung, als sie 1819 vorübergehend aus dem Rathaussaal entfernt wurde, wegen eines Balles in Anwesenheit des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. 1849 kam sie auf den Rathausboden, 1859 übernahm sie der neu gegründete Museumsverein. Zu dieser Zeit war sie schon schwer in Mitleidenschaft gezogen, vom Festungsmodell etwa existierten nur noch Bruchstücke.

Im Zweiten Weltkrieg erfolgte eine Auslagerung wertvoller Stücke nach Rügen, die meisten davon gelten als verschollen. Heute bildet der erhaltene Rest der Stiftung Löwens den Grundstock der Bestände des „Stralsund Museums“ im ehemaligen Katharinenkloster, wo man restaurierte Objekte seit 1998 im sogenannten Löwen-Kabinett besichtigen kann.

● Info Das Stralsund-Museum ist derzeit wegen Umbauarbeiten leider geschlossen

KULTURGUT

15.000 Bücher für das Kulturzentrum in Brasilien

Das Kulturzentrum in Jaraguá do Sul im Bundesstaat Santa Catarina erhält private Bücherspende

Anlässlich der Pommerentreffens in Anklam im Juni war auch Ivan Seibel aus Venâncio Aires aus dem Bundesstaat Rio Grande do Sul im Südosten Brasiliens angereist. Er hat in Anklam die Gelegenheit genutzt, die Arbeit und das Leben der Pomeranos im Süden Brasiliens vorzustellen. Denn was die Pomeranos, die Nachkommen der einst aus Pommern eingewanderten Menschen in Brasilien anbe-

trifft, da ist der Mediziner, Professor und Herausgeber der Internetzeitung „*Folha Pomerana*“ ein wandelndes Lexikon.

„Es gibt in Brasilien drei Hauptorte, in denen rund 150.000 der heute 400.000 Pomeranos leben. Bei der Auswanderung um 1870 herum waren es 20.000“, so Seibel. Sie haben sich weitgehend ihre heimatlichen pommerschen Sitten und Gebräuche und auch ihre Muttersprache, das

„Pommersche Platt“, bewahrt. So ganz freiwillig geschah das nicht, denn von ca. 1870 bis 1970 lebten die Einwanderer aus Deutschland in einer unfreiwilligen Isolation, auch ausgelöst durch die Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg. Doch mittlerweile wird die brasilianische Kultur seit den 1970er Jahren nicht mehr außen vor gehalten – und umgekehrt, man akzeptiert sich gegenseitig und das pommersche Platt wird an 20 Schulen gelehrt.

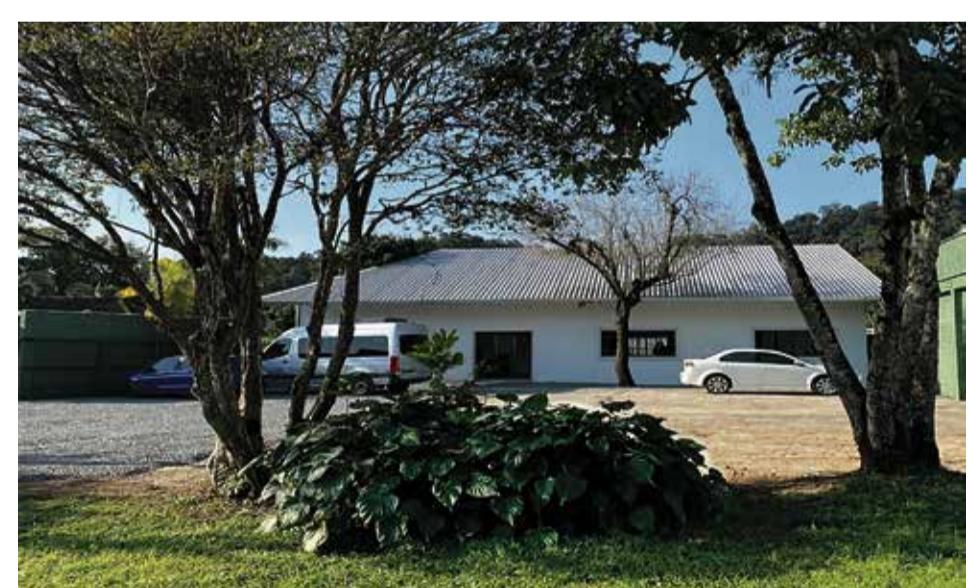
Für Ivan Seibel ist es Fluch und Segen zugleich. Das bessere Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung, die Akzeptanz gegenüber den Pomeranos und das Aufeinanderzugehen seien positive Aspekte.

Wie sieht es aber mit dem Fortbestehen der Identität, der Traditionen und der Sprache aus? „Das fragen wir uns natürlich sehr. Niemand kann sagen, was uns in den kommenden 50 Jahren erwartet“, so Seibel mit ernster Miene. Ein Kulturzentrum wie das in Jaraguá do Sul kann zu dem Fortbestehen der Kultur beitragen.

Deswegen ist ein weiteres Treffen anlässlich des Besuches in Deutschland sehr wichtig, nämlich das Sichten der äußerst großzügigen Bücherspende des Ehrenvorsitzenden des Heimatkreises „Kolberger Lande“, Ernst Schröder. „Es sind ganz viele wertvolle Bücher und Dokumente, die nicht nur als Informationsmaterial, sondern auch für die Geschichts-



Anlässlich des Pommerentreffens in Anklam am 11. Juni 2022: Philipp Amthor (MdB), Landrat Michael Sack und Ivan Seibel (v.l.). Foto: Schülke



Das Pommersche Kulturzentrum in Jaraguá do Sul, siehe auch Bericht in der Pommerschen Zeitung Nr. 46 von November 2021

Foto: Folha Pomerana

forschung interessant sind“, so der Pomerano aus Brasilien.

Die finanziellen Mittel für den Büchertransport nach Übersee stellt der Textilfabrikant Wander Weege bereit, dessen Vorfahren 1868 aus dem Kreis Regenwalde nach Brasilien ausgewandert sind. „Er ist ein großzügiger Mann, der sich sehr für die Pomeranos einsetzt“, so Seibel, der den Textilfabrikanten gut kennt.

Weege, der auch das Gebäude des Kulturzentrums in Jaraguá do Sul zur

Verfügung stellte, zeigte sich stets der Heimat seiner Vorfahren großzügig gegenüber, wofür ihm 2013 die Ehrenbürgerschaft von Regenwalde [Resko] verliehen wurde.

Zu der großzügigen Bücherspende kam es, als Ernst Schröder von dem neuen Kulturzentrum in Brasilien erfuhr. Ihm kam die Idee, sein Archiv und auch Bücherspenden anderer Pommern dorthin zu geben. Nun wartet man dort gespannt auf die Ankunft. Mögen die Bücher ihre segensreiche Wirkung erzielen. BS

„Nicht nur Deutsche haben Verbrechen begangen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Besten Dank für Ihren wertvollen Artikel. Die AfD ist mit der neuen Doppelspitze eine unerträgliche Enttäuschung. Ich empfehle dem bürgerlichen Teil, eine neue Partei zu gründen“

Arthur Schanz, Overijse/Belgien
zum Thema: War's das für die AfD? (Nr. 25)



Ausgabe Nr. 28

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GESCHICHTE WIRD VERNEBELT

ZU: VERBRECHEN DER DEUTSCHEN (NR. 28) UND: GESCHICHTE ÜBER POLNISCHE AUFSTÄNDE NUR AUS POLNISCHER SICHT (NR. 28)

Ihre Meldung über „ein Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ und Ihr Artikel über die polnischen Morddrohungen gegen den deutschen Vorsitzenden der Deutschen Minderheit in Polen charakterisieren die unsägliche Verlogenheit der sogenannten Auseinandersetzung der deutschen Öffentlichkeit und der von ihr abhängigen Historiker mit der Geschichte der ersten Hälften des 20. Jahrhunderts. Da nach der Überzeugung des Staats- und Hofphilosophen Jürgen Habermas „Zukunft keine Herkunft braucht“, ist es auch vollkommen irrelevant, was sich im 19. und 20. Jahrhundert im Hinblick auf das deutsche Volk in Europa abgespielt hat.

Über das, was sich in Deutschland und durch Deutschland in Europa zwischen 1933 und 1945 ereignet hat, gibt es ernst zu nehmende und gut erarbeitete historische Texte, die das, was geschehen ist, nicht monokausal, sondern ambivalent und kenntnisreich im Hinblick auf Zusammenhänge, Ursachen und Fakten sprachlich nachvollziehbar darstellen. Es geht nicht darum, eine geschichtliche Epoche gutzureden und moralisch zu reinigen, sondern sie so vor den Augen des Lesers entstehen zu lassen, „wie sie war und was geschehen ist“.

Warum wird in der öffentlichen Diskussion über die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts über die Verbrechen an den Deutschen durch Frankreich 1806 bis 1815 oder 1870 bis 1914 (Vorbereitung des Krieges gegen das Deutsche Reich mithilfe Russlands und Englands) oder durch Polen zwischen 1916 und 1939/1945 (Unterdrückung der Deutschen im polnischen Staat und politische Vorbereitung des zweiten Menschheitsverbrechens der Vertreibung der Ostdeutschen nach 1945) oder durch die Tschechen nach 1918/19 beziehungsweise nach 1945 oder durch

England (Churchills Kriegspolitik seit 1933 bis 1945) oder durch die USA (Roosevelts Kriegspolitik seit 1933/34) oder durch die Sowjetunion (Stalins Terror vor und nach 1945) geschwiegen oder verfälschend oder beschönigend verhandelt?

Es ist viel Böses im Namen Deutschlands nach 1933 geschehen, aber nicht nur die Deutschen haben Verbrechen begangen. Und wie erklären sich die Morddrohungen gegen Vertreter der Deutschen Minderheit? Diese „Dokumentationszentren“ sind politische Sackgassen und vernebeln die Geschichte.

Klaus Fleischmann, Kaarst

EHRUNG IN ROSTOCK

ZU: TIEFE EINBLICKE IN EINEN INNEREN UND ÄUSSEREN KAMPF (NR. 28)

Im neuen Rostocker Nachkriegsstadtteil Reutershagen wurden in den 1950er Jahren über 30 Straßen ausschließlich nach kommunistischen Widerstandskämpfern benannt. Im Laufe der Umbenennung nicht mehr tragbarer Straßennamen durch einen Ausschuss der Rostocker Bürgerschaft wurde 1991 entschieden, dass Straßen mit Namen von Kommunisten, die in der Nazizeit umgebracht wurden, nicht umbenannt werden.

Diese Voraussetzung erfüllten jedoch sieben Straßennamen nicht. Ihre Namen sollten mit Namen von Persönlichkeiten ersetzt werden, die die Breite des deutschen Widerstandes repräsentieren, aus Nordostdeutschland stammten beziehungsweise dort wirkten und sämtlich hingerichtet wurden. Es sind: für den militärischen Widerstand Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld (1902–1944) und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902–1944), für den bürgerlichen Widerstand Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945), für die evangelische Kirche der Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906–1945), für die katholische Kirche der Pfarrer von Neustrelitz Bernhard Schwentner (1891–1944), für die vielen „namenlosen“ Widerständler der Rosto-

cker Dezerent Theodor Korselt (1891–1943) sowie für die unzähligen jüdischen Opfer der langjährige Vorsitzende der Rostocker Straßenbahn-AG, der Landtagsabgeordnete Richard Siegmann (1872–1943).

Die Straßennamen dieser Persönlichkeiten wurden in Anwesenheit von Familienangehörigen feierlich eingeweiht.

Dr. Ádám Sonnevend, Rostock

IGNORIERTE AHR

ZU: EIN JAHR DANACH (NR. 28)

Wo die Ukraine liegt, weiß fast jedes Kind. Die Ukraine liegt dort zwischen Polen und Russland, ja, genau dort, wo ständig deutsches Geld und schwere deutsche Waffen hinwärts fließen. Aber wo zum Teufel fließt die Ahr? Nein, bestimmt nicht durch die Ukraine, sonst würde ich davon.

Riggi Schwarz, Büchenbach

IM SCHLARAFFENLAND

ZU: DIE STIMMUNG WIRD FROSTIGER (NR. 26)

Hier geht es um die Flüchtlinge aus der Ukraine. Polen streicht die Mittel für die Flüchtlingshilfe. Deutschland wird selbstverständlich einschreiten. Und es ist nicht nur der Botschafter Kiews, der Deutsche und Ukrainer gegeneinander aufwiegt.

Das haben andere Politiker aus der Ukraine auch schon gemacht. Aber dazu benötigen wir nicht Politiker und Diplomaten. Heute gibt es Flüchtlinge aus der Ukraine, die ganz am Anfang noch geäußert haben, dass man nach Kriegsende selbstverständlich wieder in sein Heimatland zurück und beim Wiederaufbau helfen will. Jetzt mehren sich auch Aussagen von Leuten, die nicht mehr zurück wollen. Was sollen wir da? Natürlich: Hier befindet man sich ja auch in einem Schlaraffenland. Wo bleibt der angeblich so ausgeprägte Nationalstolz der Ukrainer? Und wie will die Ukraine den Wiederaufbau des Landes schaffen, wenn viele Fachkräfte später nicht zurückkehren?

Im ersten Halbjahr 2022 gab es 92 Prozent mehr Asylanträge als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs? Wer aufmerksam das Geschehen in Deutschland verfolgt hat, wird sich nicht über diesen PAZ-Artikel wundern. Heinz-Peter Kröske, Hameln

WEDER HUMANITÄT NOCH HILFE

ZU: DÄNEMARK ERÖFFNET FLUCHTMUSEUM IN EINSTIGEM DEUTSCHEN VERTRIEBENENLAGER (NR. 23)

Als Betroffener muss ich Fakten klarstellen: Von Ende Februar 1945 bis November 1947 habe ich außer der Zeit, als Dänemark noch von der Wehrmacht besetzt war, von dem Tag der Kapitulation an keinerlei Verständnis, Hilfe und Unterstützung durch Dänen erlebt – bis zur Ausreise am 18. November 1945. Wohl aber vom schwedischen Roten Kreuz. Von wegen Lagerschulen und Lagerkrankenhäuser! Wo waren die dann? Vielleicht erst ab Ende 1946/47 vorhanden.

Wir waren (Mutter, Bruder, Jahrgang 29, und ich, Jahrgang 37) in verschiedenen Lagern eingepfercht in Räumen mit bis zu 22 Personen. Diese Barackenräume bestanden aus vier Betten aus rohem Birkenholz und Strohsäcken übereinander. Alles war total verlaust und verwanzt. Als Waschgelegenheit gab es eine Schüssel pro Raum. Ältere Personen haben uns mit bescheidenen Mitteln (alte ehemalige Wehrmachtsformulare, doppelseitig bedruckt) als Schulhefte notdürftig unterrichtet. Bei Zahnschmerzen wurde der betreffende Zahn mit dem Daumen oder einem Holzstück herausgedrückt. Als Heranwachsende mussten wir im Sommer im Torf und im Winter mit Holzsägen arbeiten.

Bei einer Blinddarmreizung hatte ich das Glück, dass sich beruhigte, sonst könnte ich diese Zeilen heute nicht schreiben. Mit Humanität und Hilfe gegenüber Schwachen und Unschuldigen hatte diese Verhaltensweise der Dänen nichts, aber auch rein gar nichts zu tun.

Peter Lehmann, Bad Reichenhall

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonneiere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ANDALUSIEN

Spanien kennt keine Eile

Bevor die große Hitze Einzug hält und man sich Heiz-Luxus gönnen musste – In einem spanischen Bergdorf kann es nachts frisch sein

VON ANNE MARTIN

Ein Häuschen zur Miete in den andalusischen Bergen bei Ronda – das klingt verlockend.

Nach zwei Jahren Pandemie, nach Monaten voller Eintönigkeit endlich wieder den Blick weiten und die Gegenwart vergessen. Also nichts wie weg, vielleicht hat die Welt doch etwas Besseres als den Alltag in Deutschland zu bieten. „In den Bergen kann es nachts stark abkühlen“, warnt die Hausbesitzerin und bittet gleichzeitig um den sparsamen Einsatz der neu installierten Heizung. Das Heizöl? Mittlerweile so teuer wie Gold!

Frieren in Spanien? Wer glaubt denn sowas? Zuletzt stöhnte man auch hier über Hitzetage im 40-Grad-Bereich. Doch unsere Reise begann, bevor über halb Europa eine Hitzeglocke lag.

In Málaga, Zielflughafen und Zwischenstopp, knallt verlässlich die Sonne auf die gefliesten Avenidas, Marmor in allen Schattierungen versiegelt die Einkaufszonen. Auf der Plaza de la Merced thront auf einer Bank ein Bronzeabguss von Pablo Picasso, dem berühmtesten Sohn der Stadt. Überall finden sich Hinweise auf Museen, das Centre Pompidou, Museum Carmen Thyssen, Fondacion Picasso – auf dem Weg liegt das CAC mit zeitgenössischer Kunst, der Eintritt zu den großformatigen Arbeiten von Julian Schnabel ist frei.

Abends summt die Stadt vor Leben. Über den Außenbereichen des Restaurants nahe der Kathedrale hängen rotglühende Heizstrahler, über die sich hier kein Umweltschützer mokiert. Die sparsam verstreuten Garnelen in der trockenen Paella kommen garantiert nicht aus frischem Fang, aber gut gelaunte junge Kellner umtänzeln die Gäste und übersehen nonchalant die alte Bettlerin, die mit krummem Rücken von Tisch zu Tisch hinkt und nach ein paar Euros fragt. Leben und leben lassen. Darauf verstehen sie sich hier.

Nach der Stippvisite in der Stadt am Meer geht es quer durch die Berge in das geprägte weiße Dorf. Wie ein Adlernest kleben die Häuser an den Hängen der Sierra de las Nieves. Im Zentrum des Marktplatzes plätschert eine ambitionierte Installation aus beleuchteten Wasserstrahlen, umrahmt von Kübeln aus Waschbeton. Steil führt die Gasse hinab zu einem weiß gekalkten Haus, das einst einem Schäfer gehörte und nun für kostbare Ur-



Herausgeputzt für die „Feria“: Spanierinnen mit Kopfschmuck vor der Kathedrale von Sevilla

Foto: Martin

laubstage Gäste aufnehmen wird. Unverstehens nimmt der große Koffer viel Fahrt auf und knallt schmerhaft in die Hacken, wer jetzt nicht beherzt den Griff festhält, könnte ein Geschoss ins Tal donnern lassen. Die Eingangstür ist verzogen und klemmt, hinter den dicken Mauern nistet tatsächliche wohltuende Kühle, die tief in Wolldecken und Bettzeug gekrochen ist. Heizen ist Luxus, aber ein wenig Luxus muss nachts einfach mal sein.

Es wird palavert und gekauft

Wie bei vielen Ausländern, die hier vor Jahrzehnten günstig ein Haus erstanden haben, wurde im Laufe der Jahre angebaut und aufgestockt. Zwei luftige Studios gibt es nun, zu erreichen über steile Treppen.

Zahlreiche Stufen führen auch hinunter zur Küche, zum grün überrankten Innenhof und ins Bad.

Über Nacht hatte es geregnet. Der Patio glänzt regensatt unter seinem Dach aus Feigenbäumen, ein unvorsichtiger Schritt, und der Gast glitscht über die feuchten Fliesen, findet in letzter Sekunde Halt an einem hängenden Ast. Quadra-

tisch, praktisch, gut mag ein Appartement in Marbella oder Torremolinos sein, hier in den Bergen aber zeigt sich Europas Süden voller Ecken und Kanten, Stiegen und Stufen. Immerhin, beim steilen Anstieg hinauf zum Marktplatz hat der Bürgermeister für die schnaufenden Residentes ein Geländer anbringen lassen.

Das Leben, das durch die Pandemie so brachial ausgebremst wurde, ist längst wieder zurückgekehrt. In den beiden Supermärkten des Ortes wird gekauft und palavert. Angst vor Nähe hat hier keiner mehr. Zwei ältere Frauen stehen an der Kasse und erzählen, vielleicht vom letzten Wochenende, womöglich von den Enkeln oder auch vom Lieferwagen des Bäckers, der jeden Morgen die engen Gassen verstreut, wer weiß.

Selbst wer leidlich gut spanisch spricht, muss passen bei diesem Idiom, das klingt, als würden sich rauen Kiesel in der Mundhöhle krachend aneinander reiben. Niemand drängelt. Niemand ist nervös. Wie wohl das tut! Und bevor der blasse Kunde aus Deutschlands Norden endlich an der Reihe ist, wird einer weiß-

haarigen Dame noch der Einkauf hinterhergetragen. Spanien kennt keine Eile.

Ganz oben auf dem Reiseplan steht Andalusien Hauptstadt Sevilla. Aber vorher geht es noch nach Ronda, dem ehemaligen Schmugglernest, gelegen auf einem massigen Felsplateau, gespalten von einer tiefen Schlucht. Ein Naturschauspiel, schon Rilke und Hemingway waren fasziniert.

Die Stierkampfarena mit der benachbarten Reitschule ist für Besucher geöffnet, in einem Saal mit prächtigem Kronleuchter trabt gerade ein Pferd am kurzen Zügel, Sägespäne flirren in der Sonne. Ronda ist mehrere Besuche wert – der Blick in die Schlucht und zur Puente Nuevo (Neue Brücke) ist immer wieder atemberaubend, die Tapas auf dem Platz der Herzogin von Parcent schmecken köstlich, nur in der Cafeteria im Garten der Casa del Rey Moro (dem Palast des Mauerkönigs) dröhnt laute Popmusik, die zum Zauber des Ortes nicht passen will.

Anderntags taucht nach einer Fahrt durch bergige Landschaften endlich Sevilla auf, das pulsierende Herz Andalusiens.

Wie einer Filmkulisse entstiegen wartet an einer Ampel eine junge Frau im blutroten Flamenco-Kleid, im hochgesteckten Haar eine Rose. Es ist Feria, die halbe Stadt macht sich auf zum Festplatz. Bunten Blüten gleich werden die geschmückten Spanierinnen fortan im Stadtbild auftauchen, mal gelb und grün gepunktet, oft rotgerüscht. An der Paseo Cristóbal Colón steht imposant eine der größten Stierkampf-Arenen Spaniens, um 18 Uhr beginnt ein Kampf. Die Besucher strömen zur Kasse, einige Touristen mit verlegenem Blick. Es ist ein fragwürdiges Spektakel, das hier nach festgelegtem Ritual ablaufen wird, aber es ist Tradition.

Verloren in Sevilla

Touristen sammeln sich auch auf den Plätzen, staunen über die pilzartige riesige Dachkonstruktion „Metropol Parasol“ an der Plaza de la Encarnación. Zum Abschluss gönnt man sich noch zwei Glas trockenen Sherrys in einer Bar. Und bevor die Beine endgültig schlappmachen geht es zurück zum Auto, das in einer Tiefgarage abgestellt ist.

Aber halt: Wo lag die bloß? Ausgerechnet jetzt verliert die Navigations-App Strom, der Durchzug der Spanierinnen in ihren Flamenco-Kleidern dünn zusehends aus. Es lässt sich nicht länger schönreden, ab sofort gilt das Motto „Lost in Sevilla“. Immerhin: die Adresse des Parkhauses steht auf dem Parkticket, das zwei junge Männer hilfsbereit studieren. Und dann geschieht eines dieser kleinen Wunder, wie man sie wohl nur unterwegs erlebt. „Ich muss in dieselbe Richtung“, sagt spontan der eine und steckt sein Handy lässig in die Hosentasche. „Ich nehme Sie mit.“ Zwei kleinlauten deutschen Touristen klemmen sich in den Fond eines spanischen Kleinwagens und lassen sich sehr dankbar zur weit entfernten Tiefgarage bringen. Gracias!

Jetzt schnell noch bei Tageslicht zurück ins weiße Dorf, das längst so vertraut ist. Mit brennenden Waden und erhöhtem Puls die steile Hauptstraße hochgelaufen und in der Bodega „La Terrazza“ eingekehrt, wo ständig der Fernseher läuft, das Schweineschnitzel in reichlich Sahne schwimmt und das Glas Rotwein tatsächlich nur zwei Euro kostet.

Wie lebendig sich das Leben anfühlen kann, so fern von zu Hause. Fast hätte man das in den langen Monaten unter der Corona-Glocke schon vergessen.

URLAUB

Reiselust trifft auf Reisefrust

Alles wird teurer – Nach zwei Jahren Pandemie wollen Reiseveranstalter wieder Kasse machen, nur Deutschland lockt mit Rabatten

Egal ob in Deutschland oder im Ausland: Wer in diesem Jahr Urlaub macht, muss wesentlich tiefer in die Tasche greifen als zuvor. Besonders stark verteuert haben sich Flugreisen, außer für Fernstrecken wie in die Dominikanische Republik oder USA. Bei Pauschalreisen zu den beliebten Destinationen im Ausland zeigt sich ein unterschiedliches Bild. Blogs und Vergleichsportale listet Spar-Angebote für bezahlbare Reisen auf und zeigen, wo die Preise deutlich gestiegen sind. Dabei schneidet Mallorca noch am besten ab.

Zum Teuer-Schock kommen noch die abschreckenden Bilder von den chaotischen Zuständen auf den Flughäfen. Darauf dürfte sich in dieser Saison aufgrund der Personalnot bei der Passagierabfertigung nur wenig ändern, da der Nachhol-

effekt fürs Urlaubmachen allen Widrigkeiten zum Trotz anhält. Davon profitiert auch die Tourismusbranche in Deutschland. Zudem wollen viele Menschen trotz der weltweit aufgehobenen Corona-Warnung noch keine Reise ins Ausland riskieren. Jedoch muss man auch für den Urlaub im eigenen Land mehr Geld in die Hand nehmen als vor der Krise. Bei den Übernachtungszahlen zeigt sich seit Jahresbeginn ein positiver Trend, wobei die Lücke zum Vorkrisenniveau immer kleiner wird. Jedoch haben lediglich die Übernachtungen auf Campingplätzen inzwischen wieder das frühere Niveau erreicht.

Bereits Anfang des Jahres stand fest, dass Reisen an Nord- und Ostsee erheblich teurer werden. Schuld daran sind die Auswirkungen von Corona und die Infla-



Chaos-Zustände zu Reisebeginn: Warteschlangen am Flughafen Köln/Bonn

tion. Mittlerweile kommt noch ein Preiszufluss aufgrund von Faktoren hinzu, die auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zurückgeführt werden.

Verständlicherweise wollen die Beherbergungsbetriebe und Gaststätten nach zwei schwierigen Jahren jetzt endlich Kasse machen. Ferienwohnungen direkt an der Küste sind kurzfristig fast nicht mehr zu bekommen. Ohnehin wollten die Landesregierungen die Gästeströme schon länger in weniger bekannte Regionen lenken, um die in der Hauptsaison überfüllten Tourismusorte an der See zu entlasten. Dank des 9-Euro-Tickets boomt es in den Gemeinden entlang der Ostseeküste, und vor allem am Wochenende ist der Andrang hoch. Damit die Gemeinden ihre Aufwendungen für den Tou-

rismus stemmen können, dürfen jetzt in Mecklenburg-Vorpommern neben den anerkannten Kur- und Erholungsorten auch elf weitere Gemeinden ohne dieses Prädikat Kurtaxe erheben.

Es gibt noch eine weitere Entlastung. Reisende in Richtung Nordseeküste können mit dem günstigen 9-Euro-Ticket ab Anfang Juli auch die Intercity-Züge zwischen Bremen und Norddeich-Mole nutzen. Darauf hat sich die niedersächsische Landesregierung mit der Deutschen Bahn geeinigt. Die Bahnstrecke nutzen Touristen als Zubringer zu mehreren Nordseinseln, unter anderem nach Norderney und Juist. Wer länger bleibt, erhält durch den sogenannten Gästebetrag freien Eintritt oder Rabatte für alle Angebote auf den Inseln im Wattenmeer. D. Jestrzemski

● FÜR SIE GELESEN

Eine lohnende Lektüre

Vor den Gefahren einer zunehmenden Inflation zu warnen, hat sich mittlerweile erübrig. Trotzdem lohnt es, das Buch „Die wundersame Geldvermehrung, Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation“ zu lesen, das den Wissensstand vom September 2021 widerspiegelt. Hierin legt der frühere Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München und langjährige Präsident des ifo Instituts, Hans-Werner Sinn, in aller Ausführlichkeit und Präzision dar, wie die Europäische Zentralbank die Eurozone in eine Sackgasse laviert hat.

Es eht Sinn, dass er auch die Situation der arbeitenden Menschen berücksichtigt, die durch die lockere Geldpolitik der EZB bereits viele Milliarden Euro an Zinsen verloren haben und nun noch erleben müssen, wie das mühsam angesparte Kapital weggefressen wird. Deren Verärgerung könnte zu „politischen Konsequenzen erheblichen Ausmaßes“ führen.

Angesichts der dreisten Nonchalance, mit der die Regierenden in Brüssel und Berlin weiterhin Geld drucken lassen und in aller Welt verteilen, kann man nur hoffen, dass diese Konsequenzen bald eintreten. Und die Verantwortlichen so hart wie möglich treffen.

W. Kaufmann

Hans-Werner Sinn:
„Die wundersame
Geldvermehrung,
Staatsverschuldung,
Negativzinsen,
Inflation“, Herder
Verlag, Freiburg
2021, gebunden, 428
Seiten, 28 Euro

FOTO: SHUTTERSTOCK

Lebenselixier Wasser

Von der Quelle bis zum Verbraucher

– Die kanadische Schriftstellerin Andrea Curtis erklärt die Grundlagen der modernen Wasserversorgung und geht auf deren Geschichte ein

NATURKUNDE



Wichtige Lebensgrundlage Die in Kanada lebende Schriftstellerin Andrea Curtis zeigt in ihrem Buch „Stadt, Land, Wasser. Von der Quelle bis ins Haus“ den Weg des Wassers vom Ursprung bis in die Häuser der Menschen.

Da das kostbare Nass so lebenswichtig ist, siedelten sich die Menschen stets an Flüssen oder Seen an und errichteten dort ihre Dörfer und Städte. Je größer die Orte wurden, umso nötiger wurde ein Wasser- und Abwassersystem.

Die alten Römer bauten beeindruckende Aquädukte, die zum Teil heute noch existieren. Mithilfe dieser Bauten konnte Wasser aus Seen und Flüssen weitergeleitet werden. Bis ins 20. Jahrhundert hinein hatten vie-

le Menschen jedoch keine Wasserversorgung in ihren Behausungen geschweige denn Wasserklossets.

Die Autorin führt an, dass heutzutage weltweit immer noch mehr als zwei Milliarden Menschen keinen direkten Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Sie müssen weite Wege gehen, um an Wasser zu gelangen. Auch ist das Wasser oft verunreinigt durch Schmutz und Krankheitserreger.

Der Hauptteil des Buches besteht darin zu erklären, woher das Wasser kommt, wie es aufbereitet wird, wie es in die Häuser gelangt und was anschließend damit geschieht. Wichtig ist für jeden von uns zu wissen, wie man sorgsam mit diesem begrenzten Gut umgeht. So erhalten die Leser am Ende noch viele Tipps zum Was-

sereinsparen. Klimawandel und wachsende Weltbevölkerung bedrohen die Wasservorräte auf der Erde. Wir alle können und müssen etwas dafür tun, um das kostbare Nass zu schützen und zu erhalten, denn Wasser bedeutet mal Leben für Menschen, Tiere und Pflanzen.

Es ist ein durchaus wichtiges Buch für etwas größere Kinder, da die Begrifflichkeiten zum Teil erst von Älteren verstanden werden. Am Ende gibt es ein Glossar mit Erklärungen zu im Buch vorkommenden Begriffen.

Silvia Friedrich

Andrea Curtis, Katy Dockrill: „Stadt, Land, Wasser. Von der Quelle bis ins Haus“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2022, gebunden, 15 Euro

Lehrerin im Zwiespalt

Die junge Lehrerin Helene Werner trifft aus Berlin im Februar 1961 in dem kleinen hessischen Ort Kirchdorf ein. Sie soll das kleine Kollegium der Dorfschule auffrischen. Alle wissen, dass sie aus dem Osten kommt und sind skeptisch, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen sein wird. Mit frischem Schwung, neuen Ideen und ihrer freundlichen Art ist sie bald bei allen beliebt. Die Junggesellen des Ortes haben ein Auge auf die junge Witwe geworfen. Doch Helenes Tochter Marie ist noch immer im Osten. Und Helene kann nicht glücklich werden, solange sie diese nicht bei sich hat. Die Lage in der DDR spitzt sich zu, die Grenzanlagen werden immer mehr aufgerüstet. Wird sie Marie bald in die Arme schließen können oder muss die Kleine im Heim bleiben, weil ihre Eltern Republikflüchtlinge sind?

Der Roman „Die Dorfchullehrerin“ der bis 2005 als Rechtsanwältin tätigen Autorin Eva Völler schildert viele Details der damaligen Lage Deutschlands nach dem Krieg. Des Weiteren werden auch gegenseitige Ressentiments geschildert, die seinerzeit von den jeweiligen Teilen Deutschlands herrschten. Es ist eine interessante und fesselnde Lektüre. A. Selke



Eva Völler: „Die Dorfchullehrerin. Was die Hoffnung verspricht“, Lübbe Verlag, Köln 2022, Taschenbuch, 448 Seiten, 14,99 Euro

Zwei Autoren schildern die Zerrissenheit Deutschlands nach 1918

VON DIRK KLOSE

In den vergangenen Wochen wurde in Politik und Medien an die Ermordung Walter Rathenaus (1867–1922) vor 100 Jahren erinnert (siehe PAZ vom 24. Juni). Der damalige Reichsaufßenminister war am 24. Juni 1922 auf offener Straße von einem rechten Kommando-trupp mit Maschinengewehr und Handgranate ermordet worden, was eine ungeheure Erregung in Deutschland auslöste. Zwei Bücher behandeln das Attentat auf ganz unterschiedliche und doch überzeugende Art.

Nüchterne Betrachtung

Der Berliner Zeitgeschichtler Martin Sabrow hat in nüchternem Stil, akribisch und mit fast kriminalistischem Gespür den Mord und seine Vorbereitung in rechtsradikalen Kreisen sowie die folgenden Prozesse beschrieben. Sein Buch hat er in zwei Abschnitte unterteilt: zuerst die Serie der Attentate, zuvor schon auf Erzberger (der 1921 ermordet wurde), dann Rathenau, dann das Attentat auf den rechts so verhassten Publizisten Maximilian Harden, anschließend die großen Prozesse vor dem Leipziger Staatsgerichtshof und eine Analyse der berüchtigten „Organisation Consul“ als Zentrum republikfeindlicher Aktionen.

Er nennt als zentrale Figur aller Anschläge den schon 1920 beim Kapp-Putsch hervorgetretenen Marinekapitän Her-

mann Ehrhardt, weiter die Hauptverschwörer Fischer, Heinz und den später berühmt gewordenen Schriftsteller Ernst von Salomon. In den spektakulären Prozessen vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zeigte sich dann einmal mehr, wie die Justiz – so das bald geflügelte Wort – „auf dem rechten Auge blind“ war.

Ideologische Betrachtung

Ganz anders schreibt der frühere „Spiegel“-Reporter Thomas Hüetlin. Er geht noch stärker als Sabrow auf den Beginn des rechten Terrors gleich nach der Niederlage 1918 ein, schildert beispielhaft an der „Brigade Ehrhardt“ die Entwurzelung vieler Frontsoldaten und die schon ein Jahr vor dem Rathenau-Attentat erfolgte Ermordung des als „Erfüllungspolitiker“ verhassten Zentrumpolitikers Matthias Erzberger.

Huetlin charakterisiert treffend sowohl die Verschwörer Fischer, Heinz und von Salomon als auch – ebenso anerkennend wie kritisch – Walter Rathenau selbst, den er weder in der Welt von Wirtschaft und Politik noch auch des Geistes, wo er sich hingezogen fühlte, angekommen sah.

Der Autor formuliert oft drastisch und polemisch („Blutsoldner“, „pompöser Blechnapftrömmel“, Preußens Kadettenanstalten als „Koranschulen ihrer Zeit“), aber damit trifft er doch die verquere, verbündete und alle Andersdenkenden verachtenden Milieus auf rechter

Seite ziemlich genau. Es sei, sagt er, der schrille Größenwahn einer Generation, die eigentlich durch den Krieg verloren war: „Verkrachte Gestalten mit großem Ego, ohne Perspektive, ohne Zukunft.“

Gemeinsames Thema

Je nach Temperament wird sich der Leser für das materialreiche, nüchtern-formulierte Buch von Sabrow oder das emotionale, parteiisch geschriebene von Hüetlin entscheiden. Beide Bücher beendet der Leser mit dem Erschrecken darüber, wie tief die junge Republik nach 1918 innerlich zerrissen war, was bis an ihr Ende dauerte.



Martin Sabrow: „Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution“, Wallstein Verlag, Göttingen 2022, gebunden, 345 Seiten, 29 Euro



Thomas Hüetlin: „Berlin, 24. Juni 1922. Der Rathenau-Mord und der Beginn des rechten Terrors in Deutschland“, Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 2022, gebunden, 304 Seiten, 24 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Langweiliger Thriller

Wer einen typischen Follett erwartet, der seine Leser über hunderte Seiten in den Bann zieht, wird von seinem letzten Werk „Never“ enttäuscht sein.

In diesem geht es darum, dass ein Zwischenfall in der Sahara, bei dem Geheimdienste der USA und Frankreichs einem Drogenkartell das Handwerk legen, sich zu einem Konflikt zwischen den USA und China ausweitet, der schließlich in einen Atomkrieg mündet. Eine US-Präsidentin – gemäßigte Republikanerin – sieht sich mit einem immer aggressiver agierenden China konfrontiert, da der ebenfalls gemäßigte chinesische Führer von kommunistischen Falken getrieben wird. Europa und Russland spielen in diesem Konstrukt überhaupt keine Rolle.

Follett geht es darum zu zeigen, dass wie beim Ersten Weltkrieg, den niemand gewollt habe, es auch heute zu einer solchen Situation kommen kann. In dieser Hinsicht ist das Buch brandaktuell. Allerdings wirken die Handelsstrände äußerst konstruiert, dem Thriller fehlt der Thrill. MRK



Ken Follett: „Never. Die letzte Entscheidung. Thriller“, Lübbe Verlag, Köln 2021, gebunden, 877 Seiten, 32 Euro

RATHENAU-MORD

Zwei Herangehensweisen

Zwei Autoren schildern die Zerrissenheit Deutschlands nach 1918

VON DIRK KLOSE

In den vergangenen Wochen wurde in Politik und Medien an die Ermordung Walter Rathenaus (1867–1922) vor 100 Jahren erinnert (siehe PAZ vom 24. Juni). Der damalige Reichsaufßenminister war am 24. Juni 1922 auf offener Straße von einem rechten Kommando-trupp mit Maschinengewehr und Handgranate ermordet worden, was eine ungeheure Erregung in Deutschland auslöste. Zwei Bücher behandeln das Attentat auf ganz unterschiedliche und doch überzeugende Art.

Nüchterne Betrachtung

Der Berliner Zeitgeschichtler Martin Sabrow hat in nüchternem Stil, akribisch und mit fast kriminalistischem Gespür den Mord und seine Vorbereitung in rechtsradikalen Kreisen sowie die folgenden Prozesse beschrieben. Sein Buch hat er in zwei Abschnitte unterteilt: zuerst die Serie der Attentate, zuvor schon auf Erzberger (der 1921 ermordet wurde), dann Rathenau, dann das Attentat auf den rechts so verhassten Publizisten Matthias Erzberger.

Huetlin charakterisiert treffend sowohl die Verschwörer Fischer, Heinz und von Salomon als auch – ebenso anerkennend wie kritisch – Walter Rathenau selbst, den er weder in der Welt von Wirtschaft und Politik noch auch des Geistes, wo er sich hingezogen fühlte, angekommen sah.

Der Autor formuliert oft drastisch und polemisch („Blutsoldner“, „pompöser Blechnapftrömmel“, Preußens Kadettenanstalten als „Koranschulen ihrer Zeit“), aber damit trifft er doch die verquere, verbündete und alle Andersdenkenden verachtenden Milieus auf rechter

ERINNERUNGEN

Ein Stück Lebensweg durch Königsberg

Die Straßenbahn führte von den Außenbezirken ins Zentrum der Pregelmetropole mit ihren Sehenswürdigkeiten

VON GERTRUD PAPENDICK

Es sind zweiundzwanzig Jahre gewesen und ein wenig mehr, dass ich, die Ferien abgerechnet, täglich hin und her auf jener Strecke gefahren bin: vom 2. August 1922 bis zum 29. August 1944, am 30. dann nicht mehr. Denn in der Nacht davor war Sinn und Form und Ordnung des Lebens in Flammen untergegangen.

Zweiundzwanzig Jahre lang lief der Weg des geordneten Lebens in den Schienen der Straßenbahn. Er begann in aller Frühe weit draußen im Westen, wo anfangs noch das Korn gewogt und das Vieh geweidet hatte und dann im Laufe der Zeit das unaufhaltsame Wachstum der Stadt ihre Triebe weiter und weiter hinausschob. Er führte in zahllosen Windungen mit raschem Pulsschlag bis in ihr steinernes Herz hindurch und weiter und weiter abwärts, um dann an ihrem südlichen Rande, wo die Eisenbahn einen deutlichen Querstrich zog, mit einem raschen Halt zu enden. Man kann es auch nüchterner ausdrücken: Es war die Linie 3 von der Hagenstraße bis zum Haberberg.

22 Jahre lang ein geordnetes Leben

Es konnte nicht ausbleiben, dass ich mit der Zeit die Strecke schon allzu genau und fast bis zum Überdruss kannte. Am Nordbahnhof stets das gleiche Gedränge der Umsteigenden, an dem langen Zug des Steindammes Haus um Haus, Laden um Laden – in allen Jahren gab es im Bild der Straße kaum eine Veränderung. Immer quietschten die Räder in den Schienen, wenn es mit angezogenen Bremsen den Schloßberg hinunterging. Auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz standen die Schaffner und Wagenführer zum Schichtwechsel in hellen Haufen. Es ging über die Krämerbrücke, über den Kneiphof und über die Grüne Brücke, hinter der die Börse stand. Es war so, dass man das alles gar nicht mehr sah; doch wirkte es immer ein wenig befriedend, dass da der Pregel war: Das Wasser fließt, vergiss es nicht, mein Herz! Es geht alles weiter, nichts bleibt stehen, das Leben nimmt seinen Lauf.

Die Stunden rannen, der Vormittag verging, wie schnell war er doch eigentlich vorbei, wenn man so richtig zu schaffen hatte. Mittags stieg ich wieder in die Bahn, eilig, hungrig und eigentlich wie völlig ausgenommen, eine einzige Ameise in einem großen Haufen. Aber da stand die Haberberger Kirche hoch über dem weiten Platz, sie überragte als ein weithin sichtbares Wahrzeichen den Bahnhof und das ausgedehnte Schienengelände. Der Spruch an ihrer Nordseite hat zu meinem Leben dieser Jahre gehört wie ein Stück persönlichen Eigentums:

„Allmächt'ger Gott, dies Haus, das Dir gehört, hat zwar Dein Zorn durch Blitz und Brand zerstört; Doch hat es Deine Gnad' durch milde Hand auch wiederum gesetzt in diesen Stand.“

Die Haberberger Kirche war der Wegweiser des Heimweges, der durch den Zug der Langgassen nordwärts ging. An ihrem Ende stieg dann der Schloßturm hoch, er rückte und wuchs höher hinauf, er holte die anfahrenden Wagen heran, in denen die Kinder seiner Stadt Tag um Tag an seinem Fuß vorüberzogen, und wie sie den Berg in die Höhe. Er stand leuchtend in Himmelblau und Sonne, dunkel unter Wolkenhängen, stand in Sturm und Regen und Schnee, sommers und winters, unverrückbar durch alle Zeiten, so viele Jahre und Jahre, an guten und schlechten Tagen, stand immer über dem Weg und segnete das Leben ...

Was war es nur für eine lange Zeit! Ich kannte damals fast alle Schaffner und eine



Alltag im Vorkriegs-Königsberg: Straßenbahn auf dem Steindamm

Fotos (3): Bildarchiv Ostpreußen

Anzahl Wagenführer. Ich besinne mich genau auf den einen Schaffner mit dem mächtigen, schwarzen Schnurrbart, der sein ganzer Stolz war. Dieser Mann verlor selbst im ärgsten Gedränge niemals seinen Humor. Nicht jeder verstand es so gut. Ich kannte die Fahrgäste vom Morgen und vom Mittag. Ich wusste genau,

wer an dieser und jener Haltestelle einstieg, und was es zwischen einigen von ihnen dann für Gespräche geben würde. Manche gehörten zu dem gleichen Betrieb und betrachteten die Straßenbahn bereits als ihr gemeinsames Revier. Man musste die Unterhaltung mit anhören, ob man wollte oder nicht. Zuweilen war es

lästig und manchmal erheiternd. Ja, so war es: Die Fahrt konnte eine Anfechtung und ein „Aerjernis“ sein, und mitunter war sie eine Entspannung und so etwas wie ein Vergnügen.

Keiner kannte des anderen Glück oder Leid

Diese Menschen, die täglich den gleichen Weg zurücklegten, eine nüchterne Fahrt mit der Straßenbahn, sie fuhren wie ich selber durch die Jahre und Jahrzehnte, sie wurden älter und älter und fuhren immer noch, als sollte es nie ein Ende nehmen. Sie fuhren durch alle Unruhe, Angst und Not der Zeiten, sie saßen auf den Bänken rechts und links, sie kannten sich lange und waren einander im Grunde doch fremd, tiefinnerst fremd, keiner wusste von des andern Glück und Leid, Hoffnung und Enttäuschung, Kampf und Verzweiflung oder auch bloß Sorge, Sorge ... Man konnte es ihnen nicht ansehen, und es kümmerte einen nicht. Es hatte jeder mit sich selbst genug zu tun. Ja, so saßen sie auf den Bänken und fuhren durch ihr Leben.

Wenn es ein paar Monate hintereinander gegangen war ohne Wechsel, ohne Ablösung, wie wenn ein Fährmann immerzu hin und her über einen Fluss setzen muss, dann war ich es richtig leid. Höchste Zeit, dass es Ferien gab! Und eines Tages, wie wenn ein Tier aus der Hürde bricht, kam ein rascher Gang über den Bahnhofsplatz, vom Dienst direkt in den D-Zug und auf und davon.

Doch bei der Rückkehr stand die Haberberger Kirche unverändert auf der Höhe, und unten zog die Linie 3 ihre Schleife. War es Glück, wieder da zu sein, oder war es Bangigkeit, Unlust, Überdruss? Ich weiß es nicht mehr, vielleicht war es alles miteinander.

Heute scheint diese lange Fahrt der Vergangenheit seltsam zusammengeschrumpft. Es ist alles nur wie ein einziger Tag. Ich sehe den Pregel unter den Brücken hindurchfließen und sehe vor mir den Schloßturm hoch in den Himmel steigen.

Oft in den Jahren damals, noch ehe der Krieg über uns kam, hatte ich auf die-

ser täglichen Fahrt eine seltsame Vorstellung. Sie kam und schwand und kam wieder. Und langsam wurde aus der Ahnung eine Gewissheit. Wenn vor den Fenstern der Straßenbahn mittags das Schloss in Sicht kam, habe ich gedacht, nein, nicht nur gedacht, sondern gewusst: Eines Tages wird das alles zu Ende sein ... Eines



„Es kann sein, dass mein Herz danach brennen wird, einmal, ein einziges Mal noch, so durch die Straßen meiner Vaterstadt zu fahren“

Gertrud Papendick
Lehrerin, Schriftstellerin und Kulturpreisträgerin der LO

Tages werde ich hier nicht mehr fahren. Nie mehr wieder. Gott allein weiß, wie es geschehen wird und wann und warum.

Es wird etwas kommen, das unaufhaltsam ist, und vielleicht ist es schon auf dem Wege, wir wissen es nur nicht. Dann wird diese Form des Lebens ganz und gar vergangen sein. Dann werde ich weit fort sein, irgendwo in der Welt.

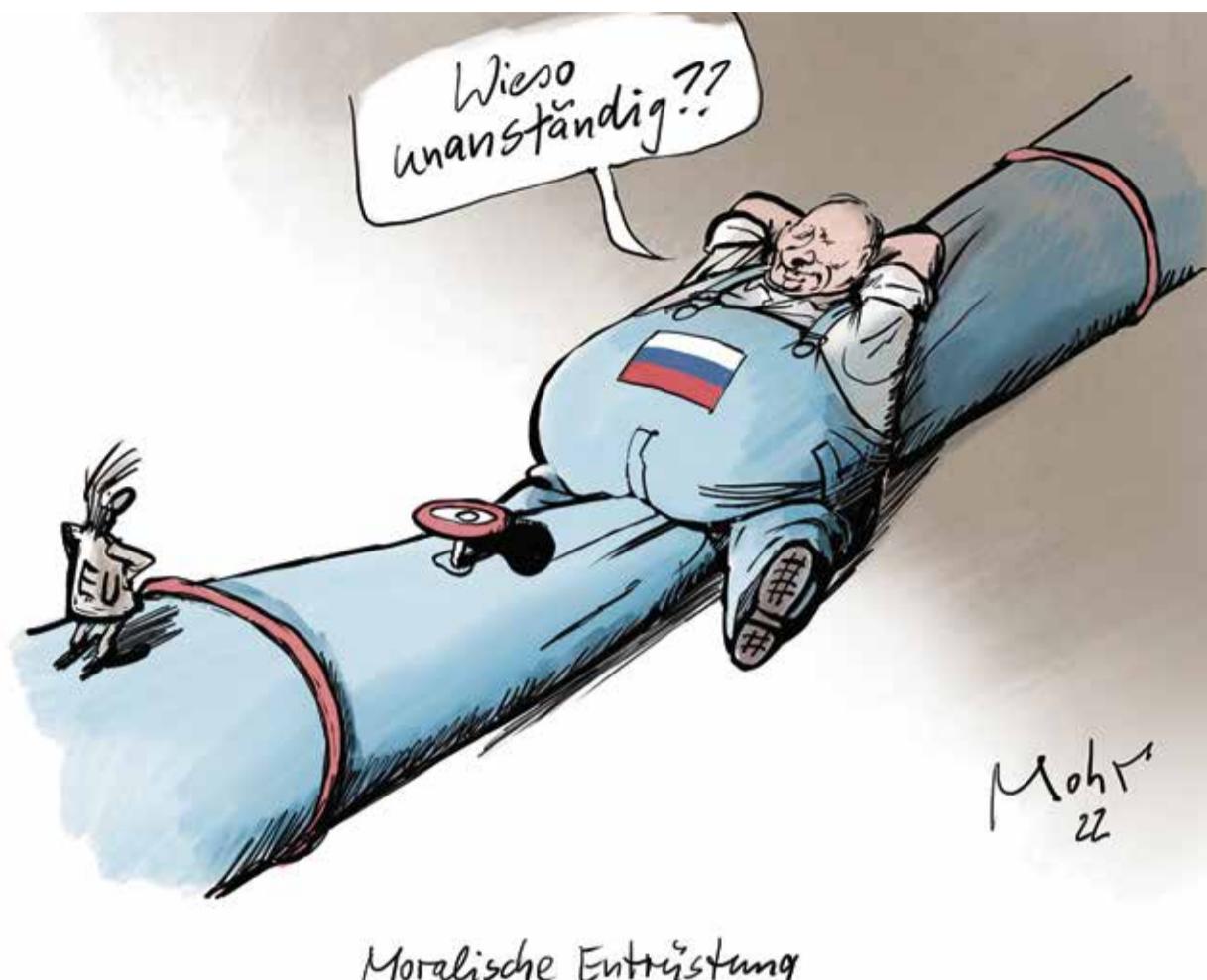
Und es kann sein, dass dann mein Herz danach brennen wird, einmal, ein einziges Mal noch, so durch die Straßen meiner Vaterstadt zu fahren.



War von Weitem sichtbar: Der Kirchturm der Haberberger Kirche

AUFGESCHNAPPT

Mitarbeit in Parteien und die aktive Teilhabe am demokratischen Diskurs waren einst Tugenden. Derzeit gilt dies nur eingeschränkt. Das musste Christian Schulz erfahren, der als Busfahrer für die Mannschaft von Borussia Dortmund (BVB) arbeitet. Laut „sport.de“ habe es dort „Wirbel“ gegeben. Schulz ist Mitbegründer des Dortmunder Stadtverbandes von „dieBasis“. Die Partei „dieBasis“ hatte sich 2020 als Reaktion auf die überzogenen Corona-Maßnahmen formiert. Schulz sei, so „sport.de“ weiter, „sogar“ in den Vorstand des Stadtverbandes gewählt worden. Der BVB habe Schulz „deutlich mitgeteilt“, dass die Positionen des Vereins mit denen der Partei „nicht im Ansatz vereinbar“ seien. Schulz ließ daraufhin wissen, „dass er sich nicht mehr aktiv politisch in der besagten Partei engagiert, dass er sein Amt ruhen lässt“ und nicht erneut kandidiere. Dem „intensiven Gespräch“ seien Taten gefolgt, so der BVB. Schulz erklärte, sein politischer Rückzug sei seine „freie Entscheidung“ gewesen. E.L.



STIMMEN ZUR ZEIT

An der Berliner Humboldt-Uni verhinderten linke Extremisten einen Vortrag der Biologin Marie-Luise Vollbrecht, weil sie von der Zweigeschlechtlichkeit der Gattung Mensch ausgeht. Die Forscher Uwe Steinhoff und Aglaja Stirn reagieren in der „Frankfurter Allgemeinen“ (20. Juli) auf den Vorgang mit einer grundsätzlichen Klarstellung:

„Diese ... empirische Erkenntnisse produzierende Methode nennt man Wissenschaft. Die Leugner der Zweigeschlechtlichkeit hingegen versuchen Begriffe umzudefinieren oder zu verwischen, um politische oder psychische Bedürfnisse zu befriedigen. Dies ist keine Wissenschaft, sondern Sprachpolitik. Wie autoritär diese mittlerweile ist, hat die Behandlung von Frau Vollbrecht exemplarisch gezeigt.“

Die Osteuropa- und Technikhistorikerin Anna Veronika Wendland, die mehrere Jahre zur Reaktorsicherheit geforscht hat, sieht Deutschland auch energiepolitisch in einer „Zeitenwende“, wie sie in der „Welt“ (25. Juli) schreibt:

„Das Lieblingsprojekt deutscher Bundesregierungen, die Energiewende, ist mit dem Ukraine-Krieg obsolet geworden. Wir werden sie völlig neu aufziehen müssen ... Der Geburtsfehler der deutschen Energiewende, wie sie von der rot-grünen Regierung Schröder-Fischer begonnen und von ihren Nachfolgern mal aktiver, mal träger fortgeführt wurde, war die Fixierung auf den Atomausstieg und den Ausbau der Erneuerbaren als Selbstzweck.“

Hans-Georg Maassen kommentiert auf dem Blog von Alexander Wallasch (25. Juli) das sogenannte „Chancen-Aufenthaltsrecht“ der Ampelregierung, mit dem abgelehnten Asylbewerbern das dauerhafte Bleiben ermöglicht werden soll:

„Humanität ist für politische Linke immer nur Vorwand. Ihnen geht es um die Destabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft und um ein neues sozialistisches Staatswesen. Für die Linke, die Migranten und die Asylindustrie ist es eine Win-Win-Situation. Die Linke kommt mit der massenhaften Migration ihrem Ziel, die verhasste bürgerliche Gesellschaft des Grundgesetzes umzugestalten, wieder einen Schritt näher, die Migranten erhalten den Aufenthaltstitel und die Asylindustrie verdient sich reich.“

Der US-Fachjournalist Michael Shellenberger äußert auf „Ach gut“ (25. Juli) eine Theorie, was hinter den fatalen „grünen“ Fehlentscheidungen zur Energieversorgung oder der Landwirtschaft steckt:

„Es steckt ein Hass gegenüber der Menschheit oder der menschlichen Gesellschaft dahinter. Die Auffassung, dass alles, was Menschen tun, schlecht sei, wir einen zerstörerischen Einfluss auf den Planeten hätten und es besser wäre, wenn es weniger Menschen gäbe.“

WORT DER WOCHE

„Wenn wir kein Gas mehr bekommen, sind wir mit Volksaufständen beschäftigt.“

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) zum gegenwärtigen Energienotstand

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Nein, nein, nein, nein, nein ... nein!“

Warum die Grünen so gehetzt aussehen, und was Volker Wissing unter Erfolg versteht

VON HANS HECKEL

Könnte man das nicht kommen sehen? Dass die Energiewende irgendwann ins Desaster führen wird, das prognostizieren kühle Köpfe und Kenner der Materie schon seit Langem! Und doch ging es immer weiter. Ein hoher Vertreter der Unionsfraktion im Bundestag steckte dem Chef einer großen Gewerkschaft vor etlichen Jahren, warum er der Fahrt ins Verderben mit solcher Gelassenheit zuschaut: „Bei der Energiewende ist es so wie bei einem Fuhrwerk, das in die Sackgasse fährt: Es muss dort wieder herauskommen, wo es hineingefahren ist. Man braucht also nicht hinterherzulaufen. Von Unterhaltungswert ist allein das Wendemanöver.“ So der Politiker, der namentlich natürlich nicht genannt werden wollte.

Alexander Wendt brachte das Zitat Anfang 2016 an die Öffentlichkeit, mitten in der Merkelzeit, kaum fünf Jahre nach dem Beschluss zum beschleunigten Atomausstieg als Reaktion auf einen Reaktorunfall in weißer Himmel wo, der aus einem Naturereignis resultierte, das in Deutschland praktisch unmöglich ist.

Weitere sechseinhalb Jahre später ist es soweit. Das Ende der Sackgasse ist aus dem Nebel der Propaganda aufgetaucht, und auf dem Fuhrwerk bricht Hektik aus. Die Union ist vom Wagen abgesprungen, während die AfD amüsiert am Wegesrand steht, da sie sowieso nie dabei war. Die rot-grün-gelben Ampelmännchen auf dem Bock zupfen derweil verzweifelt an den Zügeln, wobei der Unterhaltungswert in der Tat enorm ist, ganz wie es der Unionsmann vorhergesagt hatte.

Die Grünen wären allerdings nicht die Grünen, wenn sie sich nicht sogar in einer so eindeutigen Situation noch standhaft gegen die Gesetze von Logik und Vernunft stemmen. Kleine Denkaufgabe: Was passiert, wenn man etwas streckt? Klar doch, es wird länger. Ist das nicht logisch? Nicht für Katrin Göring-Eckardt. Bei „Anne Will“ erklärte sie, dass man mit ihr über einen „Streckbetrieb“ der letzten drei Atommeiler über den 31. Dezember hinweg durchaus reden könne. Aber „eine Laufzeitverlängerung wird es nicht geben“, insistiert die Grünen-Politikerin. Hä?

Baden-Württembergs grüner Ministerpräsidenten geht das Zügelzerre sichtlich an die Nieren. Im Gespräch mit „heute journal“-Moderator Christian Sievers verlor er im

Gestrüpp der aktuellen Widersprüche vollends die Orientierung und schließlich die Nerven, woraufhin ihm ein fast gekreischtes „Nein, nein, nein, nein, nein ... nein!“ zum andiskutierten „Streckbetrieb“ entfuhr. Oder war es zur Laufzeitverlängerung? Keiner weiß mehr was Genaues.

Die Lage der Grünen ist im Grunde grotesk. Sie liegen in den Umfragen bis zu zehn Punkte über ihrem Ergebnis bei den Bundestagswahlen. Und doch machen sie einen unglücklichen, ja gehetzten Eindruck.

Woher röhrt das Ungemach? Nun, bislang konnte sich die Partei über vier Jahrzehnte hinweg austoben wie ein aufmüpfiger 16-Jähriger. Ein Teenager, der mit großem Elan auf seine Eltern losgeht, die Quelle von deren Erwerbslohn unter Beschuss nimmt („Ausbeuter!“) oder deren Lebensgewohnheiten („Spießer!“) und deren Wohlstand („Umweltsau!“). Der aber andererseits fest darauf vertraut, dass die Eltern ihn komfortabel durchs Leben schleppen und jeden Mist wegträumen, den er anrichtet, sodass er nie wirklich zur Rechenschaft gezogen und mit den Folgen seiner Taten und den Ergebnissen seiner Forderungen konfrontiert wird.

Wie Baerbock den Kreml vergnügt

Ebenso verachten auch die Grünen den durchschnittsdeutschen Spießer sowie dessen verdächtige Angewohnheiten und hegen eine (linker Tradition entstammende) tiefe Distanz zu Wirtschaft und Unternehmertum. Gleichzeitig aber leben sie in der unerschütterlichen Erwartung, dass Wirtschaft und Spießervolk unbegrenzt belastbar sind und die Mittel erarbeiten können und immer weiter heranschaffen, mit denen die vielen grünen Projekte finanziert werden.

Schließlich jedoch haben sie es zu weit getrieben, und die Zerbrechlichkeit des scheinbar unzerstörbaren „reichen Deutschland“ tritt zutage. Bald könnten die Grünen dastehen wie der 16-Jährige, der vor dem abgebrannten Haus seiner arbeitslos gewordenen Eltern kauert und die Welt nicht mehr versteht. Dem schwant, dass eine Zeit anbrechen könnte, in der er für seine Kapriolen die Rechnung präsentiert bekommt: „Nein, nein, nein, nein, nein ... nein!“

Annalena Baerbocks jüngsten Mist konnten nicht einmal mehr die grün-geneigten Medien schnell genug wegräumen oder aus der Welt schweigen. Die Außenministerin kann nur hoffen, dass den Quark keiner be-

merkt hat: Wenn kein russisches Gas mehr fließe, drohe in Deutschland ein „Volksaufstand“, ließ die Außenministerin vom Stapel (siehe „Wort der Woche“). Genau darauf dürfte der Kreml spekulieren, nämlich, dass die russische Reaktion auf die westlichen Sanktionen für den Westen dermaßen schmerhaft werden, dass er schlappmacht. Da wird man Baerbocks Auslassung mit großem Vergnügen gehört haben! Kurz nach ihrem Auftritt kürzte Moskau die Gaslieferungen durch Nord Stream 1 um die Hälfte.

Der, sagen wir mal, spielerische Umgang der Grünen mit der Realität hat übrigens auf den gelben Koalitionspartner abgefährbt. Am 20. Juli trat Volker Wissing von der FDP mit einer wirklich verblüffenden Lageanalyse vor die Kameras. Im ARD-„Morgenmagazin“ frohlockte der Bundesverkehrsminister, was für ein voller Erfolg das Neun-Euro-Ticket geworden sei. Schließlich sei der Regionalverkehr der Bahn vorher ja auch nur zu 0,1 Prozent überlastet gewesen.

Streiten wir jetzt nicht darüber, wie man „überlastet“ definiert, sondern berichten von einer Fahrt am Abend vor dem Wissing-Auftritt von Travemünde nach Hamburg. Um 21.34 Uhr soll es am Bahnhof Travemünde-Strand losgehen. Der Bahnsteig dicht bepackt mit Leuten. Der Zug kommt mit reichlich Verspätung, weshalb der Anschluss in Lübeck nicht mehr erreicht wird. Dort also ein langer Zwangsaufenthalt. Als es hier endlich losgehen soll, ist schon der nächste Travemünde-Zug da, der offenbar recht pünktlich abgefahren ist. Daher drängt die doppelte Menge an Leuten in die Waggons. Der Zug fährt nicht ab, mehrfach fordert der Zugführer die Menschen in den Eingangsbereichen auf, wieder auszusteigen. Eine gute halbe Stunde stecken wir fest, bis schließlich die Polizei zu einer „Zwangsteilräumung“ anrückt. Dicht gedrängt geht es irgendwann doch los. Insgeamt dauert die Reise doppelt so lang wie ausgeschrieben.

Übrigens: Schon auf der Hinfahrt von Hamburg war der vorangegangene Zug von Lübeck-Hauptbahnhof nach Travemünde ausgefallen, weshalb in unseren nun die doppelte Menge Menschen hineindrängte, etliche nicht mitgenommen wurden und im Lübecker Hauptbahnhof zurückbleiben mussten. Wenn Wissing das für einen vollen Erfolg hält, möchten wir wissen, was er unter Scheitern versteht. Oder auch nicht – am nächsten Tag haben wir das Auto genommen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de